Montag, den 2. August 1926. Einzelnummer 10 Goldpfennige 37. Jahrgang. — Nr. 177

Volkswacht

für Schlesien

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung", „Sozialistische Literatur-Rundschau", „Für die Frauen", „Arbeiter-Sportbewegung" u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Buchhandlungen der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr 5 und Neue Taschenstraße 11, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0.40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2.06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141

Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text 20 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 8 Pf., das fette Wort 6 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Wirth erläutert seinen Vorstoß.

In einem zweiten Artikel des „Berliner Tageblatts" nimmt Dr. Wirth Veranlassung, seinen Vorstoß für engere Zusammenarbeit der republikanischen Parteien auf Grund des Echos, das ihm zuteil wurde, näher zu erläutern. Man wird anerkennen müssen, daß dieser zweite Artikel erheblich inhaltreicher ist als der erste. Er erkennt zunächst an, daß für einen zur republikanischen Zusammenarbeit auffordernden Zentrumsmann die Pflicht besteht, sich zunächst einmal an das Zentrum selbst zu wenden. Das soll allerdings erst an anderer Stelle geschehen, gehört ja aber sicherlich auch in die Presse des Zentrums selbst. Weiter bekennt sich Wirth zu unserer Feststellung, daß der jetzige Reichstag zur Auflösung reif sei. Damit bekommt seine Aufforderung zur republikanischen Zusammenarbeit ein erstes politisches Tagesziel, das ihr bisher fehlte. Als Hauptaufgabe der deutschen Republik bezeichnet Wirth jetzt den Ausbau ihrer sozialen Einrichtungen, um dem deutschen Proletariat, das zwei Drittel der Nation umfasse, Arbeitsgelegenheit und neue Lebenshoffnung zu geben. Er ergänzt diese Erklärung durch einige Sätze im Sinne der Sozialreform, über die hinaus ein Zentrumsmann wohl nicht gehen kann, und wendet sich im übrigen scharf gegen Rechtsdiktatur und Bürgerblockspielerei.

Ergänzend machte er einige außenpolitische Bemerkungen, in denen über die Verständigung mit den amerikanischen Reparationsgläubigern auf Grund von Unterredungen mit dem General Dawes optimistisch geurteilt wird, in der Frage des Anschlusses Oesterreichs dagegen — wohl mit Rücksicht auf die Wiener Christlich-Sozialen — die Predigt zur Geduld genügen muß: die Verständigung mit Frankreich und Italien über die Anschlußfrage sei Aufgabe einer Generation . . .

In der Innenpolitik werden dann noch die Bayern vor der Verquickung von Katholizismus und Monarchismus gewarnt, die antikatholische Gegenbewegungen auch im monarchistischen Lager selbst auslösen. Schließlich wird mitgeteilt, daß die bereits angedeutete Unterstützung von Löbe und Haas sich auf eine bisher noch nicht finanzierte Monatsschrift bezieht, die Wirth herausgeben will. Er empfiehlt im übrigen „Republikanische Tage" und schließlich sogar einen „Republikanischen Nationalkonvent". Offenbar sollen diese Veranstaltungen zu den mit Diskussionen nicht zu belastenden Aufmärschen des Reichsbanners eine gewisse geistige Ergänzung bilden.

Wir glauben allerdings, daß offene Diskussion in diesem Rahmen angesichts der wachsenden Verschärfung der Klassengegensätze die Schwierigkeiten eines Zusammenarbeitens zwischen bürgerlichen und sozialistischen Republikanern als nicht gering erweisen wird. Einer Prüfung ist die Möglichkeit einer solchen Zusammenarbeit aber jedenfalls wert, schon angesichts der sonst in der Tat auf lange Zeit hinaus drohenden Bürgerblockgefahr.

Poincaré will nicht stabilisieren.

Die Stabilisierung soll „von selbst" kommen. — Die Bürgerblock-Mehrheit bröckelt schon.

Paris, 31. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Die Kammer hat am Sonnabend mit der Diskussion der Poincaréschen Finanzvorlage begonnen. Nach längeren Ausführungen des Generalberichterstatters der Finanzen ergriff Poincare das Wort zu einer Rede, in der er im großen und ganzen außer den Erklärungen über die Schaffung eines Tabakamtes und die Schaffung der Amortisationskasse durch einen Beschluß der Nationalversammlung (Kammer und Senat gemeinsam) nichts Neues sagte.

Der Sozialist Vincent Auriol vertrat in einer längeren Rede die sozialistische Auffassung. Er wies darauf hin, daß er und seine Freunde sich an der Diskussion der Regierungsvorlage nicht beteiligen, sondern darauf beschränken werden, dagegen zu stimmen, nachdem die Kammer auf ihre ureigensten Rechte verzichtet habe. Auriol vertrat u. a. noch den Standpunkt, daß die Vorlage ihrer ganzen Natur nach die gegenwärtige Finanzlage Frankreichs verschlechtern müsse. In heftigen Worten kritisierte er vor allem die neuen Bestimmungen in der Erbschaftssteuer und wies darauf hin, daß man die Steuersätze für die kleinen Erbschaften erhöht, die für die großen Erbschaften aber vermindert habe. Was die Wirkung der neuen Steuervorlagen anbetreffe, so ist Vincent Auriol überzeugt, daß speziell die Erhöhung der indirekten Steuern eine starke Preishausse nach sich ziehen werde. „Wenn Sie, Herr Ministerpräsident", schloß er, „die Steuern erhöhen, werden Sie selbstverständlich bald Forderungen nach Lohn- und Gehaltserhöhungen zu erwarten haben, und wenn Sie diese verweigern, werden Unruhen ausbrechen."

Die ganze Linke bereitete dem sozialistischen Redner, als er die Tribüne verließ, eine begeisterte Ovation. Poincaré ergriff dann das Wort und verlangte unter Stellung der Vertrauensfrage, daß die Generaldebatte geschlossen und zur Diskussion der Artikel übergegangen werde. Mit 380 gegen 150 Stimmen wird der Uebergang zur Diskussion der Artikel angeordnet. Mit 295 gegen 188 Stimmen wird die Steuervorlage schließlich angenommen.

Die Mehrheit für Poincaré hat sich also bereits wesentlich vermindert.

Die Bank von Frankreich hat am Sonnabend ihren Diskontsatz von 6 auf 7½ Prozent und den Lombardzinsfuß von 8 auf 9½ Prozent erhöht.

* * *

Paris, 2. August. (Eigener Funkbericht.)

Die Senatskommission der Finanzen ist für Montag nachmittag 2 Uhr zur Prüfung der von der Kammer vorgebrachten Finanzvorlagen einberufen. Die Vorlage wird vom Senat aller Voraussicht nach heut einstimmig angenommen werden.

Poincaré beabsichtigt nicht, eine Frankenstabilisierung in absehbarer Zeit vorzunehmen, sondern er will abwarten, ob der Franken sich auf Grund des zurückgekehrten Vertrauens und der allgemeinen wirtschaftlichen Lage in gewissem Maße von allein erholen wird. Er beabsichtigt auch nicht, vor den Ferien noch von den Kammern die Ratifizierung des Londoner und Washingtoner Schuldenabkommens zu diskutieren.

Zwangsbeteiligung der belgischen Anleihebesitzer am Eisenbahnbesitz.

Brüssel, 2. August. (Eigener Funkbericht.)

Als am Sonnabend alle Börsen und Banken geschlossen waren, brachte das Amtsblatt auf Grund des Ermächtigungsgesetzes zwei königliche Erlasse. Der erste Erlaß wurde erwartet. Er regelt die Emission der Vorzugsanteile der neuen Eisenbahngesellschaft, deren Ertrag zur Einlösung der schwebenden Schuld verwendet werden soll. Der zweite Erlaß stellt dagegen eine große Ueberraschung dar. Er verordnet nichts mehr und nichts weniger als die zwangsweise Konsolidierung der gesamten kurzfristigen inneren schwebenden Schuld im Betrage von sieben Milliarden Franken. Die Inhaber der kurzfristigen Schatzscheine werden aufgefordert, ihre Schatzscheine gegen Vorzugsanteile der Eisenbahngesellschaft einzutauschen. Tun sie das nicht, dann müssen sie die Schatzscheine abstempeln lassen und sie werden später durch andere Schatzscheine ohne bestimmte Ablaufsfrist, also ohne jede Garantie der Einlösung, ersetzt.

Die Kühnheit dieser Operation ist unleugbar. Hätte sie Janssen unter der Regierung Poullet gewagt, dann hätte sie todsicher die Revolte der kapitalistischen Interessenten nach sich gezogen und der Franken wäre sofort gestürzt. Aber mit Franqui, dem vom Großkapital selbst ausgerufenen Retter, darf es immerhin gewagt werden. Praktisch bedeutet die Maßnahme nichts anderes, als daß einer Klasse inländischer Gläubiger gegenüber die übernommenen Verpflichtungen verleugnet werden. Allerdings geschieht das auf einem Wege, auf dem die Besitzer der Schatzscheine auf ihre Rechnung kommen. Die kurzfristigen Schatzscheine trugen 6 Prozent Zinsen in Papierfranken. Dafür bekommen nun die Besitzer der Vorzugsanteile, die ebenfalls mit 6 Prozent verzinslich sind, das Recht auf die Hälfte des Gesamtgewinnes der Eisenbahn, die auf weitere 2,7 Prozent ihres Nominalbetrages berechnet wird. Gelingt diese Zwangskonsolidierung, dann ist der entscheidende Schritt zur Stabilisierung getan und die Regierung von dem jetzt auf ihr lastenden Alpdruck befreit.

Mißglücktes Attentat auf den spanischen Diktator.

In Barcelona, der Hauptstadt der Katalanen, wurde am Sonnabend, wie aus Madrid gemeldet wird, mit einem Dolch ein Anschlag auf Primo de Rivera unternommen. Das Messer soll jedoch an der Außenwand des Wagens abgeprallt und zu Boden gefallen sein, während der Täter von einem folgenden Auto umgerissen wurde und einen komplizierten Beinbruch davontrug. Man glaubt, daß es sich um einen Anarchisten handelt.

Schwarz-rot-goldene Kokarden der Zollbeamten. Der Reichsfinanzminister hat angeordnet, daß in Zukunft auch die Zollbeamten an den Dienstmützen die schwarz-rot-goldene Kokarde mit dem Eichenkranz zu tragen haben. Post und Eisenbahn hatten eine ähnliche Anordnung bekanntlich schon vor längerer Zeit getroffen.

Das Armen-Geld für die Schwarze Reichswehr.

Die Reichswehr gibt zu, Volksopfer-Geld bekommen zu haben, verweigert aber Angabe des Verwendungszwecks!

Dresden, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht. Am Sonnabend vormittag wurde die Berufungsverhandlung im Volksopferprozeß fortgesetzt. Der Zeuge Fabrikdirektor Lehnig erklärte auf Anfrage, daß von dem „nationalen Klub" in bar 21 000 Mark an das Volksopfer zurückgezahlt worden seien. — Zeuge Redakteur Sydow stellt fest, er sei einmal im Jahre, 1922 oder 1923, mit Meißner zusammengekommen, der bei dieser Gelegenheit verschiedene politische Pläne entwickelt habe. Meißner hatte damals bestimmt damit gerechnet, bald Reichsaußenminister zu werden. Die Pläne, die er als solcher habe ausführen wollen, seien als völlig undurchführbar anzusehen gewesen. Sydow will damals an der normalen Verfassung Meißners gezweifelt und diese Zweifel einem Dritten gegenüber auch zum Ausdruck gebracht haben.

Es folgte die Verlesung der früheren Aussage der Prostituierten Grütering, die seinerzeit die Bordellschuld Meißners und Löfflers im Volksopferbüro einkassiert hatte. Meißner sagte hier, das Geld, das er für die Bordellwirtin Pfund bezahlt hätte, habe dem damals aufgenommenen Darlehen entstammt, das zur Deckung der Unterschlagungen dienen sollte.

Inzwischen ist Major Uth vom Reichswehrministerium eingetroffen. Er wird von dem Vorsitzenden gefragt, ob er von seiner vorgesetzten Dienststelle, dem Wehrministerium, eine schriftliche Erlaubnis zur Aussage erhalten habe. Uth erklärt, die Genehmigung sei mündlich erteilt, doch sei er **nur zu ganz bestimmten Aussagen ermächtigt!** General Müller seien seinerzeit für einen „**bestimmten Zweck**" der Reichswehr Gelder von einer bestimmten Seite in Aussicht gestellt worden, aber da diese Beträge, als sie benutzt werden sollten, noch nicht eingetroffen waren, habe er sich von Fabrikdirektor Lehnig 10 000 Mark als **Darlehen aus dem Volksopfer aushändigen lassen.** Das Darlehen sollte nur für vorübergehende Zeit, nämlich bis zum Eintreffen des schon erwarteten Geldes, gelten und dann zurückgezahlt werden. Ob General Müller damals dem Angeklagten Löffler als Ueberbringer des Geldes den Verwendungszweck genannt habe, wisse er nicht; es sei möglich, doch könne er Näheres nicht sagen. Der Vorsitzende fragte hierauf nach dem Geldgeber, von dem das Geld in Aussicht gestellt gewesen sei. Major Uth erwiderte: „Das **kann ich nicht sagen.**" Der Zeuge gab dann die Erklärung ab: „Im übrigen habe ich die Anweisung, daß ich **über den Verwendungszweck des Darlehens keine Aussagen** machen darf!" Löffler fragte, ob der Zeuge aussagen darf, daß der Verwendungszweck des Darlehens nicht den Zwecken des Volksopfers entsprochen habe. Major Uth gab hierauf die Erklärung ab: „Ich bin berechtigt, zu sagen: **Der Verwaltungszweck des Darlehns entsprach nicht den Zwecken des Volksopfers.**" — Damit war die Vernehmung des Zeugen Uth beendet.

Der Deutsche Studententag beleidigt die nichtvölkischen Studenten.

Die Republikaner ziehen aus.

Bonn a. Rh., 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der Studententag in Bonn entwickelt sich zum Ruhm der völkischen Studentenorganisationen immer mehr zu einem Tummelplatz für nationalistische Schreier. In der ersten Vollsitzung brachte es die Tagesleitung fertig, der Bonner Studentenschaft, insbesondere ihrem Vorsitzenden, wegen ihres staatstreuen Verhaltens in dem Flaggenstreit ihr Mißtrauen auszusprechen. Die Mehrheit der Studentenschaft bezeichnete das allerdings als unakademisch. Aber sie nahm bald darauf eine Entschließung an, in der es heißt, daß sich der Studententag nicht mehr als Gast der Bonner Studenten fühle. Die Vertreter der Universität Bonn verließen sofort den Sitzungssaal und werden sich von den weiteren Tagungen fernhalten.

Die Bevölkerung der Stadt Bonn hat ihrer Meinung zu diesem Skandal durch auffallenden Flaggenschmuck bereits Ausdruck gegeben. Ganz Bonn steht im Zeichen Schwarz-Rot-Gold. Auch die republikanische Professorenschaft unterstützt den Kampf der Studenten. Der für Sonnabend nachmittag als Referent des Studententages vorgesehene Professor Platz sagte seinen Vortrag ab, um so zum Ausdruck zu bringen, daß er die Haltung der Bonner Studentenschaft billigt.

Gen. Diamand über die deutsch-polnischen Handelsvertrags-Verhandlungen.

Warschau, 31. Juli. (Drahtbericht.) Das Mitglied der polnischen Delegation zur Führung der Handelsvertrags-Verhandlungen mit Deutschland, Genosse Diamand, äußerte sich in einem Interview mit einem Mitarbeiter des „Robotnik" über den Stand der Verhandlungen:

Alle Gerüchte über den Abbruch der Berliner Verhandlungen seien nur böswillige Ausstreuungen, denn die Verhandlungen verliefen durchaus normal und würden in versöhnlichem Geist geführt. Das schwierigste Problem sei das Niederlassungsrecht. Für die weitere Behandlung dieser Frage sei die Vorlegung eines polnischen Dekrets über das Fremdenrecht im allgemeinen unerläßlich; der Text werde erst heute im Ministerrat angenommen werden, er, Diamand, hoffe jedoch, ihn am Montag in Berlin überreichen zu können. Diamand ging sodann auf den bevorstehenden Abschluß einer Interessengemeinschaft der deutschen und französischen Eisen- und Stahlindustrie ein und bezeichnete dies als ein wirtschaftliches Ereignis von europäischer Bedeutung. Bei Ausdehnung dieser Interessengemeinschaft auf andere Staaten käme auch Polens Beitritt in Frage, sofern die Kontingentzuteilung befriedigend wäre. Auf die deutsch-polnischen Verhandlungen müßte ein so wichtiges Ereignis jedenfalls Rückwirkungen ausüben.

Der „Nowy Kurjer Polski" meldet, daß die Verhandlungen für die Ferienzeit vom 10. August bis Mitte September unterbrochen und alsdann fortgesetzt werden sollen.

Neue vergebliche Reinwaschungsversuche für den bayrischen Justizminister.

In einer amtlichen Erklärung des bayrischen Justizministeriums wird der Versuch fortgesetzt, den der bayrische Justizminister Gürtner bereits im Jahre 1924 unternommen hat, die Verantwortung für seine Mörderbegünstigung auf die Staatsanwälte abzuschieben. Wenn die Staatsanwälte auf Grund der Unterredung mit dem damaligen Oberregierungsrat Gürtner gegen ihre Ueberzeugung die Mörder freiließen, so machten sie sich selbst des Verbrechens nach § 346 StGB. (Begünstigung) schuldig. Trotzdem ließ Gürtner die beiden Staatsanwälte eidlich vernehmen und erzielte damit, daß sie eine Aussage gegeben haben, in der sie zwar den Minister zu decken versuchten, soweit das im Rahmen des Möglichen überhaupt lag, die aber gerade in den entscheidenden Punkten völlig versagte. Solche Punkte sind z. B.:

1. Ist es dem Münchener Justizministerium eine tägliche Erscheinung, daß ein Referendar auf eigene Verantwortung Staatsanwälte aus ihrer Amtsstelle wegholt und dem Justizministerium vorführt?

Ist es wahr oder nicht, daß Oberregierungsrat Gürtner, als die Staatsanwälte bei ihm erschienen, über die Sache und den Zweck ihres Kommens bereits informiert war?

Wer hat Herrn Dr. Gürtner davon in Kenntnis gesetzt? Ist es im bayrischen Justizministerium üblich, daß zwei Staatsanwälte unberufen ins Ministerium kommen und ihrem Vorgesetzten Vortrag halten?

2. Warum hat Herr Dr. Gürtner, wenn ihm der Staatsanwalt den geradezu erschütternden Sachverhalt mit völlig erschöpfenden Beweisen vorgetragen hat, nicht getan, was bei dieser Sachlage seine Pflicht war: das Vorgehen des Staatsanwalts zu billigen?

Wodurch erklärt der Justizminister, daß die Staatsanwälte nach der Unterredung mit Gürtner den positiven Willen, nach rechts nichts mehr zu unternehmen, dadurch zum Ausdruck brachten, daß sie die Pistolen, die wichtigsten Beweisstücke, den Mördern wieder aushändigen ließen trotz des ausdrücklichen Widerspruchs und Protestes des Leiters der Abteilung I der Münchener Polizeidirektion?

Im übrigen regt sich die bayrische Ministerialerklärung über das Vorgehen des Abgeordneten Levi auf, er habe Akten publiziert, ehe sie dem Ausschuß zur Kenntnis gekommen seien. Der Ausschuß hat bereits vor kurzer Zeit aus Anlaß eines anderen Falles beschlossen, daß von dem Akteninhalt öffentlich nur Gebrauch gemacht werden soll, wenn er bereits im Femeausschuß vorgetragen sei. Der gesamte Inhalt der Hartungschen Akten ist aber dem Femeausschuß bereits am 20. April 1926 vorgetragen und in der Presse veröffentlicht worden.

Ein trauriger Witz.

Deutschnationaler „Strafantrag" gegen Severing.

Die Hugenberg-Presse veröffentlicht in sensationeller Aufmachung eine Strafanzeige, die der deutschnationale Landtagsabgeordnete Konrad Meyer aus Magdeburg „gegen den preußischen Minister des Innern, seine zuständigen Dezernenten und dem Leiter der Landes-Kriminalpolizei wegen Begünstigung der Mörder des Buchhalters Helling, sowie wegen Nötigung" beim Oberstaatsanwalt in Berlin erstattet hat. Die Strafanzeige ist in den Formen der Jurisprudenz abgefaßt, zitiert eine Reihe von einschlägigen Paragraphen und treibt die Groteske so weit, daß sie zum Schluß der Erwägung anheimstellt, ob nicht zur Abwendung von Kollusionsgefahr Maßnahmen aus §§ 112 ff. der Strafprozeßordnung (Inhaftnahme) zu treffen seien.

Wer ist der Abgeordnete Konrad Meyer, der sich diesen schlechten Witz leistet? Er ist „geistlicher Inspektor", Theologe, führt den Titel Professor. Als Vorsitzender der „Vereinigung positiver evangelischer Religionslehrer an Höheren Schulen" dürfte er sich kaum die Kenntnisse erworben haben, die zur Abfassung eines solchen Schriftstückes befähigen, wie es die Hugenberg-Presse jetzt veröffentlicht. Offenbar hat er seinen Namen unter eine Ausarbeitung gesetzt, die ihm von anderer Seite vorgelegt wurde. Ihn deckt zunächst die parlamentarische Immunität.

Mit der Ungeheuerlichkeit der Beschuldigung gegen Minister Severing sachlich sich zu befassen, liegt selbstverständlich, so meinen wir mit der „Voss. Ztg.", kein Anlaß vor.

* * *

Das preußische Justizministerium hat am Sonnabend in mehrstündiger Sitzung über den Fall Kölling beraten. Eine Entschließung ist nicht erfolgt. Am Montag sollen die Beratungen in Gegenwart des nach Berlin berufenen Magdeburger Oberlandesgerichtspräsidenten fortgesetzt werden. Der preußische Justizminister will seine Entschließungen von dem Ergebnis dieser Beratungen abhängig machen.

Das preußische Justizministerium berät über einen sehr klaren Fall sehr lange.

Der Untersuchungsrichter Kölling weigert sich, mit Beamten zusammenzuarbeiten, auf deren Bestimmung die Zentralbehörde Einfluß hat. Er will also — ungeheuerliche Anmaßung und ungeheuerliche Dummheit zugleich — den Zusammenhang der Verwaltungsbehörden zerreißen.

Der Untersuchungsrichter Kölling hat sich unter Mißbrauch der Amtsgewalt in die Aufgaben des Innenministeriums eingemischt.

Der Untersuchungsrichter Kölling hat durch unwahre öffentliche Behauptungen einen Angriff gegen die Staatsautorität und das Ansehen der höchsten Behörden gerichtet.

Genügt das dem Justizministerium nicht?

Oder berät es, ob der Richter Kölling sich nicht nur disziplinarischer Verstöße, sondern strafbarer Handlungen schuldig gemacht habe?

Gürtner.

Offizielle Verlautbarung: Der bayerische Justizminister ist der Gerechtigkeit nicht in den Arm gefallen, er hat lediglich die Entwaffnungsvorschriften durchgeführt.

Geständnis eines neu verhafteten Fememörders.

Darmstadt, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Der im Verdacht des Fememordes stehende und von der Frankfurter Polizei verhaftete Chauffeur Schwing hat jetzt ein völliges Geständnis über den Fememordversuch an Wagner in Verbindung mit den Rathenau-Mördern abgelegt. Inwieweit durch den zuständigen Richter des Nauheimer Amtsgerichts eine Verzögerung der Aufklärung der vor mehr als vier Jahren begangenen Straftat verschuldet wurde, wird das zuständige Justizministerium festzustellen haben.

Shaws Dank an Deutschland.

Den Londoner Blättern zufolge hat Bernard Shaw an den deutschen Botschafter Sthamer ein Antwortschreiben auf das durch dessen Hände gegangene Glückwunschschreiben des Reichsministers Dr. Stresemann zu seinem 70. Geburtstag gesandt, das folgenden Wortlaut hat:

„Mein lieber Sthamer! Die öffentliche Ehre, die mir durch die Botschaft des deutschen Außenministers erwiesen wurde, wird noch erhöht, indem sie durch Ihre Hände kommt. Etwas derartiges würde niemals einem britischen Außenminister in den Sinn kommen, da, wie Sie wohl wissen, wir in Fragen der Kultur eine barbarische Nation sind. Wir haben eine wirkliche Furcht vor Intellekt in jeder Gestalt und die Ueberzeugung, daß Kunst, obwohl im geheimen höchst genußreich, im Wesen unmoralisch ist. Daher war die hiesige Notiz, die an meinem 70. Geburtstag von der britischen Regierung genommen wurde, ihre vorsätzliche offizielle Verhinderung der drahtlosen Verbreitung irgendwelcher von mir bei dieser Gelegenheit gesprochenen Worte. Der Kontrast zwischen dieser Haltung und der der deutschen Regierung würde peinlich für eine Nation mit kulturellen Traditionen sein; aber unsere regierenden Klassen sind eher stolz darauf. Ihnen verdanke ich meinen Ruf als eine gefährliche und verrufene Person. Deutschland danke ich meine Anerkennung in Europa als Denker und dramatischer Dichter. Wichtiger noch ist, daß Europa Deutschland den europäischen Sinn, der vorhanden ist, verdankt — die Bedeutung des Denkens und der dramatischen Dichtung und der Wert der ihnen gewidmeten Leben. Daher verleiht mir eine Anerkennung von seiten Deutschlands eine Auszeichnung, die keine andere Nation in der Welt mir geben kann. Wenn ich Deutscher wäre, so würde ich stolz darauf sein, und mit Recht! Da ich, wenn nicht ein Engländer — wie Sie wissen, bin ich Irländer — so doch ein lebenslänglicher und treuer Diener des englischen Volkes bin, tut es mir leid, daß es so ist; aber es ist so, und ich bin Deutschland nicht weniger dankbar. Dies sind jedoch nur nationale Erwägungen. Es besteht eine übernationale Republik des Gedankens und der Kunst. Meine Schuld gegenüber den großen deutschen Mitgliedern und Meistern dieser Republik ist unermeßlich, und daß ihre Untertanen meinen Anspruch, Mitglied davon zu sein, zugeben, ist ein Triumph, der mir ermöglicht, allen Lobsprüchen und Glückwünschen gegenüber zu treten, mit denen ich am ersten Geburtstag, den ich gefeiert habe, und den letzten, den ich je zu feiern beabsichtige, überschüttet worden bin. Ich bin glücklich, das Vorrecht Ihrer persönlichen Freundschaft zu haben, die es mir ermöglicht, offener zu sprechen, als ich dies tun könnte, wenn unsere Beziehungen nur offizieller Art wären.

Ihr ergebener

gez. Bernard Shaw.—

Aus dem Reiche.

Blutiger Bruderkampf zwischen Reichsbanner und Rotfrontkämpfern. Am Sonntag kam es in Werneuchen an der Bahnstrecke Berlin—Bretzen zu einem blutigen Zusammenstoß zwischen Anhängern von Rotfrontkämpfern und Reichsbannerkameraden. Die Urheber der Schlägerei waren wieder die Kommunisten. Sie griffen nach einem kurzen Wortwechsel ohne ernsthaften Grund die Anhänger des Reichsbanners in einem Walde bei Werneuchen an und bedienten sich nicht nur ihrer Knüppel, sondern einzelne benutzten auch Messer. Im Verlauf des Handgemenges wurden drei Reichsbannerleute durch Hiebe und Messerstiche schwer verletzt, so daß sie in das Kreiskrankenhaus nach Alt-Landsberg gebracht werden mußten. Auf der Seite der Kommunisten wurden zwei Personen verletzt, und zwar einer schwer. Er erhielt von einem Rotfrontmann aus Versehen einen schweren Stich in die Lunge. Das Reichsbanner weilte in Werneuchen zur Gründung einer Ortsgruppe.

Kommunistenkrawall auch in Dessau. Aus Dessau werden anläßlich eines Umzuges der Kommunisten durch die Hauptstraßen der Stadt vorübergehende Krawalle gemeldet. Als die Polizei zwei Wagen des Umzuges wegen „aufreizender Propaganda" beschlagnahmte, griffen die Kommunisten die Polizeibeamten an und verletzten zwei Schutzleute erheblich durch Schläge und Messerstiche. Die Polizei sah sich gezwungen, mit Gummiknüppeln einzugreifen. Der Rädelsführer wurde verhaftet.

Verurteilung wegen Beschimpfung der Republik. Das Schöffengericht Berlin-Mitte verurteilte gestern den 19 Jahre alten Klempner Löwe und den 21jährigen kaufmännischen Angestellten Wunderlich wegen Beschimpfung der Republik zu je einem Monat Gefängnis, außerdem Wunderlich wegen Verstoßens gegen die Polizeiverordnung vom Februar 1926 zu weiteren 10 Mark Geldstrafe. Die beiden Angeklagten hatten im März dieses Jahres in einem Zuge der Nationalsozialistischen Arbeiterpartei durch die Stadt ein Lied gesungen, das mit dem Kehrreim schloß: „Wir pfeifen auf die Judenrepublik." Ferner hatte Wunderlich einen Totschläger mit sich geführt. Das Gericht billigte ihnen für die Freiheitsstrafe eine dreijährige Bewährungsfrist zu.

Gegen das Verbot der „Roten Fahne", das durch Lieferung eines Ersatzblattes politisch unwirksam bleibt und nur das Personal des kommunistischen Zeitungsverlages schädigt, wandte sich der Ortsausschuß der Berliner Freien Gewerkschaften durch eine Delegation zum Reichsinnenminister Külz. Dieser legte dar, daß die Redaktion eine Abkürzung des Verbotes erreichen konnte, wenn sie erklärt hätte, daß sie Beleidigungen wie die des Reichspräsidenten unterlassen würde. Der „Vorwärts" meint mit Recht, daß der Ausgleich für Beleidigungen Sache des Strafrichters, aber nicht von Zeitungsverboten sei.

Maizena das Kraftmehl für Suppen Saucen Gemüse

Jimmie Higgins.

(Roman von Upton Sinclair.)

Autorisierte Uebersetzung von Hermynia zur Mühlen.

9] (Nachdruck verboten.)

„Ja", meinte Genosse Service, „doch müssen wir die Richtung der Zeitschrift schon jetzt festlegen. Wollen wir gegen das Unrecht im eigenen Land protestieren und das größte Beispiel internationalen Unrechtes in der Weltgeschichte unbeachtet lassen? Soll eine Proletarierzeitung kein Wort sagen gegen die Knechtung des europäischen Proletariats durch den Kaiser und dessen militaristische Bande? Mit einem derartigen Blatt will ich persönlich nichts zu tun haben."

Die Mitglieder der Ortsgruppe sahen einander erschrocken an. Jedes derselben wußte, daß auf der Sammelliste für die noch ungeborene Wochenschrift „Der Arbeiter" der Name des wohlhabenden Arztes hinter der Summe von fünfhundert Dollars stand. Der Gedanke, diese reichliche Unterstützung zu verlieren, versetzte selbst die Deutschen in Bestürzung.

Doch besaß die Ortsgruppe einen Mann, den keine Drohung zu schrecken vermochte. Dieser erhob sich jetzt — mager, äußerst blaß, mit schwarzen, bis in die Augen fallenden Haaren und einem Husten, der ihn nach jedem zweiten Satz durch und durch schüttelte. Er hieß Bill Murray und wurde von den Zeitungen der „wilde Bill" genannt. Seine rote Mitgliedskarte wies an die zwanzig Initialen der Sekretäre verschiedener Ortsgruppen auf. Bill hatte in Kansas durch einen Dampfpflug zwei Zehen, und in Allegheny in einer Blechfabrik die halbe Hand verloren; bei einem Streik in Chicago war er halbtot geprügelt und nach einem Redekampf in San Diego geteert und gefedert worden.

Nun erklärte er der Leesviller Gruppe, was er von den Salonrevolutionären halte, die einer kirchengläubigen Gemeinschaft schmeicheln. Der wilde Bill hatte seinerzeit der Diskussion über den „§ 6" gelauscht, welcher sich gegen Sabotage und Gewalt aussprach, und die gleichen Leute, die kaum diesen mittelalterlichen Schwindel begeistert verfochten hatten, versuchten jetzt, die Ortsgruppe für die Verteidigung der britischen Seemacht zu begeistern. „Was, zum Teufel, kümmert es die Arbeiter, ob der Kaiser eine Eisenbahn nach Bagdad besitzt oder nicht? Freilich, wenn einer in England zur Schule gegangen ist, eine englische Frau hat, sich als englischer Gentleman fühlt!" Ein Schauder durchlief die Anwesenden, denn jeder wußte, dies sei auf Dr. Service gemünzt. — Gut, dann möge der Betreffende mit dem nächsten Schiff den Ozean überqueren und sich anwerben lassen, doch solle er nicht versuchen, die Ortsgruppe in ein Werbelokal zugunsten britischer Großgrundbesitzer und Aristokraten zu verwandeln.

Diese Worte schienen den Genossen Norwood, den jungen Advokaten, der den § 6 ausgearbeitet hatte, heftig zu reizen. Aufschnellend fragte er, warum die Leute, die mit den Statuten der Sektion nicht einverstanden sind, nicht austreten und eine eigene Organisation gründen?

„Weil", entgegnete Murray, „wir die Sabotage dem Streik vorziehen."

„Mit anderen Worten", rief Norwood, „Sie wollen in der Ortsgruppe bleiben und durch Hohn und persönliche Gehässigkeiten Ihre Gegner vertreiben?"

„Dies ist seit Monaten das erste Mal, daß wir das Vergnügen haben, den Genossen Norwood auf einer Versammlung zu sehen", bemerkte der wilde Bill mit beißender Gelassenheit. „Vielleicht wußte, daß wir heute aufgefordert werden würden, für Kitchener ein Regiment zu stellen!"

Genosse Standwitz sprang von seinem Sitz auf; sein mageres, lebhaftes Gesicht trug einen bekümmerten Ausdruck. „Genossen, so werden wir nicht weiterkommen! Für uns gibt es nur eine einzige Frage: Sind wir Internationalisten, ja oder nein?"

„Mich deucht", warf Norwood ein, „die Frage lautet: Sind wir Antinationalisten?"

„Gut", schrie der kleine Jude, „meinetwegen. Ich bin Antinationalist! Und dies müssen alle Sozialisten sein!"

„Ich fasse die Sache anders auf", entgegnete der Advokat. „Es ist natürlich leichter für eine Rasse, die seit zweitausend Jahren heimatlos . . ."

„Wer wird jetzt persönlich?" höhnte der wilde Bill.

Solches ereignete sich in der Leesviller Ortsgruppe. Das Ergebnis der Debatte bestand darin, daß Genosse Dr. Service erklärte, er wolle mit der Sozialistischen Partei von heute ab nichts mehr zu tun haben. Er knüpfte seinen schönen schwarzen Rock über der Brust zu und verließ feierlich den Raum. Die noch übrige Versammlungszeit wurde hauptsächlich von der Diskussion über seine Person und seinen Einfluß in der Ortsgruppe ausgefüllt. Er sei gar kein Sozialist, behauptete Schneider, sondern ein englischer Aristokrat oder so etwas Aehnliches, zwei Brüder seiner Frau dienten im Expeditionskorps, ein Neffe hatte sich bei den Territorialen gemeldet, und ein zu Besuch weilender Vetter stand im Begriff, nach Kanada zu gehen, um ehemöglichst an die Front geschickt zu werden. Doch war die Ortsgruppe trotz dieser schwerwiegenden Tatsachen nicht geneigt, ihren großmütigen Gönner zu verlieren; die Genossen Gerrity und Goldstein wurden entsandt, ihn zu versöhnen und zurückzuholen.

Was Jimmie Higgins anbelangte, so war das Problem für ihn um vieles einfacher. Er hatte keine Verwandten, und falls er ein „Vaterland" besaß, so hatte dieses unterlassen, ihn davon in Kenntnis zu setzen. Das erste, was seine „Heimat" für ihn getan hatte, war, ihn einer Negerin zu übergeben, die ihn mit Wassersuppe fütterte und ihn im Winter ohne Decke schlafen ließ. Für Jimmie bestand die Heimat aus einer Ansammlung von Herren und Arbeitgebern, die kargen Lohn für harte Arbeit bezahlten und die Polizei mit Knüppeln vorschickten, wenn man sich zu rühren wagte. Soldaten waren für Jimmie Leute, die der Polizei zu Hilfe kamen, wenn letztere bedrängt wurde. Der Soldat stolzierte mit geschwellter Brust, die Nase hoch in der Luft, einher, und war in Jimmies Augen ein Bleihampelmann, ein Verräter an der Arbeiterklasse.

Aus allen diesen Gründen fiel es dem kleinen Maschinisten leicht, dem rumänischen Juden zuzustimmen und sich als Antinationalisten zu bekennen. Es fiel ihm auch leicht, zu lachen und Beifall zu äußern, wenn der wilde Bill fragte, was es den Arbeiter kümmere, ob der Kaiser eine Eisenbahn nach Bagdad besitze oder nicht. Jimmie erschütterte es nicht im geringsten, wenn er las, die britische Armee weiche in Frankreich Schritt für Schritt zurück, eine zehnfache Uebermacht aufhaltend. Die Zeitungen nannten dies Heroismus, Jimmie sah bloß eine Unzahl unseliger Tölpel, vor deren Augen eine Fahne geschwenkt wurde, und die sich für einen Schilling den Besitzenden ihrer Länder verkauft hatten. Eine der sozialistischen Zeitungen, die Jimmie zu lesen pflegte, brachte allwöchentlich eine Karikaturenserie, die den Proletarier als harmlosen Toren hinstellte und „Heinrich Blöd" benannte. Der arme Heinrich glaubte alles, was ihm gesagt wurde, und seine Erlebnisse endigten regelmäßig damit, daß er einen Hieb auf den Schädel bekam, so daß die Funken über die ganze Blattseite sprühten. Die allerlächerlichsten Erlebnisse traten ein, wenn Heinrich Blöd eine Uniform trug. Jimmie schnitt diese Bilder aus und zeigte sie in der Fabrik sowie bei den Nachbarn herum.

(Fortsetzung folgt.)

Wachsende Krisenstimmung in Oesterreich.

Aus Wien wird uns geschrieben:

Die Tagung des österreichischen Parlaments, die jetzt zu Ende gegangen ist, war eine der krisenreichsten seit den Wahlen des Jahres 1923. Die bürgerlichen Parteien tragen es immer schwerer, daß die Sozialdemokratie zwei Fünftel der Stimmenzahl auf sich vereinigt hat, und sie möchten, in der Furcht, daß sie bei den nächsten Wahlen vielleicht die Mehrheit verlieren, ihre jetzige Mehrheit ausnützen, um noch schnell ihre wirtschaftliche und politische Macht über die Arbeiterklasse zu verankern. Es ist begreiflich, daß die Sozialdemokraten diesen Versuchen den heftigsten Widerstand entgegensetzen, entschlossen, wenn die Mehrheit nicht nachgibt, Neuwahlen zu erzwingen.

So werden die Tagungen des Nationalrates immer krisenhafter, und so verschiebt sich das Schwergewicht der Politik immer mehr aus dem Plenum des Parlaments in die Ausschüsse und in die Verhandlungen zwischen den Parteien, bei denen die wirklichen Machtverhältnisse viel durchsichtiger sind als in parlamentarischen Diskussionen.

Die erste Krise ergab sich in der jetzigen Parlamentstagung aus dem Bestreben der Regierungsparteien, den Mieterschutz abzubauen. Seipel hatte den Hausherren diesen Abbau vor den letzten Wahlen versprochen, und er hatte in den Parlamentstagungen seither immer wieder versucht, dieses Versprechen zu erfüllen — nicht so sehr, weil ihm an den Stimmen der Hausherren so viel gelegen wäre, als vielmehr deshalb, weil das in sein Programm des Abbaues des „revolutionären Schuttes“ gehört. Aber in den früheren Tagungen hatte er noch in der Erinnerung daran gelebt, daß gerade dieses Versprechen zu der Niederlage seiner Partei so viel beigetragen hatte, und so war der Vorstoß gegen den Mieterschutz nur in der Form eines Initiativantrages unternommen worden. Als die sozialdemokratische Obstruktion diesen Initiativantrag beseitigt hatte, brachte die Regierung Ramek am Ende des vorigen Jahres selbst eine Vorlage über den Abbau des Mieterschutzes ein, und sie rechnete damit, daß sie gegen die sozialdemokratische Obstruktion ein wichtiges Pfand in Händen habe: den Ablauf der außerordentlichen Notstandsunterstützungen für die Arbeitslosen, die immer nur für eine bestimmte Zeit bewilligt waren.

Aber die Sozialdemokraten ließen sich durch diese Drohung, die Arbeitslosen verhungern zu lassen, nicht einschüchtern, da sie wußten, daß die Regierung es bei der fürchterlichen Krise nicht wagen konnte, die außerordentlichen Unterstützungen der ausgesteuerten Arbeitslosen einzustellen und so selbst die öffentliche Ordnung in Gefahr zu bringen. Sie setzten die Obstruktion auch gegen die Regierungsvorlage über den Abbau des Mieterschutzes fort, und die Regierung mußte auf dieses Attentat verzichten oder das Parlament auflösen, so daß die Wahlen darüber zu entscheiden gehabt hätten, ob sie auf den Mieterschutz verzichten wollen, um den Hausherren eine arbeitslose Rente zu sichern. Das Attentat war abgewehrt, da es die Bürgerlichen auf Neuwahlen unter dieser Wahlparole nicht ankommen lassen konnten. Auch die Einstellung der Arbeitslosenunterstützung konnten sie nicht wagen, aber sie verlängerten das Gesetz immer nur für einen Monat, um ein ständiges Pressionsmittel gegen die Sozialdemokraten zu behalten.

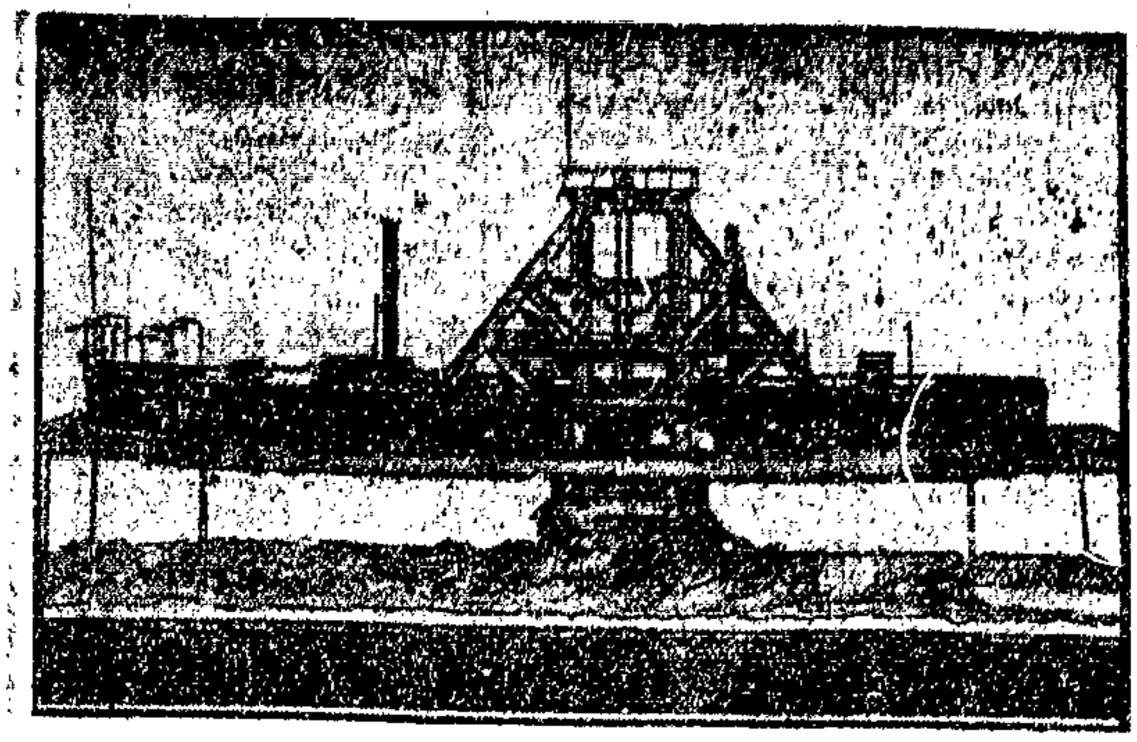
So wurde das Gesetz über die außerordentlichen Unterstützungen der Arbeitslosen — nach 30 Wochen normaler Unterstützung die außerordentliche Notstandsunterstützung und nach der Aussteuerung noch die Beihilfe — immer nur für einen Monat verlängert und die Anträge der Sozialdemokraten auf Verlängerung bis zum Ende des Jahres immer abgelehnt. Die Bürgerlichen wollten nämlich eine Verschlechterung der Arbeitslosenversicherung durchsetzen, indem sie die Beiträge des Staates herabsetzen und zum Teil auf die Gemeinden (womit vornehmlich die sozialdemokratisch verwalteten Industriegemeinden getroffen würden), zum Teil auf die Arbeiter abwälzen. Außerdem sollten die Saisonarbeiter (vor allem die Bauarbeiter) aus der Arbeitslosenversicherung ausgeschaltet und die Unterstützungen herabgesetzt werden.

War schon aus diesen Gründen das Verhältnis zwischen der Regierung und der sozialdemokratischen Opposition sehr gespannt, so daß das Parlament zu keiner Arbeit kam, so wurde es noch verschärft durch einen klerikalen Vorstoß, den die Regierung gegen die Wiener Schulreform unternahm. Im Mai erließ der klerikale Unterrichtsminister eine Verordnung, die durch die Schaffung eines neuen Lehrplanes für Volks- und Mittelschulen nicht nur die Wiener Schulreform über den Haufen werfen, sondern zugleich auch die Schulen immer mehr verklerikalisieren sollte. Die Sozialdemokraten setzten sofort mit einer Volksbewegung gegen dieses Attentat auf die Schule ein, sie konnten überdies darauf verweisen, daß die Verordnung einer Vereinbarung widersprach, die zwischen den Führern der Wiener Christlich-Sozialen und der Sozialdemokratischen Partei abgeschlossen worden war, und die die Wiener Schulreform für Wien und für alle Industrieorte sicherte, aber dafür den christlich-sozialen Bedenken bezüglich der religiösen Erziehung Rechnung trug. Die Sozialdemokraten verlangten daher die Zurückziehung der Verordnung und die Ausführung des Kompromisses, das sie mit den Wiener Christlich-Sozialen abgeschlossen hatten. Das verweigerte die Christlich-soziale Fraktion auf Betreiben des erzbischöflichen Ordinariates, von dem die Anregung zu dem klerikalen Vorstoß ausgegangen war, und obwohl der Wiener christlich-soziale Führer Kunschak ebenfalls für die Einhaltung der von ihm abgeschlossenen Vereinbarung eintrat, lehnte der Bundeskanzler diese Forderung ab.

Darauf brachen die Sozialdemokraten jeden Verkehr mit der wortbrüchigen Regierung ab, und alle parlamentarische Arbeit stockte. Auch der Rücktritt des Unterrichtsministers änderte daran nichts.

Dazwischen kam nun noch der Skandal der Zentralbank, der die christlich-sozialen Führer aufs äußerste kompromittierte. Die kompromittierte christlich-soziale Regierung, die überdies ohne parlamentarische Genehmigung für ihre Parteibank große staatliche Mittel verwendet hatte, und die von der von den Sozialdemokraten durchgesetzten parlamentarischen Untersuchung noch eine arge Bloßstellung zu erwarten hatte, zumal da die Sozialdemokraten auch noch den Antrag auf Erhebung der Ministeranklage eingebracht hatten, konnte nicht alle diese Kämpfe weiterführen. Sie mußte auf den Raub an den Arbeitslosen — durch den Zehntausende Arbeitslose um die Unterstützung gekommen, viele Zehntausende schwer geschädigt worden wären — verzichten und die Arbeitslosenversicherung ohne die geplanten Verschlechterungen um ein halbes Jahr verlängern, sie mußte den klerikalen Lehrplan aufheben und in einer neuen Vereinbarung die wesentlichen Bestimmungen der Wiener Schulreform und des seinerzeitigen Kompromisses anerkennen.

Ihr einziger Sieg besteht darin, daß der Verfassungsausschuß die Ministeranklage abgelehnt hat. Ein Pyrrhussieg, denn der Nationalrat ist in die Ferien gegangen, ohne diesen Ausschußbeschluß zu genehmigen und — der Untersuchungsausschuß des Parlaments arbeitet weiter und wird bis zur Wiedereröffnung des Parlaments das Material schon so weit durchgearbeitet haben, daß die Regierungsparteien wenig Anlaß zum Jubeln haben werden. G. P.



Der Taucherschacht, eine wichtige technische Neuerung.

Auf der internationalen Ausstellung für Binnenschiffahrt und Wasserkraftnutzung Basel 1926 erregt besonderes Aufsehen das Modell eines Taucherschachtes, welchen wir beistehend im Bilde zeigen. Der Taucherschacht ist in der Mitte eines Schiffes angebracht und kann durch ein Eisengerüst auf die Flußsohle herabgelassen und vor der Fortbewegung des Schiffes wieder heraufgezogen werden. In dem mit Druckluft gefüllten Taucherschacht können eine größere Anzahl Arbeiten ausgeführt werden: Sprengung von Felsblöcken oder Hindernissen für die Schiffahrt, der Verbesserung der Fahrrinne usw. Der im Innern elektrisch beleuchtete Taucherschacht ist durch Telephon mit dem Schiffsdeck verbunden.

Der Kulturkampf in Mexiko.

London, 31. Juli. (Eigener Drahtbericht.) Aus Mexiko werden im Zusammenhang mit dem Kirchenstreit blutige Zusammenstöße zwischen der Polizei und den Anhängern der Kirchengemeinschaften gemeldet. Der Hauptzusammenstoß ereignete sich bei der Räumung einer Kirche in Mexiko-Stadt. Die Polizei sah sich gezwungen, von der Waffe Gebrauch zu machen, da sich die Gläubigen weigerten, die Kirche zu räumen und die Polizei mit Steinen bombardierten. Es gelang schließlich, die Umgebung unter Benutzung von Wasserschläuchen zu räumen.

Der eigentliche Kirchenstreik beginnt am 1. August. Inzwischen haben die Gewerkschaften beschlossen, während des Sonntags als Demonstration jeden Verkehr stillzulegen. Dem Präsidenten Calles wurde am Sonnabend die Unterstützung der mexikanischen Arbeitnehmerschaft bei der Durchführung des Religionserlasses durch eine Gewerkschaftsdelegation zum Ausdruck gebracht.

* * *

Aus Mexiko wird gemeldet, daß die Regierung inzwischen auch das Büropersonal der päpstlichen Nuntiatur verhaften ließ. Die Demonstration der Gläubigen und die Gegenkundgebung der Arbeiterschaft dauerten am Sonntag an.

* * *

Nach weiteren Meldungen sind 40 reiche Amerikanerinnen in Mexiko verhaftet worden, die bei den Unruhen gegen die Regierung ihre Hand im Spiele hatten.

Kleine Auslandsnachrichten.

Der neue Gouverneur von Memel. Der zum Gouverneur des Memelgebietes ernannte Schalkauskas ist früher litauischer Minister des Innern gewesen. Gegenwärtig bekleidet er das Amt des zweiten Staatsanwalts beim Obersten Landesgericht von Litauen. Schalkauskas hat sich bereit erklärt, den Memeler Posten als Nachfolger des bisherigen Gouverneurs Zilius zu übernehmen. Er wird sich Anfang August nach Memel begeben, um sein neues Amt anzutreten.

Boncour hält sich für den Erben von Jaurès. Unter dem Vorsitz des Deputierten Paul Boncour wurde am Sonntag in einer Pariser Versammlung der 12. Jahrestag des Todes von Jaurès feierlich begangen. Paul Boncour hielt eine Rede über den pazifistischen Gedanken von Jaurès, dessen Verwirklichung (?) er aber nicht mehr erlebt habe. Die stark besuchte Versammlung nahm auf Vorschlag Paul Boncours eine Resolution an, in der sie den festen Willen bekundete, für die endgültige Befreiung der Arbeiterklasse und den internationalen Frieden zu arbeiten. In der Resolution wurde Jouhaux und Paul Boncour zu ihrer Arbeit in Genf „der Dank der arbeitenden Klasse Frankreichs zum Ausdruck gebracht“. — Wie die „Verwirklichung“ des pazifistischen Gedankens schon im heutigen Stand des Völkerbundes wirkt, muß gerade für die linken Freunde des Völkerbundsgedankens bitter enttäuschen. Boncour ist gleichsam der Erbe der Redegabe und des Optimismus von Jaurès.

Wieder Todesurteile gegen ungetreue Sowjetbeamte. Vor dem Sowjetgericht in Barabinsk in Ostsibirien hatten sich dieser Tage wegen Amtsmißbrauchs, Erpressung und verschiedener Gewalttaten der Polizeichef und eine Reihe von Sowjetbeamten zu verantworten. Der Prozeß zog sich sieben Tage hin und entrollte, wie die Sowjetblätter berichten, ein niederschmetterndes Bild von Unsittlichkeit und Trunksucht, zu deren Befriedigung die angeklagten Beamten unter Mißbrauch ihrer Amtsgewalt sich die gröbsten Verletzungen der Gesetze hatten zuschulden kommen lassen. Der Polizeichef Jushanin wurde zum Tode verurteilt, ebenso ein zur Verbreitung eines kommunistischen Bauernblattes angestellter Agent Margatzki. Die übrigen Angeklagten bekamen langfristige Freiheitsstrafen. — Das Oberste Gericht von Kasakstan verurteilte den Verwalter der staatlichen Holzlager von Petropawlowsk, Komissarow, wegen Veruntreuung von 15 000 Rubeln zum Tode.

Coolidge beabsichtigt, bei den Präsidentenwahlen im Jahre 1928 erneut zu kandidieren.

Aus aller Welt.

Der Dichter Israel Zangwill gestorben.

Im Alter von 62 Jahren starb gestern in London Israel Zangwill, der durch Schilderungen ostjüdischen Elends und geistigen Strebens in englischer Sprache weit bekannt geworden ist. Er gehörte dem sozialistisch gerichteten Flügel der nationaljüdischen Bewegung an, wurde aber auch in der öffentlichen Meinung Englands als erfolgreicher Vertreter der englischen Literatur anerkannt.

Fünf Zuschauer eines Sportfluges getötet.

Anläßlich einer Flugveranstaltung des Luftfahrt-Verbandes für Württemberg in Heidenheim kam es am Sonntag zu einem furchtbaren Unglück. Als der Flieger Drechsler landen wollte, versagte der Motor. Das Flugzeug war an sich zu kurz gesteuert und da ein Antrieb des Motors nicht mehr möglich war, streifte das Flugzeug die äußere rechte Bretterwand des Platzes, riß sie um und drängte die dahinter stehenden Zuschauer gegen die vordere Barriere, die ebenfalls eingedrückt wurde. Fünf Personen blieben auf der Stelle tot, von den Verletzten mußten sieben in das Krankenhaus gebracht werden. Der Flieger wurde nur leicht verletzt. Die Leitung brach die Veranstaltung sofort ab.

Kunst und Polizei.

Auf der Polizeiausstellung, die in den Monaten September und Oktober in Berlin stattfindet, soll auch eine Unterabteilung „Kunst und Polizei“ gezeigt werden. Der Verband des Deutschen Kunst- und Antiquitätenhandels hat eine Beteiligung bereits zugesagt. Auch von den Museen soll diese Abteilung der Ausstellung beschickt werden. Es kommen hauptsächlich Fälschungen, Photographien von Fälschungen und Briefe, die sich auf Fälschungen beziehen, zur Ausstellung.

Die Fleischvergiftungen in Herzfelde

und Umgebung sind bis jetzt ohne Todesfälle vorübergegangen. Nur bei wenigen Patienten liegen noch Vergiftungserscheinungen ernsterer Natur vor. Dem Tierarzt Dr. Gaul aus Kalkberge-Rüdersdorf wurde bis zur Klärung der Schuldfrage die Ausübung der amtlichen Fleischbeschau entzogen.

Ein Skandal um den „Fröhlichen Weinberg“

hat sich im Salzburger Stadttheater ereignet. Der Krawall des Publikums war so stark, daß die Vorstellung unterbrochen werden mußte. Die Polizei nahm 15 Verhaftungen vor.

Eisenbahnunglück in der Tschechoslowakei.

In der Station Chotowin bei Tabor fuhr die Lokomotive eines Güterzuges infolge falscher Weichenstellung in eine tiefe Grube. Hierbei wurde der Heizer getötet, der Zugführer leicht verletzt. Der Verkehrsbeamte, der sich die Schuld an dem Unglück beimaß, verübte Selbstmord.

Ein neues Unglück durch Kriegsmaterial.

Nach einer Meldung der Lidowe Noviny hat sich neuerlich ein schweres Unglück durch eine 7,5-Zentimeter-Granate ereignet, die in einem Walde der Stadt Kremnitz in der Slowakei explodierte. Sieben Kinder wurden verletzt, vier davon schwer und eins tödlich. Gleichzeitig wird über die Verwundung eines Offiziers und eines Soldaten durch eine Handgranatenexplosion in Kaschau (Slowakei) berichtet.

Die Fähre Dover—Ostende beschossen.

Der „Montag“ meldet, die Fähre Dover—Ostende sei Sonntag vormittag in das Strichfeuer einer englischen Maschinengewehrabteilung geraten, die auf dem Felsen von Dover Schießübungen abhielt. Eine Dame sei am Oberschenkel verletzt worden. Auch der Schornstein der Fähre sei von einem Geschoß durchbohrt worden.

Keine Protestanten zu den päpstlichen Empfängen zugelassen.

Nach Blättermeldungen werden Protestanten nicht mehr zu den päpstlichen Empfängen zugelassen werden, nachdem ein amerikanischer Protestant bei einer Kollektivaudienz vor dem Papst nicht niederkniete.

Faschistische Frauen-Uniformen?

Die Faschistische Partei verbreitet einen Artikel, wonach ein Ausschuß für die Unterstützung der nationalen Produktion in Frauenkleidung und Hauseinrichtungen gebildet wurde. Zu den Obliegenheiten dieses Ausschusses gehört auch die „Nationalisierung der Frauenmode“, die einer Vereinheitlichung der Frauenkleidung. — Eine auch in der Richtung auf die schwarze Faschisten-Hemdbluse.

Abwendung der Heuschreckengefahr von der Ukraine.

Der Ostwind, der die großen Heuschreckenschwärme aus den nordkaukasischen Gebieten nach der Ukraine trieb, hat aufgehört und damit die Gefahr, daß die Heuschrecken den ukrainischen Feldern weiteren Schaden zufügen könnten. Die Gefahr gilt jetzt als vollständig beseitigt und die besonderen Kommissionen zur Bekämpfung der Heuschrecken in der Ukraine sind aufgelöst worden.

Der gefunkte Filmtext.

In einem Londoner Telegraphenamt erschien dieser Tage ein junger Mann und gab eine unendlich lange Depesche zur drahtlosen Uebermittlung nach Amerika auf. Bei näherem Zusehen erwies es sich, daß es sich um einen Filmtext handelte, sicher den ersten, der auf diesem kostspieligen Wege über den Ozean gesandt wurde. Die Gebühren betrugen denn auch nicht weniger als 10 000 Mark. Der Verfasser und Absender war der 17jährige Sohn des amerikanischen Filmmagnaten Carl Lemmle, der gegenwärtig in London schwer erkrankt darniederliegt.

Neukonstruktion elektrischer Lokomotiven.

Für eine große amerikanische Eisenbahnlinie werden gegenwärtig 7 elektrische Lokomotiven gebaut, von denen jede imstande sein soll, einen Güterzug von etwa einer englischen Meilenlänge mit einer Geschwindigkeit von 50 bis 30 Kilometern zu befördern. Diese Lokomotiven sollen ebenso kräftig sein wie Dampfmaschinen, aber erheblich sparsamer im Betriebe. Jede wird 3640 PS. haben. Als Personenzugsmaschinen werden sie imstande sein, 18 Pullmannwagen mit einer Geschwindigkeit von 120 Kilometern zu befördern.

Eine Sturmkatastrophe

an der Küste von Florida (Nordamerika) hat nach den bisherigen Feststellungen 70 Todesopfer gefordert. Zahlreiche Personen werden noch vermißt, von denen angenommen wird, daß sie ebenfalls ertrunken sind. In dem berühmten Seebad Miami, dem Hauptort der amerikanischen Riviera, beläuft sich der durch den Sturm verursachte Materialschaden auf 15 Millionen Dollar. In Miami selbst wurden 10 Tote geborgen. Auf der Insel San Domingo sind bisher 54 Leichen angeschwemmt worden, die von untergegangenen Schiffen herrühren.

Familien-Anzeigen

Statt besonderer Karten!

Für die anläßlich unserer Vermählung erwiesenen Aufmerksamkeiten und Gratulationen sagen wir allen Freunden, Bekannten, Verwandten und insbesondere den Kolleginnen und Kollegen bei der A. O. K. unseren herzlichsten Dank.

Dank auch den Sangeschwestern und -brüdern, sowie Herrn Dr. Kramer. 12939

Den 31. Juli 1926.

Georg Peickert und Frau
Hildegard, geb. Galisch
z. Zt.: Krautenwalde, Tschecho-Slowakei.

Am 29. Juli verschied plötzlich infolge Unglücksfalles mein lieber Mann, unser treusorgender, guter Vater

Georg Riesel

im Alter von 54 Jahren.

Breslau, den 31. Juli 1926.

In tiefstem Schmerz
Die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Dienstag, den 3. August, nachmittags 3 Uhr, von der Halle des St. Salvator-Friedhofes, Lohestraße, aus. 523

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Am 29. Juli verschied plötzlich unser langjähriges Mitglied, die **Zigarrensortiererin** 2702

Emma Hoffmann

im Alter von 44 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihr

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Montag, den 2. August, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Maria-Magdalenen-Friedhofes.

Danksagung!

Für die herzliche Teilnahme und die schönen Kranzspenden beim Hinscheiden meines lieben Mannes, unseres guten Vaters sagen wir allen Freunden, Bekannten und Genossen, insbesondere Herrn Dr. Kramer, unseren herzlichsten Dank. 521

Breslau, den 31. Juli 1926
Stephanstraße 16

Auguste Kirchner
und Töchter.

Von der Reise zurück
Dr. Jonas, Zahnarzt
Gartenstraße 89, Ford-Haus. 4324

Zu dem

Ideen-Wettbewerb

zur Erlangung von Skizzen für die Bebauung des den Zugang zur Siedlung Pöpelwitz in Breslau bildenden Geländes wird noch folgendes nachgetragen:

Im V, vorletzten Absatz, wird folgender dritter Satz eingefügt:

Es ist erwünscht, daß die einzelnen Wohnungstypen und Wohnungen zum Unterschiede von einander leicht farbig angelegt werden. 12958

Siedlungsgesellschaft Breslau A.-G.
Elisabethstraße Nr. 2.

Die Volksschule als Einheitsschule
Von Dr. Max Apel.
Bestellungen werden von der Expedition dieses Blattes sowie von sämtlichen Kolporteuren entgegengenommen.

Schauspielhaus.
Operettenbühne. 13040
Tel. Stephan 37 460.
Täglich 8 Uhr:
Der große Erfolg!
„Donnerwetter — Ganz famos"

Schlesisches Landesorchester
Morgen Dienstag, 4 Uhr:
Nachmittag-Südpark-Konzert
Leitung: Mandry Eintritt 30 Pf.

Schreber-garten
gesucht im Westen.
Offerten St. 338 G. d. Ztg. 12926

Schulkrjunkel, 2—10 Pf., Lippert, Heinrichstr. 16. 13040

Kleine Anzeigen
sind kompreß gesetzte einsp. Anzeig. v. Verkäufen, Kaufgesuchen u. a. nur von Privaten. Wort 3 Pfg., fett 4 Pfennige.

Gut erhaltenes Möbel preiswert zu verkauf. Vorwerkstr. 40, Gth. pt., bei Heilmann. 522

Zurückgekehrt
Dr. Kurt Lindner
Gneisenaustraße 17.
Telefon: Ohle 2025.

Sofort Geld
auf Pfänder!
Leihhaus Rother
Albrechtstraße 43, I. 13000

Inserate erzielen in der „Volkswacht" den größten Erfolg

---

10 000 Buchkarten

[redacted]

könnten ausgestellt sein, wenn alle klassenbewußten Arbeiter Breslaus von unserem Angebot Gebrauch gemacht hätten.

Das Buch, das auf viele Stunden den Leser aus seiner persönlichen Misere hinaus- und hinaufführt, ist noch immer das **beste** und **billigste** Vergnügen. Die Buch**karte**, ein System enormer Zahlungserleichterung, ermöglicht es einfach jedem, an diesem Vergnügen teilzunehmen.

Die Buchkarte benutzen heißt,

Bücher nach freier Wahl gegen wöchentlich 50 Pf. als eigen für sich und die Familie zu erwerben. Lesen und damit Kenntnisse erwerben, tut bitter not.

Der Bibliothekar weiß es

wie lange die Selbstbefreiung der Arbeiterklasse noch dauern wird.

Jeder Genosse und jede Genossin muß wissen, daß die Arbeiter-Buchhandlung für sie selbst in erster Linie vorhanden ist. Beteiligt Euch darum alle beim

Heben geistiger Schätze!

Volkswacht-Buchhandlungen, Breslau, Neue Graupenstrasse 5, Neue Taschenstrasse 11.

Bade dich gesund im Breslauer
Hallenschwimmbad
Heil- und Kurbäder aller Art
Außer Sonntags täglich von 8—8 Uhr 4:10

Nähmaschinen-Reparaturen
aller Systeme werden seit 50 Jahren fachgemäß und schnell gefertigt. Abholung kostenlos.
Lager von neuen und gebrauchten Maschinen
alle mit 5 Jahren Garantie. 12951
M. Buttermilch, Ritterplatz 11, I.

Preismäßige Möbel!

Schlafzimmer Eiche komplett	500.–
Speisezimmer „ „	690.–
Herrenzimmer „ „	465.–
Küchen komplett	85.– bis 400.–
Bettstellen 25.–, Chaiselongue 36.–	bis 85.–
Garderoben 35.–	bis 120.–

12971
Kataloge gratis. — Teilzahlung gestattet.
Max Giesel, Brüderstraße 23

Berücksichtigt unsere Inserenten!

Extra billige Angebote!

Teppiche

Jute Bouclé ca. 130×200	8.90	Tapestry 160×240	32.50
Velour 200×300	65.00	Velour 260×350	108.00

Gardinen

Garn. 3teil.	2.90	gewebt Madras	3.95
Etamine mit Vol.	3.35	Etamine mit Motiv.	0.50

Läuferstoffe

Jute Mtr.	0.95	Bouclé	3.50
Woll-Tapestr.	4.35		

Stores

Etamine mit Vol.	1.95	3.95	5.50

Hull	Madras	Wunderbare Wandbilder	Verh.-Stoffe	Etam.-Bettd.
pa. Qual. gestr. Mtr. 48 Pf.	dunkel gem. 130 br. 1.95	ca. 75×150 3.95	cram u. gold 130 br. 1.65	m. Vol. 2 bett. 8.25

Steppdecken
einseitig und doppelseitig Ia Satin . . 19.75, 16.50 9.80

Schlafdecken
hell gemustert und glatt 4.35, 2.75 1.65

Diwandecken
5.75 13.50 21.00 32.00

Tischdecken
1.45 2.95 7.50 15.00

Unsere Auswahl ist unübertroffen!

Spanier's Teppich-Haus
nur Reuschestraße 58 und Schmiedebrücke 56
Ecke Kupferschmiedestraße, parterre und 1. Etage.

Unsere Geschäfte befinden sich
nur Reuschestr. 58 **und** Schmiedebrücke 56

12942

Die Gesellschaft
INTERNATIONALE REVUE FÜR SOZIALISMUS UND POLITIK

Das soeben erschienene Heft Nr. 8 bringt u. a. folgende Artikel: *Ministerialrat Dr. Hans Meier-Dresden:* Reich und Länder. — *Fritz Naphtali:* Probleme der Krise. — *Dr. Siegfried Landshut:* Eine Frage europäischer Politik. — *Prof. Dr. Carl Brinkmann-Heidelberg:* Der Stil der wilhelminischen Diplomatie. — *Oberstudiendirektor Dr. Heinrich Deiters:* Die Neuordnung des höheren Schulwesens. — *Alfred Vagts:* Die 25 Jahre Lord Grey's.

Bestellungen zum Heftpreise von 1.50 Mark nehmen die Zeitungsboten und die Volkswachtbuchhandlungen, Neue Graupenstraße Nr. 5 und Taschenstraße Nr. 11 entgegen.

Hausfrauen!

Das zollfreie Rindergefrierfleisch ist wieder unbegrenzt zu haben. Es ist billiger als gleichwertiges Frischfleisch, dabei höchst nahrhaft und leicht verdaulich. Da es von besten Mastochsen stammt, ist es erstklassige Ware und von frischem Fleisch nicht zu unterscheiden.

Der Magistrat. 12945

„Parteitagsprotokolle"
Neue Zeit
Sozialistische Monatshefte
Leipziger Volkszeitung
Sächsische Arbeiterzeitung

ganze Reihen oder einzelne Nummern gesucht. Angebote mit Preisangabe erbeten an **Gesellschaft für Sozialforschung E. V., Frankfurt a. M., Viktoria-Allee 17.** 12946

URANIA
12 Monatshefte
und 4 wertvolle Bücher
vierteljährlich . . . nur 1.60 Mk.
mit Ganzleinen-Buch 2.25 Mk.
Probehefte und Prospekte gratis
Volkswachtbuchhandlung
Breslau III, Neue Graupenstr. 5

Herr Buchhändler!!
Was Spannendes!!!

Ja, bitte!

Elvestadt
Kriminal-Romane!

Sehr spannend und doch auch wertvoll!

Das Orchester der Madame Fournier. (284 Seiten.)
Der vierte Mann. (245 Seiten.)
Tausend Eisen im Feuer. (267 Seiten.)
Der Tod kehrt im Hotel ein. (268 Seiten.)
Lizzie. (307 Seiten.)
Der eiserne Wagen. (227 Seiten.)
Montrose. (207 Seiten.)
Der kleine Blaue. (245 Seiten.)

Jeder Band (halbleinen gebunden)
2.50 Mk.
Auswärts zuzüglich 30 Pf. Porto pro Band

Volkswacht-Buchhandlungen
Neue Graupenstraße 5 ◦ Neue Taschenstraße 11

Druckerei Volkswacht
BRESLAU 2
Flurstraße 4/6

übernimmt die Anfertigung sämtlicher Druck-Arbeiten für Industrie, Handel, Vereine u. Gewerkschaften in ein- u. mehrfarbiger Ausführung bei preiswerter Berechnung u. schnellster Lieferung.

Spezialität:
Massenauflagen
(Rotationsdruck)

Die „Frauenwelt" den Frauen
Zum Lesen, Denken und Schauen!

„Frauenwelt"
eine Halbmonatsschrift für die Frau des schaffenden Volkes. Preis 30 Pf.
Zu bestellen bei allen Zeitungsausträgern.

Wanzentod
Poh

patentamtlich geschützt
radikale Vertilgung, verblüffende Wirkung.
Ebenso alle Spezialmittel geg. Schwaben, Russen, Flöhe, Motten, Mücken usw.
Glänzende Anerkennung.
Nur zu haben **Grüne Drogerie, Breslau XIII, Kaiser-Wilhelm-Straße 11**

Hühneraugen
verursachen häufig furchtbare Schmerzen.
Das ärztlich empfohlene, vielmillionenfach bewährte Kukirol-Hühneraugen-Pflaster befreit Sie davon. Eine Packung kostet nur 75 Pfg. Das wohltuende Kukirol-Fußbad (Probepackung 30 Pfg., Doppelpackung 50 Pfg.) erhöht die Wirkung des Kukirol-Pflasters und kräftigt die Fußnerven und Muskeln. Eine ganze Kukirol-Fußpflege-Kur kostet 2 Mk. In fast allen Apotheken und Drogerien erhältlich.

Für die Redaktion verantwortlich: Ernst Jimmer, für die Anzeigen: Max [illegible]. — Redaktion: Friedrichstraße 3. — Hauptexped.: Flurstr. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 2. August.

Nie wieder Krieg!

Am Sonnabend hatten die Partei und die Sozialistische Arbeiterjugend zu einer Kundgebung gegen den Krieg aufgerufen. Um 7 Uhr hatten sich die Züge auf den verschiedenen Sammelplätzen aufgestellt und bewegten sich durch die dunklen Straßen mit dem Gesang unserer Kampflieder, die am Tage, an dem vor zwölf Jahren das große Völkermorden begonnen hatte, einen tieferen Sinn bekamen, den des gemeinsamen Kampfes gegen den Wahnsinn des Krieges. Bei Einbruch der Dunkelheit kamen die Züge am Schießwerder an. Die roten Fahnen wehten in der Dämmerung und die Proletarier Breslaus zogen hinein, um ihrem Schrei gegen den Krieg Ausdruck zu geben. Da waren die Männer und Frauen, die den Krieg in all seinem Grauen miterlebt hatten, da war aber auch die Jugend, die davor bewahrt werden soll, selbst noch einmal in die Hölle eines Krieges hinein zu müssen.

Die Antikriegsfeier wurde eingeleitet durch den gemeinsamen Gesang unseres Liedes „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit" und durch zwei vom Genossen Eggers gesprochene Dichtungen des Breslauer Dichters Armin T. Wegners und des im Kriege gefallenen Gerrit Engelke. Beide bringen das unermeßliche Grauen des Kriegserlebens zum Ausdruck, beide wollen in die Köpfe der Menschen einhämmern den Ruf: „Nie wieder Krieg!", beide sprechen die unendliche Sehnsucht des in Schmutz und Blut und Eiter verkommenen Frontsoldaten nach Frieden, nach brüderlicher Vereinigung mit den „Feinden" aus.

Genosse Eckstein hielt die Ansprache an die überfüllte Versammlung. Auf einer alten Glocke in der Schweiz befinde sich der Sinnspruch, der Schillers Glocke voranstehe, eingegossen: „Vivos voco, mortuos plango, fulgura frango", „Die Lebenden rufe ich, um die Toten klage ich, die Blitze breche ich!" Das sei auch der Sinnspruch, der unserer Arbeit gegen den Krieg voranstehe.

„Wir rufen die Lebenden!"

Zwölf Jahre sind es her, seitdem der Weltkrieg begann. Unser Erinnern soll nicht klaglos sein, aber die Trauer um die Gefallenen soll uns eine Mahnung und ein Vermächtnis sein. Damals zogen Menschen hinaus voll Begeisterung, hingerissen durch den nationalen Haß. Millionen sind gestorben für ein Ziel, von dem wir wissen, daß es ein Irrtum war. Sie haben das Beste gewollt; aber sie fielen nicht, wie sie glauben gemacht wurden, auf dem Felde der Ehre, sondern auf dem Felde der Unehre, denn Menschenmord ist Unehre. Heute ertönen wieder unsere internationalen Lieder, damals wurden die Nationalhymnen voll Begeisterung, auch von den Arbeitern, gesungen. In allen Ländern glaubte man einen Verteidigungskrieg zu führen. Wir aber wissen, unter dem Kapitalismus gibt es keinen Verteidigungskrieg. Heute noch wird bei uns der Kampf gegen die „Kriegsschuldlüge" geführt. Wir führen auch einen Kampf gegen eine „Kriegsschuldlüge", aber das ist der Kampf gegen die Lüge, daß Deutschland keine Mitschuld am Kriege hätte. Alle Kriegführenden waren schuldig. Auch Deutschland wollte Eroberungen machen. Wer aber trug den Sieg in diesem Kriege davon? Kein Land! Nein, die Kapitalisten, auch die der besiegten Länder, haben gesiegt, denn sie haben durch riesige Kriegsgewinne ihre Macht erhöht, und das Proletariat, auch das der Siegerländer, wurde besiegt, denn seine internationale Organisation war zerschlagen und mußte mühsam neu aufgebaut werden. Als erste stand in Deutschland die proletarische Jugend gegen den Wahnsinn der Vernichtung auf, und ihre revolutionäre Aufgabe hat sie damit erkannt.

Wir klagen um unsere Toten!

Einer unserer Besten, der unermüdlich gegen den Krieg arbeitende Jean Jaurès, wurde kurz vor Kriegsausbruch feige ermordet. Er hatte die Gefahr prophetisch vorausgesagt und es schien, als sei mit seiner Ermordung der letzte Damm gebrochen. Er sah den Krieg voraus, wie er kommen würde: Nicht ein frischfröhlicher kurzer Kampf, wie es die Generäle glaubten, sondern ein jahrelanges Hinschlachten von Millionen würde eintreten. Einer unserer Führer, Ludwig Frank, fiel als einer der Ersten von einer französischen Kugel als Opfer seines Irrtums, er müsse mit den Proletariern, die hinauszogen, sich opfern. Wir lernen daraus, daß wir nicht für die angeblichen Interessen unseres „Vaterlandes" unser Leben einzusetzen haben, sondern für unser internationales Klasseninteresse. Es fielen noch viele als Opfer des Kriegswahnsinns, wenn auch nach dem Kriege. Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg, Kurt Eisner und andere, die uns heute fehlen. Diese Toten legen uns heute die Verpflichtung auf, mit allen Mitteln zu kämpfen gegen den Krieg.

„Wir brechen die Blitze!"

Auch heute noch geht die Kriegsgefahr in der Welt um. Ueberall wird gerüstet, und wenn Deutschland auch die technischen Mittel zur Kriegsführung nicht besitzt, so wird doch von den verbohrten Nationalisten die ebenso notwendige geistige Abrüstung hintertrieben. Mit Kenntnis der Behörden besteht auch heute noch eine Schwarze Reichswehr, bestehen die militärisch organisierten vaterländischen Verbände, die die Hetzer als Reserven für unsere kleine Reichswehr benützen wollen. Der Friedenswille bürgerlicher Regierungen, der sich in den Locarnoverträgen ausdrückt, reicht auch nur bis zu dem Tage, bis sie sich stark genug zu neuem Kampf fühlen.

Der Kriegsausbruch kann und muß von euch Arbeitern verhindert werden, denn der nächste Krieg ist der Krieg der Industrien. Jedes Mittel muß benutzt werden: Der Generalstreik, die Sabotage. Mit solcher Erkenntnis ehren wir die Toten des Krieges besser, als durch ein Reichsehrenmal. Das Geld, das für die Tausende von Kriegerdenkmälern verwandt wurde, wäre besser den Kriegsopfern zugute gekommen.

Wir haben die Pflicht, wenn ein Krieg ausbricht, ihn umzuwandeln in die Revolution. Einen 4. August 1914 darf es nicht mehr geben. Zur Erfüllung dieser unserer historischen Mission sind wir nicht zu schwach. Werdet euch eurer Kraft bewußt! Ihr seid wie Simson, der das Haus der Philister einriß. Ihr aber werdet im Zusammenbrechen des kapitalistischen Gebäudes nicht untergehen, sondern daraus mächtig hervorgehen, als Baumeister des neuen Gebäudes des Friedens, der Völkerversöhnung und des Sozialismus, damit die Sehnsucht der gefallenen Soldaten erfüllt werde, die da hieß:

„Friede, Friede, Friede."

Erregt hatten die Zuhörer den Redner oft unterbrochen, als ihnen die Erinnerung aufstieg an die trüben Zeiten, und nun brachen sie in den mächtigen Ruf der Zustimmung aus.

Genosse Dr. von Grumbkow gab in Worten, in denen sein eigenes Erleben der furchtbaren Kriegswirklichkeit mitschwang, begleitende Worte zu Lichtbildern, die die Zustände an der Front, das entsetzliche Leiden der Soldaten und — das Schlemmen der Etappe zeigten.

Mit dem Gesang der „Internationale" fand die Kundgebung ihr Ende.

Das Missionszelt auf dem Schloßplatz

über das wir bereits kurz berichtet haben, wurde am gestrigen Sonntag, nachmittags 4 Uhr, feierlich eröffnet und seiner Bestimmung übergeben. Zeltevangelist Otto aus Berlin hielt einen programmatischen Vortrag über Art und Zweck dieser Zeltpropaganda. Man wolle eine sittlich-religiöse Erneuerung der Jugend. Außerdem wurden zahlreiche Begrüßungsreden gehalten, unter anderem von Kirchenrat Pastor Fuchs.

Das Heeresunterkunftsamt hat der Zeltmission den Schloßplatz unentgeltlich auf drei Wochen hergegeben. Ob die Arbeiterjugend auf ein gleiches Entgegenkommen rechnen darf, ist wohl höchst fraglich. Schon die gestrige Eröffnungsversammlung, die von etwa 2000 Personen, zumeist Jugendlichen, besucht war, ließ erkennen, daß diese Zeltmissionsarbeit ganz im Stile der Heilsarmee betrieben wird. Erbauliche Reden, Gesang, Erweckungszeugnisse, Musik — in dieser Aufeinanderfolge wickeln sich diese Abende ab, also ganz wie bei der Heilsarmee.

Die evangelische Kirche, die durch ihre republikfeindliche Einstellung die Sympathie der Arbeiter bisher fast ganz eingebüßt hat, sieht diese Zeltpropaganda nicht ungern, weil man durch sie auch eine „kirchliche Belebung" erhofft. Während der gestrigen Eröffnungsfeier prasselte zeitweilig der starke Regen so kräftig auf das Zelt, daß die Vorträge nicht gehört werden konnten.

Die Untersuchungen über den Breslauer Kindermord

sind in fast zwei Monaten zu einem gewissen Abschluß gekommen. Die fast fünfzehntausend Zeugenaussagen, die nur zum Teil wertvolle Hinweise enthielten, sind jetzt endgültig verarbeitet worden. Das eingegangene Material füllt 20 Aktenbände. Trotz der dadurch bewiesenen eifrigen Teilnahme des Publikums an der Aufklärungsarbeit ist die Ermittlung des Täters noch nicht gelungen. Daß die Kriminalpolizei doch noch hofft, den Fall restlos aufklären zu können, geht daraus hervor, daß an Stelle des nach Berlin zurückkehrenden Kriminalrats Gennath sein Berliner Mitarbeiter, Kriminalkommissar Werneburg, die Ermittlungsarbeiten leiten wird. Noch heute steht die gesamte Polizeibeamtenschaft Breslaus im Dienste der Ermittelungen.

Es drängt sich die Vermutung auf, daß das Verbrechen in Zusammenhang stehe mit anderen fast gleichartigen Fällen, die im Laufe der Jahre in verschiedenen deutschen Städten sich ereigneten und die gleichfalls unaufgeklärt blieben.

Was ist nun tatsächlich über das Verbrechen festgestellt worden? Die achtjährige Erika Fehse wurde am 5. Juni durch einen Halsschnitt getötet, der Körper dann in drei Stücke zerlegt, die in den gefundenen Paketen und dem Päckchen verteilt waren. Es fehlen noch sämtliche Bauchorgane mit Ausnahme von Blase und inneren Geschlechtsteilen, die linke Gesäßbacke, die äußeren Geschlechtsteile und die behaarte Kopfhaut. Der elfeinhalbjährige Otto Fehse wurde durch Ersticken getötet und dann zerstückelt. Es fehlen von ihm der größte Teil des Darmes und der Magen, beide Kniescheiben und der Geschlechtsteil. Aus der Schändung der Leichen glaubt man darauf schließen zu können, daß es dem Täter hauptsächlich auf das Mädchen ankam. Das Verbrechen ähnelt auffallend zwei Lustmorden, die 1906 in Altona und 1914 in Hannover verübt wurden. Diesen beiden, sowie einer Anzahl anderer Untaten, die bisher noch nicht aufgeklärt sind, wurde nachgegangen. Im Altonaer Fall stand damals ein 23jähriger Kellner im Verdacht, der aus dem Fürstentum Liechtenstein stammen wollte. Es wurde festgestellt, daß diese Angabe falsch war. Der Name des Mannes soll Sinyczek sein. Er ging nach seiner Verhaftung in Altona nach Süddeutschland, wo dann bis 1908 fünf Lustmorde verübt wurden, die heute auch noch nicht aufgeklärt sind. Weitere Lustmorde an Kindern 1913 in Liegnitz, 1914 in Bremen, 1916 in Magdeburg, 1924 in Dresden und Essen-Recklinghausen und am 1. Juni 1926 in Miskola (Ungarn), die alle ungeklärt blieben, stimmen eigenartigerweise darin überein, daß die Kinder wie im Falle Fehse am hellen Tage aus meist viel begangenen Straßen verschwanden, durch Halsschnitt getötet und dann zerstückelt worden sind.

Für die Ermittelung des Tatortes ist nach Ansicht der Kriminalpolizei von großer Bedeutung, welchen Weg die Kinder gingen. Bevor die Kinder sich zum Paketpostamt begaben, erledigten sie zwei andere Besorgungsgänge, deren Wege genau feststehen. Nach der Rückkehr von diesen Besorgungen erhielten sie den Auftrag, ein Paket für ihre Mutter vom Paketpostamt abzuholen. Der Zeitpunkt ihres Fortganges steht nicht genau fest, er muß zwischen 4½ und 5½ Uhr liegen. Die Zeugen, die die Kinder auf ihrem Wege zum Postamt gesehen haben wollen, kennen die beiden nicht, und so ist auch die wichtige Aussage eines Zeugen, er habe die Kinder gegen 5½ Uhr nachmittags am Hauptpostamt Albrechtstraße, Ecke Poststraße, gesehen und die Äußerung des Knaben gehört: „Sind wir nicht Kälber; da laufen wir dauernd hier herum und hier ist der Dominikanerplatz!" nicht mit Sicherheit auf die beiden zu beziehen. Dies ist auch die Stelle, wo die Spur der Kinder aufhört.

Wie bekannt, verkehrten die Kinder in Kreisen, in denen sich vielfach geschlechtlich abnorm veranlagte Personen befanden, und so rechnet die Polizei auch mit der Möglichkeit, daß dort der Täter gesucht werden muß.

Flugpostverkehr.

Der bereits seit Juni bestehende Luftverkehr Paris—Straßburg—Nürnberg—Prag—Breslau—Warschau ist nunmehr auch für die Beförderung von Luftpostsendungen nutzbar gemacht worden. Vom 2. August ab fertigt das Luftpostamt Breslau 1 folgende, mit diesem Flug zu befördernde Luftpostbriefkartenschlüsse nach Bedarf:

1. Nach Prag, Wien, Budapest, Belgrad, Bukarest, Konstantinopel, ab Breslau Flughafen 8½ Uhr vormittags, an Prag 10 Uhr vormittags, Wien 3,45 Uhr nachmittags, Budapest 6 Uhr abends, Belgrad 8 Uhr vormittags am nächsten Tage, Bukarest 12,15 Uhr nachmittags, Konstantinopel 4,45 Uhr nachmittags.
2. Nach Straßburg und Paris, ab Breslau Flughafen 8,30 Uhr vormittags, an Straßburg 3 Uhr nachmittags, Paris 6,30 Uhr abends.
3. Nach Warschau, ab Breslau Flughafen 3,45 Uhr nachmittags, an Warschau 6,15 abends.

Außerdem, fertigt das Postamt 2 am Hauptbahnhof vom gleichen Zeitpunkt ab einen Bedarfs-Luftpostfrachtkartenschluß nach Wien, in den gewöhnliche Luftpostpakete nach Wien und Oesterreich mit Durchgangsländern aufgenommen werden. Luftpostpakete nach Wien und Oesterreich mit Durchgangsländern sind deshalb nur beim Postamt 2 am Hauptbahnhof einzuliefern.

In umgekehrter Richtung gehen zunächst Luftpostkartenschlüsse für das Luftpostamt Breslau 1 ein von Budapest, Konstantinopel, Straßburg, Paris und von Wien. Dieses Luftpostamt fertigt auch einen Bedarfs-Luftpostfrachtkartenschluß nach Breslau 2, mit dem gewöhnliche Luftpostpakete nach Breslau zugehen. Welche Schlußzeiten für diese Flüge beim Luftpostamt Breslau 1 und beim Postamt 2 vorgesehen sind, ist aus dem Aushang über Luftpost in den Schalterräumen zu ersehen.

Hoffentlich werden auch diese Fluglinien vom Publikum rege benutzt, damit sie für Breslau und Schlesien auch im nächsten Jahr bestehen bleiben und unter Umständen noch weiter ausgebaut werden können.

Ein Dachgarten

für Luft- und Sonnenbäder ist die neueste Errungenschaft des Breslauer Hallenschwimmbades. Durch den Umbau, der zu seiner Vollendung noch einige Monate in Anspruch nehmen wird, ist außer dem Dachgarten ein Inhalatorium fertiggestellt worden. Bis zum Herbst werden ein neues Schwitzbad und eine Wannenabteilung für Damen eingerichtet werden. Dem Dachgarten schließen sich Auskleide- und Brauseräume für Herren und Damen an, und zwei architektonisch schöne Erfrischungsräume bieten Platz zu leiblicher Stärkung. Der eine Raum gleicht einem modernen Café, während man sich in dem anderen in die gemütliche Gaststube einer Gebirgsbaude versetzt glaubt.

Vertreter der Behörden, der Aerzteschaft und der Presse wohnten der am Sonnabend stattgefundenen Eröffnung des Dachgartens bei und wurden von dem Vorsitzenden des Vorstandes der Breslauer Hallenschwimmbad-Aktien-Gesellschaft, Dr. Pahde, begrüßt. Bürgermeister Dr. Herschel dankte namens der erschienenen Gäste für den freundlichen Empfang.

Mein Kleingarten.

Unter diesem Titel veranstaltet der Bezirksverband Breslauer Kleingartenvereine, E. V., in der Zeit vom 22. bis 24. August in der Südhalle in Scheitnig eine Ausstellung für das gesamte Kleingartenwesen. In Verbindung mit dieser Ausstellung zeigt der Verband auch seine Mustergärten östlich der Pergola, die er im Rahmen der Reichsgartenausstellung an

Umbau der Erwerbslosenversicherung.

Von Paul Dittrich, Breslau.

Ueber das Recht auf Arbeit sagt Artikel 163 der deutschen Reichsverfassung:

Jedem Deutschen soll die Möglichkeit gegeben werden, durch wirtschaftliche Arbeit seinen Unterhalt zu erwerben.

Und weiter heißt es dort:

Soweit ihm angemessene Arbeitsgelegenheit nicht nachgewiesen werden kann, wird für seinen Unterhalt gesorgt.

Von der Durchführung dieser Verfassungsbestimmungen sind wir noch weit entfernt. Es ist lediglich durch Verordnungen mannigfacher Art die zurzeit gültige Erwerbslosenfürsorge geschaffen worden.

Nach der Zusammenstellung des Internationalen Arbeitsamtes zu Genf vom Jahre 1925 haben eine Anzahl europäischer Staaten und Australien die Versicherung gegen Arbeitslosigkeit eingeführt, aber kein Staat hat ein ideales System gefunden. Es ist eben noch alles in der Entwickelung.

Die verschiedenen Staaten haben zwei Wege eingeschlagen, die der Zwangsversicherung und die der freiwilligen Versicherung. Um alle Erwerbstätigen zu erfassen, kann nur die Zwangsversicherung die Norm der Zukunft sein. Auch bei der Zwangsversicherung sind in einer Anzahl von Ländern nicht alle Kreise der Arbeitnehmer eingeschlossen.

Interessant für unsere Untersuchung ist die Aufbringung der Mittel für die zu Unterstützenden. In der Mehrzahl der Fälle werden von den öffentlichen Körperschaften — Staat und Gemeinden — Zuschläge gezahlt, der andere Teil muß von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern aufgebracht werden, wobei die einzelnen Quoten ganz verschieden sind. Eine Ausnahme hiervon machen Großbritannien mit Irland, wo bestimmte Beiträge für Männer und Frauen und männliche und weibliche Jugendliche nach bestimmten Sätzen für alle Berufe erhoben werden, wenn auch der Staat für jede Person einen bestimmten Betrag beisteuert; außerdem auch Rußland, wo die Arbeitgeber sämtliche Kosten tragen müssen.

Die Leistungsfähigkeit hängt wie bei allen Versicherungen im wesentlichen von den verfügbaren Mitteln ab. Nimmt die Arbeitslosigkeit, wie zurzeit in Deutschland, große Dimensionen an, so werden die Arbeitnehmer, Arbeitgeber und öffentlichen Kassen in drückender Weise belastet. Wenn der Kreis derjenigen, die die Mittel dafür aufbringen sollen, nur auf die Arbeitnehmer und deren Arbeitgeber beschränkt bleibt, die irgendeinem Zweige der Sozialversicherung unterworfen sind, so kann die Belastung besonders für die Arbeitnehmer fast unerträglich werden, wobei zu berücksichtigen ist, daß hierbei meist die am schlechtesten bezahlten Arbeitnehmer in Frage kommen. Hinzu kommt noch, daß diese Schichten zurzeit noch durch die Unterstützung erwerbsloser Angehöriger stark in Mitleidenschaft gezogen sind.

Die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der europäischen Staaten ist seit dem Kriege eine bedeutend geringere. Dies verführt dazu, möglichst nur die allernotdürftigste Unterstützung zu gewähren und noch diejenigen davon auszunehmen, denen ein gesetzliches Recht auf Unterhalt durch die Angehörigen gegeben ist. Die Folge ist ungenügende Ernährung, Disposition zur Erkrankung, außer anderen Nachteilen, die ein Volk schnell physisch und moralisch heruntertbringen müssen. Die Not veranlaßt auch viele, andere soziale Einrichtungen in Anspruch zu nehmen, deren Mittel dann ihren eigentlichen Aufgaben zum Teil entzogen werden. Im besonderen müssen in Deutschland die Krankenkassen in kaum erträglicher Weise dafür herhalten. Not bricht Eisen und nur der Unverständige wird diese Folgeerscheinungen nicht richtig würdigen können. Auf der anderen Seite müssen sich aber die Krankenkassen gegen diese Ueberlastung wehren, um nicht zusammenzubrechen, was sehr oft große Härten am unrechten Ort zeitigen muß.

Außerdem müssen auch die Gemeinden große Summen für diejenigen Erwerbslosen aufbringen, die nicht von der Erwerbslosenfürsorge erfaßt werden, wodurch andere Aufgaben leiden, die vielleicht zum Teil auch zur Belebung des Arbeitsmarktes beigetragen haben würden.

Wie ist diesen Uebelständen abzuhelfen? Durch Beschaffung von reichlicheren Mitteln. Und es gibt einen Weg, der allerdings sehr von der bisherigen kleinlichen Art abweicht, nur diejenigen heranzuziehen, die im allgemeinen am meisten und ersten der Erwerbslosigkeit anheimfallen. Wenn auch jetzt die Angestellten bis zu 6000 Mark Einkommen mit herangezogen werden, so ist dies noch kein sicherer Weg, um dauernd Abhilfe zu schaffen.

Alle Volksgenossen haben die Verpflichtung, für die Erwerbslosen einzutreten, wie ja auch dies aus der Verfassung zu folgern ist. Und es gibt ein ziemlich gerechtes System, durch das dieses zu bewirken ist!

Nicht Zuschläge zum Krankenkassenbeitrag, sondern Zuschläge zur Einkommensteuer (Lohnsteuer und Selbsteinschätzer). Der Prozentsatz, der dann erhoben werden wird, wird ein ganz geringfügiger sein, wenn eben alle dazu beitragen müssen. Es ist ein zweifelhaftes Unrecht, wenn, wie es bisher geschieht, nur die Krankenkassenpflichtigen und — wie neuerdings beschlossen worden ist — auch die Angestellten mit einem Einkommen bis 6000 Mark die Mittel allein aufbringen müssen, ohne einen absoluten Anspruch zu haben, da immer noch die Bedürftigkeitsfrage geprüft wird.

Die Entlastung der Kommunen und der Krankenkassen ergibt sich dann von selbst. Es muß auch vielen, die ein gutes Einkommen haben, eine Genugtuung sein, für die darbenden Volksgenossen mit einzutreten. Hier kann der wirkliche, leider so oft mißbrauchte Gemeinsamkeitssinn sich voll betätigen. Es würde dann auch noch nebenbei eine Entlastung derjenigen eintreten, die wegen geringen Einkommens von der Steuer befreit sind, da dann auch hier keine Zuschläge erhoben werden können.

Mit dem alten System, nur die wirtschaftlich Schwachen mit den sozialen Lasten zu bedenken, muß doch einmal gebrochen werden. Bei der vorgeschlagenen Norm können auch die Arbeitgeber mit dem gleichen Betrage herangezogen werden, den die Lohnsteuerpflichtigen zu leisten haben.

Himmelfahrtstage eröffnete und die in diesen Tagen durch den Aufbau von zwei Gartenlauben ihrer Vollendung entgegengehen. Die Mustergärten sind jetzt schon jeden Sonntag zu besichtigen und auch Wochentags, soweit der ehrenamtlich tätige Gartenwärter anwesend ist. Die Gärten stehen in voller Blüte und ist ein Besuch sehr lohnend.

Irrungen.

Das Große erweiterte Schöffengericht verhandelte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit gegen die verehelichte Hedwig B., einer Frau von 38 Jahren, die eines Sittlichkeitsverbrechens beschuldigt war. Im Jahre 1923, zu einer Zeit, da sie noch unverheiratet war, hatte sie mit dem 13 Jahre alten Sohne ihrer Dienstherrschaft unlautere Beziehungen unterhalten. Das Gericht verurteilte die Angeklagte zu 1 Jahr und 8 Monaten Gefängnis. — Der Beschuldigten wurde indes eine dreijährige Bewährungsfrist bewilligt. Das Gericht ging von der Ansicht aus, daß die Angeklagte nicht aus verbrecherischer Neigung, sondern aus Leichtsinn und infolge ihrer Veranlagung handelte.

Die juristische Sprechstunde

findet diese Woche Mittwoch und Sonnabend von 3 bis 4 Uhr nachmittags statt. — Eingang Fränckelplatz.

Es wird nur Rechtsauskunft, und zwar gegen Vorlegung der Abonnementsquittung, erteilt. Schriftsätze werden nicht angefertigt.

---

* **Zollfreies Rindergefrierfleisch** ist wieder unbegrenzt zu haben. Es ist billiger als gleichwertiges Frischfleisch. (Siehe die Bekanntmachung des Magistrats im Anzeigenteile.)

* **Abendrennen in Grüneiche.** Der Verein für Radrennen veranstaltet am kommenden Mittwoch, den 4. August, ein volkstümliches Abendrennen, um den einheimischen Hausfahrern und Amateuren wieder einmal Gelegenheit zu geben, ihre Kräfte gegeneinander zu messen. Für das 50 Kilometer-Dauerrennen, das in zwei Läufen über 20 und 30 Kilometer ausgetragen wird, sind der Sieger des letzten Abendrennens, Max Martin, hinter Otto Thomas, Erich Schneider hinter Paul Trenczik und Erich Rosenberger hinter Hans Motzko, verpflichtet worden. Als vierter geht der bekannte Flieger Karl Haucke zum ersten Male als Dauerfahrer an den Start. Haucke hat hinter Helbig im Training recht achtbare Leistungen gezeigt, und wird seinen Breslauer Kollegen bestimmt nicht viel nachstehen. Für die Berufsflieger sind ein Hauptfahren, ein Vorgabefahren und ein Prämienfahren vorgesehen. Neben unseren besten Breslauer Kurzstreckenfahrern, wie Knappe, Rieger und Junge, hat die gesamte Rennmannschaft der Vereinigung Breslauer Rennfahrer dazu ihre Meldung abgegeben. Die Amateure des Gaues 29 bestreiten zusammen mit den ehemaligen Trainingsschülern ein Punktefahren, für das bei eventuell genügender Beteiligung zwei Vorläufe in Aussicht genommen sind. Die Eintrittspreise sind äußerst niedrig gehalten; den erwerbslosen Radsportanhängern werden außerdem noch besondere Vergünstigungen gewährt.

* **Im polnischen Konsulat bestohlen.** Als am 29. Juli gegen 10 Uhr vormittags eine Landfrau im Paßbüro im polnischen Konsulat weilte, wurde ihr aus ihrem Henkelkorbe eine braune Handtasche mit 125 Reichsmark gestohlen. Als Täter wird ein etwa 20—22 Jahre alter Mann verdächtigt, welcher sich im Paßbüro aufgehalten hat. Zweckdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 31/32.

* **Die Roten Frontkämpfer** veranstalteten am gestrigen Sonntag in Breslau ein Gautreffen. Einzelne Züge wurden von dem starken Regen, der schon vormittags einsetzte, so naß, daß die Feststimmung arg darunter litt. Im großen und ganzen ist der Frontkämpfertag zu Wasser geworden.

* **Einziehung eines Weges.** Auf Antrag der Siedlungsgesellschaft A.-G. Breslau wird mit Zustimmung des Magistrats beabsichtigt, den alten Dürrgoy-Breslauer Kirchweg, der von der Straße 37 nach der Schönstraße führt, soweit er im Gelände der Siedlungsgesellschaft Breslau Aktiengesellschaft liegt, als öffentlichen Weg einzuziehen. Etwaige Einsprüche gegen die beabsichtigte Wegeeinziehung sind innerhalb vier Wochen vom Tage der Veröffentlichung im Breslauer Gemeindeblatte ab, zur Vermeidung des Ausschlusses, bei der städtischen Baupolizei schriftlich anzubringen. Die Anlegung eines Verbindungsweges von dem Kirchwege bis zur verlängerten Goethestraße an der Ostgrenze des Siedlungsgebietes ist der Siedlungsgesellschaft aufgegeben worden.

* **Von der Klassenlotterie in Lichtenstein** sind in diesen Tagen Breslauer Bürgern wieder Drucksachen zugegangen, die zum Spiel in der Lichtensteiner Lotterie und zum Anwerben weiterer Mitspieler anreizen. Das Spiel in ausländischen Lotterien ist aber durch das Gesetz vom 29. August 1904 unter Strafe gestellt. Strafbar ist auch, wer anderen solche Lose zum Kauf anbietet oder sonst beim Vertriebe mitwirkt. Es liegt also im Interesse der Bürgerschaft, wenn die Reklameschriften keine Beachtung finden.

* **Wie sollen Frachtbriefe beschaffen sein?** Der Reichsverkehrsminister hat auf Grund des § 55 der Eisenbahn-Verkehrsordnung folgendes bestimmt: Zu den Frachtbriefen ist weißes Normalpapier 4a mit vorschriftsmäßigem Wasserzeichen zu verwenden. Für Frachtbriefduplikate wird die Beschaffenheit des zu verwendenden Schreibpapiers freigegeben, sofern sie durch den Aufdruck „Frachtbriefduplikat" zu Originalfrachtbriefen unnutzbar gemacht sind. Die als Frachtbriefduplikate gekennzeichneten Formulare müssen in Farbe, Größe und Vordruck den in § 55 der Eisenbahn-Verkehrsordnung enthaltenen Vorschriften entsprechen, auch zur Bestätigung dessen mit dem Prüfungsstempel einer inländischen Eisenbahn versehen sein. Diese Verordnung tritt am 1. Oktober 1926 in Kraft. Die Festsetzung des Zeitpunktes, von dem ab Frachtbriefe, deren Beschaffenheit diesen Bestimmungen nicht entspricht, nicht mehr verwendet werden dürfen, bleibt vorbehalten.

* **Schlußfestsetzung der Schonzeiten.** Für den Umfang des Regierungsbezirks Breslau wird festgesetzt: der Schluß der Schonzeit für Rebhühner, Wachteln und schottische Moorhühner auf Sonntag den 29. August, so daß die Eröffnung der Jagd auf die bezeichneten Wildarten Montag, den 30. August, stattfindet. — Der Bezirksausschuß hat für den Umfang des Regierungsbezirks Breslau a) den Schluß der Schonzeit für Birk-, Hasel- und Fasanenhähne und -hennen auf Mittwoch, den 29. September, festgesetzt, so daß die Eröffnung der Jagd auf die bezeichneten Wildarten Donnerstag, den 30. September stattfindet; b) den Schluß der Schonzeit für Drosseln (Krammetsvögel) auf Donnerstag, den 30. September, festgesetzt, so daß die Eröffnung der Jagd Freitag, den 1. Oktober, stattfindet.

* **Einlösung von preußischen Schatzanweisungen.** Die fünfzinsigen preußischen Schatzanweisungen von 1921 und 1922 und die 7- bis 15zinsigen preußischen Schatzanweisungen von 1923 können in Breslau bei der Regierungshauptkasse, Lessingplatz, der Staatlichen Kreiskasse, Taschenstraße Nr. 2, und den Gerichtskassen innerhalb der Kassenstunden eingelöst werden. Die einlösenden Kassen geben mündlich nähere Auskunft. Die Kassenstunden sind bei der Regierungshauptkasse auf die Zeit von 8—11 Uhr festgesetzt.

* **Der ostdeutsche Skatbund,** der kürzlich hier gegründet wurde, veranstaltet am 22. August in Krolls Gesellschaftshaus ein Gartenkonzert mit Kinderbelustigungen und Tanz.

* **Die Arbeit der Feuerwehr.** 11,30 Uhr nachts erfolgte ein Alarm nach Hermannstraße 4. Dort war, vermutlich durch Unvorsichtigkeit beim Umgang mit Licht, im Boden Feuer ausgebrochen. Durch Vorgehen mit einer Schlauchleitung über die Treppe wurde das Feuer gut gefaßt und zum Stillstand gebracht. Ausgebrannt ist im wesentlichen nur eine Bodenkammer mit Inhalt, das andere konnte erhalten werden. Nach knapp eineinhalbstündiger Tätigkeit konnte die Feuerwehr wieder abrücken.

* **Geschäftseinbruch.** In der Nacht zum 29. Juli wurden durch Geschäftseinbruch Lessingstraße 4 etwa 50 Pfund verschiedene Wurstwaren und etwa 10 Pfund Räucherspeck gestohlen. Zweckdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 59.

* **Kellereinbruch.** In der Nacht zum 29. Juli wurden durch Kellereinbruch im Hause Brigittental Nr. 16 10 Flaschen Malaga gestohlen. Zweckdienliche Angaben erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 59.

* **Vermißt** wird seit 29. Juli 1926 der Kaufmannslehrling Helmut Grube, geboren 8. April 1908 zu Borna, Bezirk Leipzig, hier, Clausewitzstraße 26 wohnhaft gewesen. Er ist 1,60 Meter groß, vollschlank, dunkelblond, hat blasse Gesichtsfarbe, niedrige Stirn, dicke Nase, braune Augen, die Sehkraft des linken Auges fehlt, vollständige Zähne (Mausezähne) und große Hände und Füße. Bekleidung: Graumelierter Jackettanzug, buntes Oberhemd, weißen, weichen Umlegekragen und schwarze Halbschuhe. Nachrichten über den Verbleib des Vermißten erbittet die Kriminalpolizei, Zimmer 11, Schuhbrücke 46.

Filmschau.

T. T. „Die Wüste am Meer" ist die Kurische Nehrung, der die Wanderdünen einen eigenen Charakter verleihen. Mühsam wird Strandgras gepflanzt, um die Wirkung des Flugsandes abzuschwächen, der sich in den kleineren Fischeransiedlungen höchst unliebsam bemerkbar macht. Aber dieser schmale Landstreifen ist ein wahres Vogelparadies. Daher hat auch die deutsche Vogelwarte hier, in Rossitten, ihr Heim aufgeschlagen. Interessante Aufnahmen aus dem Leben der Vögel werden hier gemacht.

Neben der reichhaltigen Ufa-Wochenschau wird ein netter Trickfilm „Die Grille und die Ameise", frei bearbeitet nach Äsop, gezeigt. An dem Film „Die Fahrt ins Abenteuer" sind die wundervollen Rivieraufnahmen das Wertvollste. Im Mittelpunkt der Handlung — soweit hier in dem sonst an lustigen Einfällen reichen Film die Rede sein kann — stehen die bewegliche Ossi Oswalda, die schöne Agnes Esterhazy und Chadwig Ward, der an Einfällen reiche Schriftsteller.

Promenaden-Theater. Der große Film voll buntbewegten Lebens, „Variété" bietet unserem großen Jannings eine Bombenrolle. Bearbeitet nach Motiven des bekannten Romans: „Der Eid des Stephan Huller", mit dem er sehr wenig gemein hat. Technisch ist dieser Film erstklassig. Der Regisseur hat hier alle filmischen Möglichkeiten ausgenutzt und ein Kunstwerk geschaffen, das noch besonders wertvoll wird durch die Mitwirkung Jannings. Worte besonderer Anerkennung erübrigen sich hier; der Name Jannings genügt.

Fledermaus-Lichtspiele. „Das goldene Land." Goldsucherfilme — deren so viele hervorsprießen, daß sie bereits eine Gattung bilden haben ihren besonderen Reiz im landschaftlichen Hintergrund. Der vorliegende Sechsakter will ohne dieses Mittel auskommen. Von den Schneefeldern Alaskas, von der Küste des Beringmeeres ist die Rede, zu sehen bekommt man aber nur eine kleine Goldsucherstadt, die ebenso gut irgend wo anders liegen könnte. Es dreht sich um einen endlosen Kampf zwischen einem Goldminenbesitzer und seinen Widersachern, der schließlich in einen regelrechten Ringkampf ausartet. Abenteuerlich ist auch die — allerdings etwas verworrene — Begebenheit des anderen Films „Im Netz verstrickt". In diesem ebenfalls umfangreichen Werke ist die Darstellung besser als Buch und Regie. Alles in allem: ein Programm für Freunde des Abenteurerfilms. Dazu die „Deulig-Woche".

Bufri-Filmtheater. „Napoleon und Josefine", ein Film, der uns Napoleon auf dem Gipfel seiner Macht und seines Niederganges zeigt. Des Staatswohles wegen läßt er sich überreden, von Josefine, der Frau seiner Liebe, sich scheiden zu lassen, um die österreichische Prinzessin zu heiraten, die ihm aber stets eine Fremde bleibt. Sie verläßt ihn, als der Stern seines Ruhmes verblaßt, während Josefine sich schützend an seine Seite stellt. Die Darsteller Napoleons und Talleyrands bieten prachtvolle Typen.

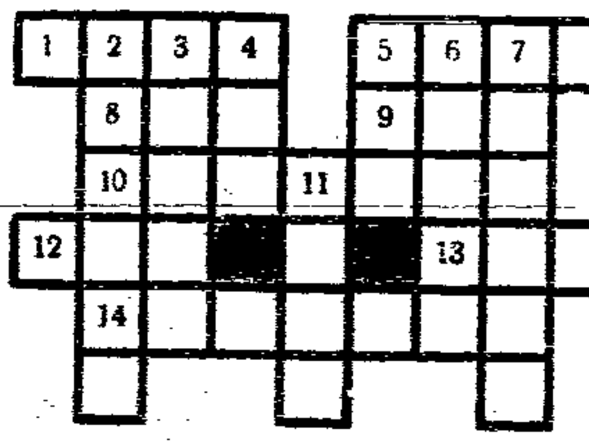
„Auto, Liebe, Leidenschaft", ist ein Spiel, in dem diese drei den roten Faden bilden, um den sich alles dreht. Eifersucht, Konkurrenzneid allerlei Intrigen gesellen sich dazu, und so ist ein Film entstanden, der viel spannende Momente bringt.

Konzerte — Theater — Vergnügungen.

Schauspielhaus. (Operettenbühne.) Heute Montag und die folgenden Tage wird die mit größtem Beifall aufgenommene Brommesche burleske Tanzoperette „Donnerwetter — ganz famos" mit den Damen Hilde Lesser, Trude Reiter und den Herren Günther Fischer, Ernst Wendler, Rudolf Kurt, Friedrich Reinicke, Erich Gottschalk, Edmund Bouch und Kurt Tirpitz wiederholt.

Rätsel-Ecke.

Kreuzworträtsel A.



Wagerecht: 1. römischer Dichter, 5. Luftbewegung, 8. Zeitmesser, 9. Stadt in Südtirol, 10. Wandbekleidung, 11. Vorgebirge im Südwesten von Marokko, 13. früherer Kurpfuscher, 14. Wasserpflanze.

Senkrecht: 2. männlicher Vorname, 3. Fluß in Frankreich, 4. Badeort im Regbez. Cassel, 5. Sängetier des Meeres, 6. altgriechisches Epos, 7. Nordpolfahrer, 11. alttestamentarischer Priester.

Magisches Quadrat.

a	b	b	e
e	e	e	i
f	l	n	o
r	r	t	u

Vorstehende Buchstaben sind so zu ordnen, daß die wagerechten Reihen ergeben: 1. gewerblichen Angestellten, 2. Bestandteil des menschl. Körpers, 3. Zimmermannsgerät, 4. Gefäß. Die senkrechten Reihen ergeben: 1. Stadt in Transkaukasien, 2. deutschen Fluß, 3. Bestandteil des Tees, 4. Baum.

Die Meeresstraße.

Mit „K" ein treuer unglücklicher Freund:
Ihn traf das richtende Schwert.
Mit „S" der Mann, der mit „Ihr" vereint
Sich freuet am häuslichen Herd.
Wenn du dem letzten den Fuß genommen,
Laß schnell die beiden zusammenkommen:
Dann siehst du des Nordens Schiffe in Scharen
Ueber das Ganze zum Meere fahren.

Auflösung zum Kreuzworträtsel B.

Senkrecht: 1. Doppelkopfhörer, 3. Ursen, 4. Segel, 5. Tod, 6. Rab, 7. Los, 9. Uri, 13. Abe, 14. Ems, 17. Pilz, 18. Herd, 20. Salze, 21. Meier, 23. Ufa, 24. Jus.

Wagerecht: 2. Rom, 5. Trapier, 7. Los, 8. Sau, 10. Rebe, 11. Ebro, 12. Nabel, 15. Dom, 16. Capua, 18. Tip, 21. Mai, 22. Samias, 25. Alienb, 26. Merne.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36
Telephon: Ohle 5652.

Erweiterter Parteivorstand. Donnerstag, den 5. August abends 8 Uhr, Sitzung des erweiterten Parteivorstandes im Gewerkschaftshaus. Zimmer wird noch bekanntgegeben. Zahlreicher Besuch wird erwartet.

SPD.-Mitglieder und Reichsbannerkameraden. Am Dienstag, den 3. August, nachmittags 3 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, kleiner Saal, eine

Versammlung der Arbeitslosen

statt. Arbeitsnachweis-Leiter Genosse Werner wird einen lehrreichen Vortrag halten. Erscheinen obiger arbeitslosen Genossen ist dringende Pflicht.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Banner 19. Mittwoch, den 4. August, abends 8 Uhr, Zug- und Gruppenführer-Sitzung bei Heinrich, Anderssenstraße 39.

Jungbanner Ost. Mittwoch, den 4. August, abends 8 Uhr, Antreten in der Turnhalle Ofener Straße; anschließend Ausmarsch. Die Zug- und Gruppenführer-Sitzung findet Montag, den 2. August, abends 8 Uhr, bei Görlich, Löschstraße, statt.

Arbeiterjugend.

Heim 10. Heute abend 7½ Uhr findet unsere Funktionärsitzung in der Fürstenschule statt. Sämtliche Funktionäre müssen pünktlich erscheinen.

Von den Arbeiterkinderfreunden.

Helfer. Mittwoch, 8 Uhr, Helferbesprechung im Gewerkschaftshaus.

Gruppe 1 (Ohlauer Tor). Montag und Donnerstag, 5 Uhr Treffen aller Kinder auf dem Turnplatz Klosterstraße 90 zu Spiel und Tanz.

Gruppe 2 (Scheitnig). Montag, 5 Uhr, Zusammenkunft im Heim. Donnerstag bei schönem Wetter um 9 Uhr Treffen am Brausebad, sonst um 5 Uhr Zusammenkunft im Heim. Eltern, die am Sonntag ins Ferienheim fahren wollen, müssen sich an diesem Tage melden.

Gruppe 3 (Odertor). Dienstag und Freitag um 5½ Uhr Treffen am Schießwerderplatz zum Spielen; nur bei schlechtem Wetter Zusammenkunft im Heim. Geld für die Beiträge und Photographien ist mitzubringen.

Gruppe 6 (Strehlener Tor). Unsere Kinder treffen Montag abend 8½ Uhr am Hauptbahnhof ein.

Amtlicher Wetterbericht des Meteorologischen Observatoriums Krietern bei Breslau.

(Nachdruck auch mit Quellenangabe verboten.)

In den von Norden unter zahlreichen Gewitterböen eingedrungenen etwas erwärmten Polarluftmassen stiegen die Temperaturen bis 20 Grad an. Infolge der an der Nordseite der Sudeten eingetretenen Stauwirkung waren die Niederschläge wieder vielfach sehr erheblich. Die Schneekoppe meldete fast anhaltend orkanartigen Nordsturm. Auch im Flachlande, vor allem im Osten unseres Bezirks, erreichte der Wind in einzelnen Höhen beträchtliche Stärke. Da wir vorläufig im Bereiche der instabilen Nordluft verbleiben, so müssen wir immer noch mit einzelnen, allerdings mehr örtlichen Gewitterschauern, rechnen. Teilweise tritt Aufheiterung ein. Die Temperaturen werden zunächst 20 Grad nur wenig überschreiten. Aussichten: Bei mäßigen nördlichen Winden zunächst noch vereinzelt Gewitterschauer, zeitweise aufheiternd, mäßig warm. Aussichten für die schlesischen Gebirge: Bei abflauenden nördlichen Winden zeitweise noch Regenböen, später leichte Gewitter, noch verhältnismäßig kühl.

Letzte Wetternachrichten.

Datum 2. 8. 26.	Temperatur heut früh	Maxim. seit 24 Stunden	Min. seit 24 Stunden	Wetter	Wind	Niederschlag mm	Schneehöhe cm
Krietern	14	19	13	bedeckt Regen	N 1	19,9	
Schneekoppe	4	9	4	Nebel bedeckt	NW 8		
Grünberg	13			Sprühregen	NNW 4		
Oberschreiberhau	11	14	10	Sprühregen	NW 2	4	
R.-Schles. Baude	8			bedeckt Nebel	N 6		
[illegible]baude	5	6	4	bedeckt Regen	N 6	0	
Reinerz	11	17	1	Nebel bedeckt	S 2	4	
Landeck	12	18	13	bedeckt	S 8	15	
Görlitz	18	15	13	„	N 4	5	
Bad Flinsberg	11	19	11	Nebel bedeckt	NW 4	9	
Beuthen	14	20	12	bedeckt	W 8	7,4	
[illegible]ostau	18	19	9	bedeckt Regen	SO 2	28	
[illegible]einderbaude	8	10	7	Regen Nebel	NW 5	19,3	
Kreuzburg							
Neisse	13	18	13	bedeckt Regen	NNW 1	18	
Gleiwitz	13	20	12	„	WSW 2	16	
Zobten							
Bad Salzbrunn	13	18	12	Sprühregen	W 3	4	
Kobris, Kr. Jauer	15	21	14	Regen	W 5	16	

Vereinskalender.

Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands. Dienstag, den 3. August, findet im großen Saale des Gewerkschaftshauses die Quartalsversammlung statt. Tagesordnung außerordentlich wichtig. Mitgliedsbuch dient als Ausweis.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Arbeitslosigkeit im Auslande.

Die durch Kohlenkrise und Streik verursachten Störungen im Wirtschaftsleben Englands haben auch den englischen Arbeitsmarkt äußerst ungünstig beeinflußt. Außer der einen Million Arbeitsloser, die vor dem Streik in England gezählt wurden, gibt es jetzt noch eine Million ausgesperrte Bergarbeiter und 800 000 arbeitslose Mitglieder anderer Gewerkschaften, darunter 120 000 Eisenbahner. Im übrigen hat sich die Arbeitslosigkeit in den meisten Ländern vermindert, was jedoch fast überall nur eine saisonmäßige Erscheinung ist. So erfuhr die Zahl der Arbeitslosen in Oesterreich einen Rückgang von 207 000 Mitte März auf 149 000 Mitte Mai, wozu freilich noch 20 000 Ausgesteuerte und 14 000 Empfänger außerordentlicher Beihilfen gezählt werden müssen, so daß die Lage noch erheblich ungünstiger ist als in der gleichen Zeit des Vorjahres, besonders in der chemischen Industrie, in der graphischen und Papierindustrie und für die Angestellten. Den Arbeitslosen Wiens, die über die Hälfte der österreichischen Arbeitslosen darstellen, droht eine empfindliche Verschlechterung ihrer Bezüge — eine Einstellung bezw. Verminderung der außerordentlichen Beihilfen —, wogegen die Arbeiter heftigen Protest erhoben. Auch in Schweden hat das Parlament eine Verschlechterung der Bedingungen für die Arbeitslosen angenommen. Arbeitslose sollen künftighin verpflichtet sein, die ihnen zugewiesene Arbeit auch dann anzunehmen, wenn die Arbeitsstelle infolge eines Arbeitskampfes offen ist. Infolge dieser Beschlüsse des Parlaments erklärte die sozialdemokratische Regierung Schwedens ihren Rücktritt. In der Schweiz, wo die Zahl der Arbeitslosen von 18 000 Ende Februar auf 14 000 Ende März zurückging, verbesserte sich die Beschäftigungslage besonders im Hotelgewerbe, in der Metall- und Holzindustrie, auch in der Textilindustrie, wo der Rückgang der Arbeitslosigkeit zum Teil auf verbesserte Konjunktur, zum Teil aber auf Abwanderung von Arbeitskräften beruht. Vermindert hat sich die Arbeitslosigkeit auch in Belgien, wo Anfang April 1,42 Prozent der gegen Arbeitslosigkeit Versicherten arbeitslos waren gegenüber 1,62 Prozent Anfang März, wo aber im Bergbau im März 3000 Arbeiter weniger beschäftigt wurden. In Holland ging die Zahl der Arbeitslosen von Mitte Februar bis Mitte April von 76 100 auf 55 150, d. h. um 28 Prozent, zurück, in Dänemark im Verlauf des April von 64 400 auf 50 500, in Norwegen von 26 400 Mitte März auf 24 000 Mitte April. Auch in Polen war die Arbeitslosenziffer von 346 000 Ende März um rund 16 000 niedriger als im Monat vorher, jedoch ist selbst unter den Landarbeitern die Arbeitslosigkeit noch groß. Frankreich hat nach wie vor keine Arbeitslosigkeit. Ungünstig dagegen ist die Lage in Rußland. In Moskau wurden am 1. April um rund 30 Prozent mehr Arbeitslose als am 1. März gezählt, in Leningrad gab es Anfang April über 100 000 Arbeitslose.

Tagung der italienischen Gewerkschaften.

Die Gewerkschaften unter dem faschistischen Gewaltregime.

In den Räumen des italienischen Gewerkschaftsbundes in Mailand hat eine Nationaltagung stattgefunden, an der außer den Mitgliedern des Vorstandes und den Bezirkswertrauensmännern die Vertreter der angeschlossenen Zentralverbände teilgenommen haben. Der Zweck der Tagung war die Prüfung der Lage der Organisationen und Einreichung mehrerer Resolutionen an den Vorstand, die sich mit den Bedürfnissen der italienischen Arbeiterklasse beschäftigen.

Der Diskussion ging ein eingehender Bericht des Generalsekretärs des Gewerkschaftsbundes voraus, der Rechenschaft über die Maßnahmen ablegte, die der Gewerkschaftsbund ergriffen hat, in Verfolg der Ereignisse vom November 1925, die bekanntlich in der Auflösung aller Arbeitskammern gespielt haben. Dieser Bericht bemerkte hinsichtlich des Organisationslebens, daß die Gewerkschaftsbewegung in der letzten Zeit durch verschiedene Zwangsmaßnahmen gehemmt und gestört worden ist, die keinerlei Rechtfertigung beanspruchen können. Unter diesen Maßnahmen sind die wichtigsten die Auflösung der freien Landarbeitergewerkschaften von Molinella und der Beamten- und Angestelltenvereine in Mailand. Die beiden Vertreter der aufgelösten Landarbeiterorganisationen erstatteten ebenfalls einen Bericht, der mit großer Bewegung aufgenommen wurde. Außer der Auflösung ihrer Organisationen mußten die Landarbeiter von Molinella auch noch dulden, daß die Gutsbesitzer ihnen jede weitere Arbeitsmöglichkeit verweigerten. Der Bundesausschuß hat daraufhin von der Tagung den Auftrag erhalten, jedes ihm zur Verfügung stehende Mittel anzuwenden, den Schwerarbeitern von Molinella die Existenz zu sichern, auf die sie Anspruch haben. Der Beamten- und Angestelltenverein von Mailand ist dagegen unter dem Vorwand aufgelöst worden, eine Vereinigung zu sein, in der sich Mitglieder der Opposition befinden! In beiden Fällen hat der italienische Gewerkschaftsbund Beschwerde beim Innenministerium eingelegt. Freilich wird diese Beschwerde nichts nützen.

Die Beschlagnahme der Gewerkschaftsräume und die Gewalttaten gegen einzelne Genossen haben nicht verhindern können, daß die Bewegung in der letzten Zeit selbst unter den gewaltigsten Schwierigkeiten überall gute Fortschritte gemacht hat. Der Bundesausschuß hat die Tagung auf die Denkschrift hingewiesen, die der Gewerkschaftsbund an die Regierung in Verteidigung der ebenfalls durch die letzte faschistische Gesetzgebung eingeschränkten Freiheit der freien Gewerkschaften gerichtet hat.

Die Tagung diskutierte und billigte einmütig die Arbeiten des Bundesausschusses für die der internationalen Arbeitskonferenz in Genf gewährte Unterstützung gegen die Machenschaften der faschistischen Delegierten. Nach Anhörung des Berichtes des Generalsekretärs über die allgemeine moralische und finanzielle Lage des Gewerkschaftsbundes hat die Tagung mit Befriedigung festgestellt, daß der Fortschritt der Bewegung allen Widerständen gegenüber eine gute Aufwärtsentwicklung zeitigt. Die Bezirkswertrauensmänner nahmen lebhaften Anteil an der Diskussion, besonders diejenigen, die in dauernder Berührung mit der Arbeiterschaft leben. Ohne sich die Schwierigkeiten zu verhehlen, die der Bewegung durch die Behörden oder einzelne Faschisten erwachsen, waren sie sich einig in dem befriedigenden Eindruck, daß die Arbeiten bis heute einen verheißungsvollen Verlauf genommen haben. Es gilt also nun, in Zukunft die Arbeit mit den Methoden fortzusetzen, die die Erfahrung als wirksam erwiesen hat.

Im übrigen wurde ebenfalls festgestellt, daß in dieser letzten Zeit eine Besserung der Beziehungen zwischen den einzelnen politischen Richtungen innerhalb der Zentralverbände Platz gegriffen hat. Eine bessere Erkenntnis der Erfordernisse, die der Augenblick erheischt, hat den Ausbruch unnützer Polemiken verhindert.

Hinsichtlich der Auswanderungsfrage hielt es die Tagung für angebracht, angesichts der Schwierigkeiten, die sich in verschiedenen Ländern gegen die italienischen Auswanderer erheben, alle Anstrengungen zu versuchen, eine noch innigere Verbrüderung mit den Arbeitern jener Länder anzustreben, deren Gäste diese italienischen Auswanderer werden. Zum Zwecke der Verteidigung der italienischen Auswandererinteressen wurde der Generalsekretär beauftragt, an dem im Oktober dieses Jahres in Mexiko stattfindenden Auswanderungskongreß teilzunehmen.

Dalmo Carnevali.

Zum Verbandstag der Metallarbeiter.

Der Verbandstag des Deutschen Metallarbeiterverbandes, der am heutigen Montag in Bremen seinen Anfang nimmt, fällt in Zeiten schwerster wirtschaftlicher Krise. In dem vom Vorstand herausgegebenen Jahrbuch für 1925 kommen die Erscheinungen der wirtschaftlichen Depression noch nicht zur Behandlung; das Buch spricht im Gegenteil in den einleitenden Bemerkungen davon daß das Berichtsjahr im Zeichen der Konsolidierung des europäischen Kapitals gestanden habe. Alle Berichte, Tabellen, Zahlen und Daten erscheinen daher unter dem Gesichtswinkel der gegenwärtigen riesigen Arbeitslosigkeit, die persönliches und Staatsleben fast vollkommen beherrscht, die veraltet.

Und doch spiegelt sich gerade im Bericht über das „gute Jahr" 1925 ein Stück Verbandsgeschichte wider, das zu den erfreulichen Abschnitten gehört. Der Verband ist mit seinen 764 609 Mitgliedern bisher noch von keiner anderen Organisation weder in Deutschland noch in der Welt überholt worden. Gegen das Vorjahr ergibt sich ein Zuwachs von fast 54 000 Mitgliedern, ein Beweis dafür, daß alle Kräfte im Verband bestrebt sind, den Zufluß an Mitgliedern zu fördern. Gewiß sind die Zahlen von 1918 bis 1923 noch nicht wieder erreicht; ein weites Rekrutierungsgebiet bleibt noch zu bearbeiten, wobei es an Aufklärungsstoff und Aufklärungsmaterial wahrlich nicht fehlt. Allein der Umstand, daß von den durch Tarife des Verbandes erfaßten Metallarbeitern nur 40 Prozent organisiert sind, ist geradezu eine Aufforderung an die Nichtorganisierten, die Nutznießung an den Tarifverträgen durch Eintritt in die Organisation auszugleichen. Vielleicht gestattet aber ein normales Ansteigen der Mitgliedsziffern eine bessere Bearbeitung des einzelnen seine wirksamere Ausbildung als Verbandsmitglied und Kollege. Eine Vertiefung des Organisationsgedankens muß dann die notwendigste Folge sein.

Unter den Mitgliedern befanden sich 63 306 Frauen und 53 670 Jugendliche. Die Zahl der Jugendlichen wechselt allerdings fortgesetzt durch die Umschreibungen infolge Erreichung der Altersgrenze. Interessant bei der Mitgliederbewegung ist, daß die Abgänge von solchen Mitgliedern, die vor 1918 eingetreten sind, äußerst gering sind. Sie betragen noch nicht ein Prozent, ein Beweis dafür, daß mit der Dauer der Mitgliedschaft das Zugehörigkeitsgefühl zur Organisation wächst und erstarkt und damit dann auch das Verantwortungsgefühl des Einzelmitgliedes als Klassenmitglied. Die Zahl der Verwaltungsstellen ist um 16 auf 623 gesunken. Die Zusammenlegung kleinerer Stellen zu größeren bewirkte diesen zahlenmäßigen Rückgang.

Das Berichtsjahr 1925, das wirtschaftlich noch unter den Nachwirkungen der Inflationszeit stand, begann infolgedessen auch mit eine starken Aktivität des Verbandes. Die Zurückgewinnung des Achtstundentages und die Erhöhung der Löhne standen im Vordergrunde der Bewegungen. Die Gesamtbeteiligung der Mitglieder an den Tarifstreitigkeiten ist allerdings gegen das Vorjahr erheblich zurückgegangen, was seinen Grund darin hat, daß sich die Abwehrbewegungen verminderten, dafür sind aber in vielen Orten Angriffsbewegungen geführt worden. Die Streiks hatten im allgemeinen einen geringeren Umfang als früher, nur der Angriffsstreik in der Pforzheimer Schmuck- und Metallwarenindustrie umfaßte mehr als 20 000 Personen.

Die Zahl der Tarifverträge ist seit dem Jahre 1924 von 570 auf 638 gestiegen, die Zahl der unter tariflichen Bedingungen Arbeitenden stieg von 1 766 275 auf 1 870 653. In fast allen Tarifverträgen sind Ferien vorgesehen, der Bericht sagt leider nicht, wo die 15 Verträge existieren, die ohne Ferienbestimmungen angenommen werden mußten.

Für die Betriebsrätebewegung stellt der Bericht ein erfreuliches Aufwärts fest. Es wurden insgesamt 30 287 Betriebsräte gemeldet. Von diesen waren 21 295 im Metallarbeiterverband, 2080 in anderen freien Arbeitergewerkschaften und 2451 in den Afa-Verbänden organisiert. Leider sind immer noch über 1000 unorganisierte Arbeiterbetriebsräte gewählt worden.

Der Deutsche Metallarbeiterverband zeigt in allen seinen Aufgabengebieten eine umfassende Tätigkeit zum Wohle seiner Mitglieder und zur Erfüllung seiner sonstigen Aufgaben.

Die verunglückte Bruderschaftsgründung in Breslau.

Uns wird geschrieben:

Den Breslauer Bäckermeistern und gelben Drahtziehern im Innungslager ist seit langer Zeit die Erstarkung der freien Gewerkschaft in den Kleinbäckereien ein Dorn im Auge. Vor kurzem versuchte man durch den gelben Apostel Petzold den Breslauer Bäckergesellen den gelben Bazillus einzuimpfen. Als dieser gelbe Jünger aber sah, daß die Breslauer Kollegen keinen Sinn für die gelbe Sumpfpflanze haben, nahm er, ohne in der von ihm einberufenen gut besuchten Versammlung das Wort zu ergreifen, Abschied von Breslau mit dem Gelöbnis, nicht wieder zu kommen. Nie müde werdend in der Bekämpfung des Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverbandes, versuchten nun die Bäckermeister ein anderes Rezept.

Vor kurzem wurden an alle Kollegen in den Innungsbäckereien Handzettel verteilt, mit der Tagesordnung: Gründung einer Bruderschaft. Für Sonntag, den 25. Juli, war zunächst für vormittags 9 Uhr zu einem Frühschoppen eingeladen. Nach langem Warten hatten sich dann endlich 20 Bäckergesellen eingefunden. Zunächst ergriff ein junger Bäckergeselle mit Namen Sehm das Wort. Dieser glaubte, den Anwesenden die Gründung der Bruderschaft dadurch schmackhaft zu machen, daß er sagte: „Da wir vor der Gesellenausschußwahl und Krankenkassenvorstandswahl stehen, müssen wir die Einheitsfront wieder herstellen." Verschiedene unserer Kollegen gaben ihm in drastischer Form zu verstehen, daß in Breslau absolut kein Sinn für die Gründung einer Bruderschaft vorhanden sei und die Interessenvertretung der Breslauer Bäckergesellen sehr gut in den Händen des Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverbandes aufgehoben sei.

Als dann aber in der nachfolgenden Fidelitas, nachdem dem kühlen Trunk schon einigermaßen zugesprochen war, der Einberufer das Lied „Stolz weht die Flagge schwarz-weiß-rot" anstimmen wollte, war es mit der Ruhe der Breslauer Kollegen vorbei.

Hätten nicht verschiedene ältere Verbandskollegen eingegriffen, wäre der größte Tumult entstanden.

Besonders wurde von den beiden Arrangeuren bedauert, daß kein Innungsvorstand erschienen sei, und der Obermeister, Stadtrat Losse, nur seine Visitenkarte mit der Widmung: „Die Bruderschaft möge blühen und wachsen", nebst fünf Mark Bargeld gesandt habe. Die Vormittagsveranstaltung hatte ohne den kleinsten Erfolg ihr Ende erreicht und das Kind war nicht aus der Taufe gehoben.

Für nachmittag hatte man in dem Kleinstädtchen Hundsfeld bei Breslau ein großes Fest veranstaltet und zu diesem Fest sämtliche Meister und Gesellen eingeladen. Auch hier war ein vollständig negatives Ergebnis zu verzeichnen. Außer fünf Verbandskollegen, welche von unserer Organisation hingesandt waren, konnte man noch drei Meister (Innungsvorstandsmitglieder) entdecken.

Unsere Verbandskollegen wurden sogar aufgefordert, die Festrede zu halten, was diese verweigerten. Als dann endlich ein auswärtiger Geselle aus Namslau, welcher von der dortigen Innung zu der großen Festveranstaltung delegiert war, einige Worte sprach, wurde er von den anwesenden Gästen des Lokals so stark unterbrochen, daß er von weiteren Ausführungen Abstand nehmen mußte.

Am Schlusse bekamen die beiden Arrangeure noch Streit über das eingegangene Geld und einer warf dem anderen Unterschlagung vor. Unsere Verbandskollegen traten befriedigt von der vollständig verunglückten Bruderschaftsgründungsfeier den Heimweg an in dem Bewußtsein, daß die Interessen der Breslauer Bäckergesellenschaft am besten durch den Deutschen Nahrungs- und Genußmittelarbeiterverband vertreten werden. Der Breslauer Bäckerinnung wollen wir aber raten, die Hände in Zukunft vom Spiel mit den Gelben zu lassen, da sonst die Geduld der Breslauer Bäckergesellen in den Innungsbetrieben einmal zu Ende sein könnte. Den Breslauer Kollegen rufen wir aber zu: „Vorwärts!" Damit bei der kommenden Gesellenausschußwahl unsere Liste einstimmig gewählt wird.

Soziales.

Kammergerichtsentscheide in Aufwertungsfragen.

Der Amtliche Preußische Pressedienst veröffentlicht eine Uebersicht über neuere Rechtsentscheide des Kammergerichts in Aufwertungsfragen:

Ist die durch eine Hypothek gesicherte Forderung erloschen und die Hypothek gelöscht, so ist eine Wiedereintragung der gleichen Hypothek auf einem anderen Grundstück rechtlich ausgeschlossen und die Möglichkeit einer Pfandauswechselung zu verneinen. — Mit einer Pfandauswechselung kann eine Aenderung des Inhalts des Rechts, insbesondere eine Umwandlung der Forderung, verbunden werden. Bei der Umwandlung bleibt die Forderung an sich bestehen, nur ihr rechtlicher Charakter wird verändert. — Beim Forderungstausch ist der Goldmarkbetrag nach dem Erwerbstage der Forderung zu berechnen, die an die Stelle der bisherigen tritt. — Die freie Aufwertbarkeit einer Kaufgeldforderung wird auch für den Fall ausgeschlossen, daß die Forderung vor der hypothekarischen Sicherung abgetreten ist. — Bei bedingten oder befristeten Rechten entscheidet für die Berechnung des Goldmarkbetrages der Zeitpunkt, in welchem das Recht, wenn auch mit der Beschränkung der Bedingung oder der Befristung erworben ist. — Bei zeitlich auseinanderfallenden Vertragsanträgen und -Annahmen wird die Forderung erst mit der Annahme des Vertragsantrages begründet. — Der gegenwärtige Grundstückswert darf bei der Aufwertung von Kaufgeldforderungen nur in der Weise berücksichtigt werden, daß die auf Verbesserungen beruhende Wertsteigerung des Grundstücks in Abzug zu bringen ist. Größere und kleinere Instandsetzungsarbeiten, und zwar nicht nur die laufenden, sondern auch solche, die in größeren Zeitabständen erforderlich werden, kommen hier nicht in Frage; es muß sich vielmehr um Arbeiten handeln, die aus dem Rahmen des Gewöhnlichen herausfallen, z. B. um die Aufstockung eines Gebäudes oder die Errichtung neuer Gebäude. — Die Aufwertungsstelle ist verpflichtet, bestimmte Feststellungen zu treffen, mit bloßen Vermutungen darf sie sich nicht begnügen. — Die Aufwertungsstelle hat über die Höhe der Aufwertung der Hypothek zu entscheiden, ohne zu berücksichtigen, daß der persönliche Schuldner noch die Herabsetzung des Aufwertungsbetrages der Forderung beantragen kann oder beantragt hat. Nur die rechtskräftige Erwirkung der Herabsetzung kann die Entscheidung der Aufwertungsstelle beeinflussen.

Parteigenossen und -Genossinnen
Gebt Eure Anzeigen
in der „Volkswacht" auf.

Aufwertung der Ansprüche an Fabrik- und Werksparkassen sowie an Betriebspensionskassen.

Ein erheblicher Teil der Arbeiter in größeren Betrieben hat durch die Inflation die in Fabrik- und Werksparkassen angelegten Ersparnisse verloren. Ebenso schienen ihre Ansprüche an die Betriebspensionskassen völlig zusammengeschrumpft. Deswegen mußte im Aufwertungsgesetz für entsprechende Aufwertung gesorgt werden. Sie ist auch darin grundsätzlich anerkannt. Die nähere Durchführung wurde der Reichsregierung überlassen. Sie hat unter dem 8. Juli 1926 (RGBl. S. 403) eine Durchführungsverordnung zu diesem Zwecke veröffentlicht.

Grundsätzlich sind die Guthaben bei derartigen Sparkassen und die Ansprüche gegen Betriebspensionskassen nicht als Vermögensanlagen zu betrachten. Sie können also zu einem höheren Betrag als zu 25 Prozent der Goldmarksumme aufgewertet werden. Werden aber die Kassen aus freiwilligen Zuwendungen des Arbeitgebers unterhalten oder handelt es sich um gesondert vom Betriebsvermögen verwaltete und angelegte Kassenbestände, so ist die Aufwertung auf höchstens 25 Prozent begrenzt. Freiwillige Zuwendungen sind insbesondere Leistungen, die der Arbeitgeber zugunsten der Arbeitnehmer ohne rechtliche Verpflichtung, ohne Gegenleistung und ohne Verkürzung der Vergütungen seinen Arbeitern der Kasse zuführt. Die gesonderte Verwendung und Verwaltung der Kassenbestände wird nicht dadurch ausgeschlossen, daß die Mittel der Kasse in nicht erheblichem Umfang oder nur auf kurze Zeit dem Unternehmen als Betriebsmittel zugeflossen sind.

Gläubiger, die ihre Guthaben nach dem 14. Juni 1922 ausgezahlt erhalten haben und denen Aufwertungsansprüche zustehen, müssen, sofern sie am 1. August 1926 dem Betriebe nicht mehr angehören, die Ansprüche zur Vermeidung des Verlustes bis 31. Dezember 1926 beim Schuldner anmelden.

Gewisse Voraussetzungen der Aufwertung.

Ueber die Höhe des Aufwertungssatzes und die Fälligkeit der Guthaben entscheiden in einer für Gerichte und Verwaltungsbehörden bindenden Weise und einheitlich gegenüber allen Gläubigern als Aufwertungsstelle die nach der vierten Goldbilanzdurchführungsverordnung gebildeten Spruchstellen, die in der Regel bei den Oberlandesgerichten eingerichtet sind. Sie werden in der Besetzung mit einem Vorsitzenden und zwei Beisitzern tätig, von denen der eine aus einer nach Anhörung der Arbeitnehmerverbände aufgestellten Liste entnommen wird. Zuständig ist die Aufwertungsstelle des Bezirks, in dem das Unternehmen seinen Hauptsitz hat. Zur Anrufung der Stelle ist der Betriebsunternehmer sowie jeder Kassengläubiger, der Aufwertung beansprucht, befugt. Gegen die Entscheidung ist sofortige Beschwerde an das Reichswirtschaftsgericht möglich. Einzelne Aufwertungsstreitigkeiten, die sich insbesondere nicht mit der allgemeinen Festlegung des Aufwertungssatzes befassen, werden durch die amtsgerichtlichen Aufwertungsstellen erledigt.

Der Goldmarkbetrag des mit Ablauf des 14. Juni 1922 vorhandenen Guthabens und der späteren Gutschriften wird nach dem Aufwertungsgesetz berechnet. Auszahlungen, die vor dem 15. Juni 1922 geleistet sind, werden stets zum Nennbetrag angerechnet. Spätere Auszahlungen werden in Höhe ihres Goldmarkbetrages zur Anrechnung gebracht. Dann wird unter Berücksichtigung des Aufwertungssatzes — 25 Prozent, weniger oder mehr — der Aufwertungsbetrag bestimmt. Bis zum 1. Januar 1925 bleibt der Betrag unverzinslich. Von da ab sind zunächst 3 Prozent Zinsen, vom 1. Januar 1928 ab 5 Prozent Zinsen zu zahlen. Guthaben bis zu fünfzig Mark können drei Monate nach rechtskräftiger Entscheidung der Spruchstelle mit den Zinsen verlangt werden. Im übrigen dürfen die Gläubiger Zahlung frühestens am 1. Januar 1932 fordern. Die Spruchstelle kann aber schon frühere Auszahlung anordnen.

Wirtschaft.

Kohlenjahr 1925/26.

Der Reichskohlenverband legt soeben seine Jahresrechnung und einen Bericht über den wirtschaftlichen Verlauf des Geschäftsjahres vom 1. April 1925 bis 31. März 1926 vor. Die gesamte Steinkohlenförderung der Welt wird für das Jahr 1925 mit 1180,5 Millionen Meter-Tonnen angegeben. Gegenüber dem Jahr 1924 bedeutet das eine Zunahme von 8,2 Millionen Meter-Tonnen oder um 0,70 Prozent, gegenüber dem Jahre 1913 jedoch einen Rückgang um 30,8 Millionen Tonnen = 2,5 Prozent. Setzt man die Förderung im Jahre 1913 (1216,8 Millionen Meter-Tonnen) = 100, so ergibt sich für das Jahr 1924 eine Verhältniszifer von 86,8 und für das Jahr 1925 eine solche von 97,5 gegenüber 104,4 im Jahre 1917, wo wir die höchste Steinkohlenproduktion seit Ausbruch des Krieges zu verzeichnen hatten. Der Anteil Europas an der Weltförderung (539,6 Millionen Meter-Tonnen gegenüber 606,8 Millionen im Jahre 1913) ist gegenüber 1924 um 1,10 Prozent gesunken und bleibt mit 4,30 Prozent hinter dem Friedenssatz von 1913 zurück. Amerikas Anteil (541,6 Millionen Meter-Tonnen) ist gegenüber 1924 um 0,62 Prozent gestiegen und übertrifft den Friedenssatz um 1,93 Prozent. Im Jahre 1924 hatte Europa wieder die erste Stelle in der Weltsteinkohlenförderung errungen. Es mußte den ersten Platz im Laufe des Jahres 1925 an Amerika abtreten. Die übrigen Erdteile haben ihren Anteil an der Weltsteinkohlenproduktion gegenüber 1924 nur unwesentlich verändert. Asien und Afrika weisen eine kleine Steigerung, Ozeanien einen kleinen Rückgang auf.

Ueber den Anteil der europäischen Länder an der europäischen Kohlenförderung unterrichtet folgende Zusammenstellung:

	1913	1924	1925
	(in Millionen Meter-Tonnen)		
England	292	271,4	248,4
Deutschland (ohne Saarbezirk, Pfalz, Oberschlesien und Elsaß-Lothringen)	140,8	118,8	132,7
Saarbezirk	12,4	14	13
Pfalz	0,8		
Polnisch-Oberschlesien	32,3	23,7	5,3
Frankreich (ohne Elsaß-Lothringen)	40,1	38,7	41,8
Belgien	22,8	23,4	23,1
Holland	1,9	5,9	6,8
Tschechoslowakei	14,3	14,4	12,8
Deutschösterreich und Ungarn	1,4	1	0,9
Polen ohne Polnisch-Oberschlesien	8,9	8,4	7,4
Rußland	27,3	11,1	13,9
Spanien	4	6,1	5,9
Jugoslawien	3,5	3,6	4,2
übrige Länder	0,5	3,1	2

Die englische Förderung hat sich, wenn man die Förderung im Jahre 1913 gleich 100 setzt, gegenüber dem Jahre 1924 von 92,9 auf 85,1 gesenkt. In Polnisch-Oberschlesien vollzog sich eine Senkung bei der gleichen Voraussetzung von 73,4 auf 66,3. Frankreich (ohne Elsaß-Lothringen) konnte seine Förderung von 96,5 auf 104,2, Holland die seine von 310,5 auf 357,9 und Deutschland von 84,4 auf 94,2 erhöhen.

Die Braunkohlenförderung der Welt wird in dem Bericht für 1925 mit 177 866 000 Tonnen angegeben gegenüber 164 416 000 Tonnen im Jahre 1924 und 124 988 000 im Jahre 1913. Setzt man die Förderung im Jahre 1913 gleich 100, so vermochte Deutschland seine Produktion von 142,9 auf 160,2, Deutschösterreich die seine von 106,3 auf 116,7, Frankreich von 117,4 auf 125,9, Italien von 150,1 auf 215,2 und Kanada von 1767,9 auf 1702,1 zu steigern. Bei den gleichen Voraussetzungen fiel die Förderung in der Tschechoslowakei von 89,1 auf 81,6, in Spanien von 148,7 auf 139,4 in Polen von 45,8 auf 32,8, in Rußland von 42,7 auf 30,7 und in den Vereinigten Staaten von Nordamerika von 455,5 auf 452,1.

Die Koksherstellung der Welt ergibt für das verflossene Jahr 96 292 000 Tonnen gegenüber 92 330 000 Tonnen im Jahre 1924 und 107 285 000 im Jahre 1913. Es vermochten, wenn die Förderung im Jahre 1913 = 100 ist, ihre Produktion zu steigern: Deutschland von 68,73 auf 77,41, der Saarbezirk von 12,15 auf 14,74, die Vereinigten Staaten von 94,29 auf 109,51 und Kanada von 90,08 auf 96,31. Zurückgegangen ist die Produktion in England von 118,08 auf 76,89, in Frankreich von 114,22 auf 76,73, in Belgien von 118,08 auf 116,61 und in der Tschechoslowakei von 86,61 auf 74,05. In anderen Ländern, z. B. in Polen, ist sich die Herstellung im Jahre 1925 gegenüber dem Jahre 1924 ungefähr gleichgeblieben.

Der überall festzustellende Rückgang in der Produktion hat natürlich auf den Stand der Belegschaften zurückgewirkt. Wir geben über die Bewegung folgende Zusammenstellung:

	1913	1924	1925
	(Kopfzahl der Belegschaften)		
Deutschland	515 843	580 245	561 754
England	1 127 833	1 213 724	1 086 325
Frankreich	195 833	281 715	309 435
Belgien	146 084	169 518	170 198
Holland	9 715	29 612	31 031
Vereinigte Staaten	747 627	779 613	—

Die Arbeitszeit stellte sich im Jahre 1913 in Deutschland und in den Vereinigten Staaten auf durchschnittlich 8 bis 10 Stunden, in England auf 8½ Stunden, in Frankreich, Belgien auf 9 Stunden und in Holland auf 8 Stunden. Sie betrug 1925 in Deutschland 8 bis 8½ Stunden, in England 7½, in Frankreich, Belgien, Holland und in den Vereinigten Staaten 8 Stunden.

Ueber die Belegschaftsbewegung in den deutschen Steinkohlenrevieren ist folgendes mitzuteilen: Das Ruhrgebiet einschließlich linker Niederrhein ohne Zechenbäuer hatte 1914 eine Belegschaft von 370 572 Köpfen und 1920 eine solche von 469 781 Köpfen. Im Verlauf des Jahres 1925 senkte sich die Belegschaftsziffer von 443 552 im Jahre 1924 auf 409 404. Im Januar, Februar und März 1926 erfolgte ein weiterer Abbau auf 363 176 bzw. 362 507 bzw. 357 294. Für Deutsch-Oberschlesien werden für 1924: 30 476 beschäftigte Bergleute angegeben. Es trat bis zum Jahre 1918 eine Erhöhung auf 37 961 und bis zum Jahre 1923 eine solche auf 49 026 ein. Für Ende 1925 stellt sich der Stand der Belegschaft auf 44 694 und für Ende März 1926 auf 47 626. Für Niederschlesien gelten folgende Zahlen: 1914 = 25 619, 1920 = 36 230, 1923 = 43 552, Ende März 1926 = 28 350 und für Sachsen 24 846 bzw. 34 376 bzw. 37 055 bzw. 25 082. Der Stand der Belegschaft im Braunkohlenbergbau ohne Nebenbetriebe betrug im Braunkohlenbergbau östlich der Elbe 1913 = 16 444, Ende März 1926 = 23 306, im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau westlich der Elbe einschließlich Kassel 23 098 bzw. 34 772 und im rheinischen Braunkohlenbergbau ohne Westerwald und Land Hessen 19 325 bzw. 6293.

Die Ausnutzung des englischen Streiks durch den polnischen Bergbau.

Der polnische Bergbau konnte im Monat Juli seinen Kohlenexport ganz beträchtlich steigern. So erhöhte sich die Ausfuhr nach den englischen Häfen von 28 000 Tonnen in der ersten Junihälfte auf 302 000 Tonnen in der ersten Hälfte des Monats Juli. Wie es heißt, fließen diesen Ausfuhren langfristige Exportverträge zugrunde, die zum größten bis Ende 1926 laufen. Das polnische oberschlesische Gebiet konnte von der gebesserten Konjunktur aber nicht in dem Maße profitieren wie Dombrowa und Krakau.

Sonnabend, den 7. August, abends 8 Uhr

spricht bei

Brauer, Gabitzstraße

unser

Genosse Schweikert

Lehrer an der Genossenschaftsschule in Hamburg

über

„Die Macht des Verbrauchers in der Wirtschaft."

Wir laden hierzu unsere Genossenschaftsräte, Vertreter, Mitarbeiter **sowie sämtliche Funktionäre der Arbeiterbewegung** ein. 2701

Eintritt frei!

Konsumverein „Vorwärts".

Polens Einnahmen aus Abgaben und Monopolen. Nach soeben veröffentlichten Daten beliefen sich die Einnahmen Polens aus den staatlichen Monopolen im ersten Halbjahr 1926 auf 246,5 Millionen Zloty (gegenüber 179,9 Millionen Zloty im ersten Halbjahr 1925). Die direkten Steuern ergaben 200,1 Millionen Zloty (168,2 Millionen), Stempelabgaben 58,7 Millionen Zloty (57,3 Millionen), indirekte Steuern 62,1 Millionen Zloty (47,6 Millionen), Zölle 82,5 Millionen Zloty (174,5 Millionen).

Die Eintragung des neu gebildeten oberschlesischen Montantrusts in das Gleiwitzer Handelsregister ist jetzt erfolgt. Das Grundkapital des Trusts wird mit 30 Millionen Reichsmark angegeben.

Aus Schlesien.

Selbstmord eines Invaliden.

Wegen Ablehnung der Reichsinvalidenrente.

Der 50jährige Invalide Alfred Rücker aus Fellhammer-Nord wurde am 29. Juli in seiner Wohnung erhängt aufgefunden. Rücker war seit November 1925 schwer herzleidend und litt außerdem an Wassersucht. Die letztere Krankheit hatte er sich als Kriegsteilnehmer im Felde zugezogen. Seit Mai 1926 konnte er seinem Berufe als Berghauer nicht mehr nachgehen und wurde Invalide. Ein Antrag auf Bewilligung der Reichsinvalidenrente wurde aber abgelehnt. Seitdem war Rücker schwermütig geworden und des öfteren äußerte er: „Ich bin auf der Welt übrig."

Vergangenen Donnerstag gegen 10 Uhr vormittags begab sich nun seine Ehefrau zur Post, um die Kriegsrente abzuheben. Als sie nach verschiedenen weiteren Besorgungen um 12 Uhr zurückkehrte, fand sie die Stubentür von innen verriegelt. Sie drückte die Tür ein und ihren Schreck kann man sich vorstellen, als sie ihren Ehemann am Glasschrank erhängt vorfand. Der sofort herbeigerufene Arzt nahm zwar Wiederbelebungsversuche vor, die jedoch ohne Erfolg blieben.

Starke Beteiligung der Industrie an der Großen Polizeiausstellung.

Trotzdem an der Großen Polizeiausstellung Berlin 1926 nur ausschließlich Firmen, die Bedarfsartikel für die Polizeibehörden und Feuerwehren herstellen, zugelassen sind, ist die Beteiligung ganz außerordentlich. Die maßgebendsten Firmen der in Frage kommenden Industrien sind mit teilweise äußerst interessanten großen Sonderausstellungen vollzählig vertreten.

Habelschwerdt. Zwei tödliche Unfälle ereigneten sich hier vor einigen Tagen. In Grafenort ertrank beim Baden der 20 Jahre alte Fleischer Herbert Schindler. Im Kesselgrunde unterhalb des großen Schneeberges stürzte ein Maurer mit seinem Fahrrade. Er erlitt schwere Kopfverletzungen, an denen er bald darauf verstarb.

Kaufung a. K. Die Deichsel in den Leib gerannt. Der 30jährige Kaufmann Emil Stanzel, der eine Liegnitzer Firma vertritt, fuhr mit seinem Motorrad gegen ein unbeleuchtetes Fuhrwerk. Dabei rannte er sich die Deichsel des Wagens in den Leib. Infolge innerer Verletzungen trat der Tod bald ein. Der auf so tragische Weise ums Leben Gekommene war mit einer Goldbergerin verlobt.

Hartha bei Greifenberg. Durch giftige Gase getötet. Zwei Arbeiter waren in der zu unserem Ort gehörigen Kolonie Karlsberg damit beschäftigt, in einen seit langer Zeit zugedeckten Brunnen eine Rohrleitung zu legen. Plötzlich brach der eine besinnungslos zusammen. Die lauten Hilferufe seines Kameraden wurden glücklicherweise von anderen Arbeitern gehört, die beide Männer heraufbeförderten. Belebungsversuche waren zunächst erfolglos war. Erst ein Arzt hatte Erfolg. Es liegt Kohlensäurevergiftung vor.

Hirschberg. Ein Kinderballon von Brüssel nach dem Riesengebirge geflogen. Ein Fabrikmädchen in Hirschberg-Cunnersdorf fand einen kleinen Kinderballon der nach der dem Ballon anhängenden Karte anläßlich eines Entfernungswettbewerbes zugunsten der Kriegsblinden in der Brüsseler Vorstadt „Izellos" von einer gemeinnützigen Gesellschaft aufgelassen worden war. Dem Finder, der die Karte unfrankiert zurücksendet, war ein Andenken versprochen worden.

Roßberg bei Beuthen. Eine aufregende Verbrecherjagd spielte sich in Roßberg bei Beuthen ab. Als die Kriminalpolizei eine mehrköpfige Verbrecherbande verhaften wollte, wurde gegen die Beamten ein regelrechtes Feuergefecht eröffnet. Die Verbrecher flüchteten in ein Straßenbahndepot. Trotzdem sofort ein Kommando Schutzpolizei das Depot durchsuchte, gelang es den Banditen, zu entwischen und über die polnische Grenze zu entkommen.

Beuthen O.-S. Dammbruch bei Peiskretscham. Infolge der starken Regenfälle der letzten Nacht rutschte heute vormittag bei der Einfahrt eines Güterzuges in den Bahnhof Peiskretscham der Damm des Güterzugeinfahrgleises in einer Länge von etwa 60 Metern. Der Güterzug konnte noch rechtzeitig zum Halten gebracht werden. Bei einer späteren Erdbewegung stürzten vier Güterwagen um. Sachschaden ist nicht entstanden. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Ausbesserungsarbeiten sind im Gange.

! Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben !

Breslau (Land)-Neumarkt.

Schmolz. Dienstag, den 3. August, abends 8 Uhr, findet bei Kaditz unsere fällige Monatsversammlung statt. Vollzähliges Erscheinen ist Ehrensache.

Neumarkt. Unsere Kleinbahn hat nun ihren Betrieb aufgenommen. War die Beteiligung in den ersten Tagen befriedigend, so bleibt die jetzige Besetzung weit hinter den Erwartungen zurück. Es liegt ja auch in dem Wesen Neumarkter Struktur, daß man für alles „Neue" Feuer und Flamme ist, jedoch aber bald dem Geschaffenen „Auf Wiedersehen" sagt. Wir halten den Fahrpreis (Einzeltour 40 Pfg., Doppeltour 70 Pfg.) als viel zu hoch. Nach dem Bahnhof sind unseres Wissens ca. drei Kilometer, bis zur Endstation ca. 3½ Kilometer. Andere Kleinbahnen bringen für den Kilometer 8 bis 10 Pfg. in Ansatz, so daß hier für unsere Verhältnisse die Einzeltour 30 Pf., Doppeltour 50 Pf. als erschwinglicher Preis erscheinen würde. Wer sich auf den Standpunkt stellt, daß erst durch große Beteiligung und dementsprechenden Gewinn der Fahrpreis abgebaut werden kann, übersieht völlig, in welch ärmlicher Lage sich der größte Teil der Bevölkerung befindet. Nein, erst durch einen annehmbaren Fahrpreis wird erhöhter Umsatz erreicht und die Bahn zu dem werden, was sie sein soll: ein Verkehrsmittel für alle. — Ferner müßten die Preise für Schülerkarten (1,80 Mark) und Wochenkarten (2,50 Mark) ebenfalls Erniedrigung erfahren. Daß das Publikum zu dem Zuge früh 7,26 Uhr nach Breslau sich mit der Abfahrtszeit 6,30 Uhr begnügen muß, um auf dem Bahnhof ¾ Stunden zu warten, wird auch einer Abänderung bedürfen. Hoffentlich berücksichtigt die Kleinbahn-Aktien-Gesellschaft diese nicht unberechtigten Wünsche.

Aus dem Kreise Nimptsch.

Außerordentliche Stadtverordnetensitzung.

Am Donnerstag, den 29. Juli, fand in der neuen Schule eine außerordentliche Stadtverordnetensitzung statt mit der Tagesordnung: Beschlußfassung über die Fortführung der Notstandsarbeiten auf dem Sportplatz für alleinige Rechnung der Stadt, sowie Beschaffung der nötigen Geldmittel und Erhöhung des Arbeitsstundenlohnes auf 60 Pfg. — Anwesend waren zehn Stadtverordnete, die Ratsmänner Lange, Rathmann und Geisler sowie Bürgermeister Kühn. Die Sitzung leitete der stellvertretende Vorsitzende, Kantor Meyer.

Wie erwartet, rief die Forderung der Erhöhung des Stundenlohnes auf 60 Pfg. eine heftige Debatte hervor. Stadtverordneter Stulle (Ordnungsblock) setzte sich in anerkennenswerter Weise für die Erhöhung ein und stellte den Antrag, die geforderten 60 Pfg. zu genehmigen. Herr Rathmann glaubte als Vertreter des Magistrats, eine Erhöhung des Stundenlohnes, besonders vom Standpunkt der steuerzahlenden Gewerbetreibenden und auf Grund der von der Reichstelegraphen- und Eisenbahnverwaltung gezahlten Löhne, nicht befürworten zu können. Wie nicht anders zu erwarten, stellte sich auch Stadtverordneter Plumecke auf den Standpunkt, daß ein Stundenlohn von 60 Pfg. zu hoch gegriffen sei, umsomehr, daß, wenn die Arbeiter bei den Notstandsarbeiten intensiv gearbeitet hätten, die Arbeiten längst fertiggestellt sein könnten. Wir stellen es Herrn Plumecke anheim, bei 60 Pfg. Stundenlohn große Reichtümer zu sammeln und seine Arbeitskraft zu erhalten. Genosse Winkler setzte sich energisch dafür ein, daß die vorgeschlagene Erhöhung vorgenommen würde, klärte die bürgerlichen Abgeordneten dahingehend auf, daß der größte Prozentsatz der Reichseinkommensteuer nicht von den Gewerbetreibenden, sondern von Lohn- und Gehaltsempfängern getragen würde und erklärte es als kleinlich, daß bei einem Projekt, bei dem Tausende anstandslos bewilligt worden waren, um eine Erhöhung des Stundenlohnes, das eine Mehrbelastung von ca. 1000 Mark ausmache, eine so große Debatte geführt würde, umsomehr, als doch die Gewerbetreibenden von dem neuerstandenen Werk einen erheblichen Nutzen hätten. Der Antrag auf Erhöhung wurde dann gegen drei Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die bürgerlichen Abgeordneten Jugler, Lichey und Franz, von denen die ersten beiden es als Geschäftsleute scheinbar nicht verantworten konnten, daß die Kaufkraft gesteigert würde. Daß die Vorlage angenommen wurde, ist nicht zuletzt dem energischen und zielbewußten Eintreten unseres Genossen Winkler zu verdanken.

Die Magistratsvorlage: Weiterführung der notwendigen Arbeiten auf Rechnung der Stadt sowie Aufnahme eines vorübergehenden Darlehns von 24 000 Mark zu den jeweiligen Zinssätzen bei der Stadtsparkasse wurde daraufhin einstimmig angenommen. Die Kosten für die Arbeiten beliefen sich bis zum 26. Juli auf 38 479,84 Mark. — Nach Protokollverlesung schloß die Sitzung gegen 6¼ Uhr.

---

* **Die Zahl der Erwerbslosen** im hiesigen Kreise belief sich am 30. Juli auf 61. Bedarf liegt an ledigen Ackerkutschern, Pferdeburschen und Mädchen für die Landwirtschaft vor. Man kann die Zahl der Arbeitslosen als verhältnismäßig gering bezeichnen.

Geschäftliches.

Vorurteile gegen fertige Suppen, seien es Suppenwürfel oder Suppenwürste, mögen früher berechtigt gewesen sein. Schmeckten doch manche derartige Suppen nur nach Salz und einem ungewissen Etwas. Doch heutzutage, wo wir in Knorr Suppenwurst ein Fabrikat besitzen, das nach jahrelangen, endlich mit Erfolg gekrönten Versuchen, dank sorgfältigster Auswahl und Zusammenstellung der besten Rohstoffe, eine Suppe ergibt, die auch den verwöhntesten Gaumen befriedigt, kann wirklich jede Hausfrau, und wäre ihre Küche noch so vornehm, darauf verzichten, die einzelnen Zutaten für eine Suppe zusammenzukaufen und herzurichten. Dabei ist eine Knorr-Suppe schnell und kinderleicht herzustellen, bedarf keiner weiteren Zusätze und kostet nur 6 Pf. pro Teller. Knorrsuppe in Wurstform gibt es als Erbs fein, Erbs mit Reis, Erbs mit Speck, Ochsenschwanz, Blumenkohl, Pilz, Spargel, Grünkern, Krebs, Tomaten, Eiersternchen, Eierfadennudeln, Eierringe, Eierriebele.

Stuhlverstopfung im Sommer. Die Darmfrage ist im Sommer die ernsteste Frage aller Gesundheitsfragen. Nachdem der Darm einen langen Winter hindurch vollgepfropft wurde, nachdem der Körper durch schädliche Stoffwechselprodukte, Nahrungs- und Genußgifte usw. vom Darm aus mit Krankheitsstoffen überladen wurde, muß nunmehr im Sommer die Darmfunktion geregelt werden, weil ohne die Ausscheidungstätigkeit des Darmes auch die anderen Ausscheidungsorgane (Nieren, Leber, Drüsen usw.) nicht normal funktionieren können, und weil durch Stockung dieser lebenserhaltenden Ausscheidungsfunktionen die allermeisten Krankheiten entstehen. Wenn im Sommer „Alles lebt", dann darf der Darm nicht untätig, nicht tot, nicht verstopft sein! Mit Pillen, Pulvern und Abführmitteln betreibt man keine Darmkultur und „heilt" keine Krankheiten! Professor Dr. Geweckes „Brotella" ist eine Darmdiät statt schädlicher Abführmittel, die den trägen Darm neu trainiert, die den verstopften Darm reinigt, die den trockenen Darm fettet und schleimt. „Brotella" ist eine Diät, die den schwachen Darm kräftigt und durch Erziehung zur Arbeit die peristaltische Kraft des Darmes wieder belebt. „Brotella-kalt" im Sommer mit Zusatz von frischen Früchten aller Art, Fruchtsäften oder saurer Milch ist eine Delikatesse, auch für verwöhnteste Ansprüche, dabei ein billiges, nahrhaftes Frühstück und Abendessen: 1 Teller = 10 bis 15 Pf.

Wasserstand

2. August.

Ratibor	5,58	Ransem (Unter-Pegel)	4,96
Neiße (Stadt) v. 30. 7.	4,59	Dyhernfurth	3,82
Neißemündung (Unter-Pegel)	4,35	Abflußmenge sekundlich 409 cbm	
Brieg (Mittelstraße)	4,77	Fürstenberg v. 30. 7.	1,58
Treschen	2,78	Wassertemp.: +15,0°	

Für die Arbeiter-Jugend

Nr. 6 **Monats-Beilage** 1926

Aus der Vergangenheit unserer Arbeiterjugend.

Die Zeit vor dem Krieg.

Die Entstehung der Arbeiterjugend war ein Akt der Selbsthilfe gegen wirtschaftliche Knechtung. Sie mußte hineinführen in den großen Strom der Arbeiterbewegung, obwohl sich in der ersten Zeit die Organisationen der erwachsenen Arbeiter fast nicht um sie kümmerten.

Desto stärker zog sich in kurzer Zeit die Organisation den Haß der Herrschenden und Gedankenlosen zu.

Vom Kriegsschauplatz.

So lautete Jahre hindurch eine Kopfleiste der Zeitschrift „Arbeiterjugend“ und ihr Bild stellte die leider heute oft noch viel zu stark wirkenden Mächte des Rückschritts im Kampf gegen die junge Garde des Proletariats dar. Es waren zu sehen: Der paragraphenschwingende Staatsanwalt, der pickelhaubenbewehrte Polizist, der tintenspritzende Bürokrat mit Puderperrücke, der verdammende Angestellte der Staatskirche.

Unterstützt wurden diese „Hüter der göttlichen Weltordnung“ von dem großen Heer aller, denen die Forderungen der Arbeiterjugend irgendwie unangenehm waren. Immer wieder konnte unter der Spalte „Am Pranger“ von Mißhandlungen handwerklicher Lehrlinge, von Verboten und Einschränkungen persönlicher Freiheit, von wildem Haß gegen die „rote Jugend“ berichtet werden.

Die vereinte Macht der Gegner hätte bestimmt gesiegt, wenn nicht im entscheidenden Augenblick Gewerkschaft und Partei ihre Erfahrung und ihre Hilfe in die Wagschale geworfen hätten. Nur das hinderte die Zertrümmerung der Organisation.

1911 rückte der Preußische Staat mit einer neuen Waffe hervor. „Staatliche Jugendpflege“ hieß die Maßnahme, und ihr Ziel enthüllte die Rede des Kultusministers von Trott zu Solz, nach der „der immer größeren Gefahr der sozialdemokratischen Jugendpflege mit ihrer grenzenlosen Verhetzung“ begegnet werden mußte. Gleich in der Schule und weiter in der Fortbildungsschule sollte auch die proletarische Jugend straff erfaßt werden, um sie in königstreuem, vaterländischem, gottesfürchtigem Sinne zu erziehen und wehrhaft zu machen. Die Methoden, welche der Erlaß in seinen Ausführungsanweisungen dafür gab, zeugen von fein ausgeklügelter Rechnung mit dem jugendlichen Wesen. Die geplanten Maßnahmen wuchsen sich aus, lediglich zu einer angenehmen, immer und reichlich fließenden Geldquelle für die „christlich-nationale“ Jugendarbeit. Der allseitige Kampf gegen die Arbeiterjugend, die lediglich ihr gutes Recht suchte, war hart und rücksichtslos; ihre Gegenwehr auch, weil sie nicht anders konnte.

Als „eine Beleuchtung der roten Arbeiterjugend“ erschien am 18. Januar (!) 1912 eine Schrift des Inspektors der Berliner Stadtmission, des nationalen Pastors W. Ilgenheim. Ihre Tendenz verrät sie bereits im Vorwort: „Ein jeder nationale und christliche Jugendfreund und Jugendbildner, ob Lehrer, ob Offizier, ob Geistlicher, muß den gefährlichen Gegner kennen. — Offizier, ob Geistlicher, muß en geährlichen Gegner kennen. — diesem liegt das Schwergewicht — recht vielen die Augen öffnen über die Riesengefahr, die unserem deutschen Volke aus der sozialistischen Jugendbewegung erwachsen ist.“

In einem zweiten Kapitel schreibt er über das Ziel, daß er aus Presseäußerungen, Reden des Kriegsministers (!) und des Pfarrers Stöcker (ein fanatischer Sozialistenfresser) im Reichstage zu ergründen sucht. Er zeichnet sich dabei durch eine grenzenlose Unkenntnis sozialistischer Gedanken aus, die er mit Sturz der göttlichen Weltordnung, Vernichtung des Staates und Verweigerung der militärischen Dienstpflicht dürftig zu umschreiben versucht. Das nennt und versteht er unter „Erziehung zur proletarischen Weltanschauung“.

Flugblätter und Lieder, erstere von sachlichen Feststellungen letztere von oft heiterer Harmlosigkeit („Sozialisten auf der Reis'“) oder gar von Herwegh für das revolutionäre Bürgertum der 48er Jahre gedichtet, sind seine Beweisstücke. Daß jedes Mitglied der „roten Jugend“ und erst recht jeder ihrer Führer von Gott und der Welt verlassen ist, verstand sich am Rande. Und alle Kräfte nationalen Heils werden aufgerufen, die Riesengefahr zu bannen.

Die Arbeiterjugend war stärker; den vereinten Anstrengungen aller ist die Niederwerfung nicht gelungen, ein beschämendes Zeugnis für Schwäche und Haltlosigkeit ihres Kampfes, eine glänzende Rechtfertigung sozialistischer Ideen.

Nach Kriegsende in Breslau und Schlesien.

Noch raste das Morden in den letzten Monaten; kaum erträgliche Spannung lastete auf den Menschen. Leise schien die Erde zu beben, um sich der ungeheuren Last, die kaum mehr zu tragen war, zu entledigen.

Im Breslauer Gewerkschaftshause fand sich zusammen, was die Kriegsjahre von der Arbeiterjugend übrig gelassen hatten. Etwa 70 Jugendliche waren es im September 1918, die das Heim im vierten Stock besuchten; nicht mehr verfolgt, denn wer hatte in diesem Taumel Zeit, an die Arbeiterjugend zu denken. Nach außen aber bis weit in die eigenen Reihen der Arbeiterbewegung kaum gekannt. Wenige Erwachsene, die unermüdlichen Genossen Arndt und Frau Günther leisteten ausdauernde Arbeit

Der Novembersturm brachte Freiheit und Helfer. Eine Fülle von Jugendleitern fand sich ein; aber ihre Tätigkeit war bis auf wenige Ausnahmen auf eine Behandlung der Jugend eingestellt, wie in den Vorkriegsjahren. Man glaubte oft, eine passive Jugend, die gegängelt und vorangestoßen werden muß, vor sich zu haben. Zeit und Jugend waren aber anders geworden.

Die Gruppe Breslau wuchs. Das Gewerkschaftshaus konnte uns nicht mehr beherbergen. Doch in verschiedenen Stadtteilen entstanden drei, vier, fünf Heime.

Mühsam, langwierig vollzog sich in den Jahren 1919 und 1920 der Aufbau des mittelschlesischen Bezirkes. Erst antworten von 23 früheren Gruppen nur 7; wir alle kennen uns kaum, sind vielfach ganz junge, unerfahrene Menschen. Oft gerieten wir in unserem Stürmen hart aneinander. Kurze Zeit nachher beginnt eine Welle von Neugründungen, die nicht immer auf die besten und geeignetsten Kräfte gestützt sind. Das erschwert uns ebenfalls sehr die Aufgabe, festen Boden zu gewinnen.

In Berlin baut August Albrecht unermüdlich mit Einsatz seiner ganzen Persönlichkeit den Gesamtverband auf. Sein energisches Zufassen macht einem 16jährigen Bezirksleiter die Arbeit nicht gerade leichter. Nach Heimkehr aus der viele Tagesstunden kostenden Lehre liegen Rundschreiben da: Berichte geben, Konferenzen abhalten, Kurse veranstalten, Ortsgruppen besuchen! Um Himmelswillen! Wie soll das geschafft werden?

Wir haben kein Büro, wenig Zeit, kein Geld, keine ausreichenden Kräfte — was tun? Bis man dann den Ausweg wählen muß, das meiste unerledigt zu lassen. Wer zählt die Rüffel von oben und unten, die guter Wille einstecken mußte? Wer weiß, unter welchem Verzicht des Rechtes auf eigene Jugend langsam die notwendigen praktischen Kenntnisse erworben werden? Es ging uns allen nicht anders, heißt der Trost; es hat nichts geschadet, sagt man heute! Doch sollte kein junger Mensch solche Last tragen müssen. Er kann verkümmern, zusammenbrechen oder bezahlt, wenn alles gut geht, zu hohen Preis für frühe Erfahrung.

Die „Großen“ haben ihre eigenen Sorgen; wir tragen unsere Wünsche auch ungeschickt vor. Wir möchten die schlesische, die mittelschlesische Jugendarbeit amtlich getan sehen. Eine Handbewegung, ein Lachen, ein Hinweis auf unsere Bedeutungslosigkeit erledigt alle Wünsche. Wie oft war das noch so, daß in zehn Minuten Fragen abgetan wurden, um die wir gequält rangen.

Der Reichsjugendtag von Weimar gibt neuen Schwung; verschiedene schlesische Ortsgruppen sind dort und ihre Teilnehmer kannten sich kaum. Erst dann kommt Schwung, bessere Zusammenfassung. Zugleich aber löst Weimar den starken Zug der selbständigen Arbeit der Jugend aus. Seine Folgen sind Kämpfe, Auseinandersetzungen mit den Alten bei uns, verstärkt und verschärft, weil kaum einer von ihnen noch wußte, was Jungsein in jeder Richtung besagen will, wie man mit Jugend umgehen muß. Die Folgen können nur sein, daß sich die Jugend ganz auf sich selbst gestellt sieht mit dem Willen, alles zu meistern und mit dem Glauben, daß es geht — gehen muß, trotz aller Schwierigkeiten.

Kleine Erfolge kommen auch; wir dürfen ein Parteibüro und eine Schreibmaschine mit benutzen — oft ist es den Gastgebern nicht angenehm. Die Jugend stempelt alle Bogen voll; ein Bleistift wird mitgenommen oder an den unrechten Platz gelegt. Wer könnte alle Vergehen noch nennen, für die der Bezirksleiter herhalten mußte.

Die Arbeit wächst, der Jugendsekretär wird wieder notwendiger; es mag ohne ihn für die jungen Schultern kaum noch gehen. Erneut aber ist die Schaffung einer solchen Stelle noch nicht möglich.

Endlich, nach tausend wechselnden, drückenden Schwierigkeiten, Oktober 1922, kann die Arbeit amtlich beginnen; der Bezirksparteivorstand stellt den Jugendsekretär an. Drei Wochen erster Vorarbeit; Schaffung genauer Uebersicht. Die Inflation

. Jahrgang. — Nr. 178

cht

lichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

eis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf. auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text gebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro s fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer ittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition ße 4/5 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

t in Frankreich vor?

e, Mitglied der Kammer (Paris).

age hat sich völlig geändert. Die meisten ten in die Regierung zurück, die ihr vor 924 angehört hatten. Der Ministerpräsi- wie in jenem Jahre und der Kammer-

Man ist versucht zu glauben, daß zwei Nation ausgelöscht seien und der einzige besteht, daß das englische Pfund von m es wenige Wochen vorher 120 Franken te auf 199 Franken stieg, vor wenigen f 240 Franken.

ich nicht voll Rechenschaft zu geben über r augenblicklicher Situation Frankreichs was geblieben ist, wenn man nicht einen itpunkt der Beendigung des Weltkrieges dann lassen sich die Bewegungen der und die Umwandlung der Bedingungen, Kampf sich vollzieht, verstehen.

es, eine kurze Skizze davon zu geben.

stand von 1918 bedeutete sicherlich für alle igten Völker — und auch für die anderen Aber ich glaube kaum, daß irgend wer eine empfand, wie der Durchschnittsfranzose. n die ungeheuren Verluste an Menschen nken, die in Frankreich im Verhältnis n anderen Ländern, noch verschärft durch die Empörung, die die Besetzung und die trächtlichen Gebietes ausgelöst hatten.

Wunderglauben, der immer die Hoffnung gt, und vor dem eine unvollkommene Ere der Menschen leider noch immer nicht klären, daß die Mehrheit der Bevölkerung ieg“ den „Frieden“ bedeute und daß der ler Opfer sei und aus diesem Grunde die ionen“ natürlich an erster Stelle der Vermüssen.

begann das Land seinen Irrtum zu behm kaum Zeit dazu, als der Vertrag von erzeichnet war und die Reihe der anderen ß.

einer, von der sozialistischen Propaganda Bevölkerung weigerte sich, einen Vertrag mit Gewalt dem Besiegten aufgezwungen ur die Spur einer Diskussion zuzulassen, hnung des Frankfurter Vertrages voraus- t Vertrag, dessen Klauseln, die interse ganz außer acht lassend, die allen n wollten, die Schäden des Krieges zu stand dauernden Friedens vorzubereiten, alle Ungerechtigkeiten heiligte und verange hinaus in künstlich geschaffene Katein „Sieger“ und „Besiegte“.

Gedächtnis zurückgerufen zu werden, daß enceau bis 20 Tage vor den allgemeinen rungszustand aufrecht erhalten hatte und essezensur bestand. Daraus ergaben sich gkeiten der Oeffentlichkeit, die ohnedies schon betäubt war, die Wahrheit über die Verhältnisse klar zu machen, unter denen Frankreich während des Krieges und seitdem gelebt hatte und welche Aussichten für die nächste Zeit bestanden. Dazu kommt noch, daß sogar während der Wahlen ein allgemeiner Buchdruckerstreik ausbrechen konnte und in dem zentralisiertesten aller modernen Staaten während zwölf Tagen von sämtlichen Blättern der Hauptstadt nur **zwei** herauskamen.

Man kann ruhig sagen, daß die Wahlen vom 16. November 1919 nicht viel anders ausfielen, als wenn sie am Tage nach dem Waffenstillstand stattgefunden hätten.

Als die Wähler abstimmten, sahen sie durch das Dunkel, das sie umgab, nur zwei Lichtpunkte: **das sichere Ende der Schlachten und die Hoffnung auf Beendigung des Elends.**

Wenn bei den Wahlresultaten in ihrer Verteilung auf die verschiedenen Parteien sich einige Unterschiede gegen die letzte Wahl ergaben, so hatte dies seine Ursache darin, daß einerseits ein neues Wahlgesetz eine gewisse proportionelle Verteilung auf alle Listen ergab und daß die Reaktionäre andererseits unter dem Namen „**Nationaler Block**“ den sogenannten Proporz sehr zu ihrem Vorteil ausnutzten, indem sie ihre verschiedenen Richtungen auf einer einzigen Liste vereinigten.

Erst von diesem Augenblick an begannen sich die Verschiebungen, die der Krieg in der Zusammensetzung der Klassen in Frankreich herbeigeführt hatte, nach und nach in der Politik bemerkbar zu machen.

Ich will nicht auf die Einzelheiten dieses Erwachens eingehen, das 4½ Jahre später mit dem Sturz des Regimes Poincaré endete. Ich will nur kurz ein paar Punkte herausgreifen.

Der Krieg hatte auf das demokratische Frankreich von 1914 mit seinem Kleinbürger- und Kleinbauerntum, das sich in seinem mäßigen Wohlstand und in seiner sicheren Existenz zufrieden fühlte, zwei entgegengesetzte Wirkungen ausgeübt.

Anfangs war die Regierung gezwungen gewesen, die Produktion und auch bis zu einem gewissen Grade den Handel zu organisieren. Der Krieg hatte auf der einen Seite die kapitalistischen Industrien vermehrt und intensiviert, gestärkt

---

en sozialen Inhalt des heutigen Staats verlangt, wie Zollvorlagen und Fürstenkompromiß. **Selbst** aber nscht sie um keinen Preis **Festlegung**, denn die **utsche Volkspartei**, so fürchtet die „Schlesische kszeitung“, könnte sonst rechtsradikalen Anschluß en ... Die würde, meinen wir dagegen, ihre Fahne n nach dem Winde drehen — wenn nur in der Mitte **starker** und **ständiger** republikanischer Wind hen würde! Ja, **wenn** ...

Freytagh-Loringhoven mit Mandatsverlust bedroht?

Wir wiesen kürzlich auf Freytagh-Loringhovens auffällige eiligung an einer deutschnationalen Zeitungsgründung weit erhalb Schlesiens, im Wahlkreise Bremen-Oldenburg hin. Er tigte sich dort als einziger Auswärtiger und erweckte daher die nutung, daß er **auf neuer Mandatssuche** sei. Jetzt tigt der rechtsradikale Baltenhäuptling selber, daß er **Anlaß solcher Suche** hat. In einem Artikel, der seine Parteinde vor engerem Zusammenschluß mit der taktisch günstiger llten Volkspartei warnt, klagt er ironisch wehmütig über **folgungen**. Wörtlich schreibt er:

„So hat **eine große Provinzzeitung**, die unter **utschnationaler Flagge** segelt, es für richtig gelten, von vornherein ohne jede Veranlassung zu erklären, daß r die Extrem-Konservativen in der eigenen Partei die Schuld gen würden, wenn die von ihr mit Feuereifer gepredigte nigung nicht zustandekomme. Und als sie auf das Verfehlte ser Methode hingewiesen wurde, erklärte sie alle, die ihre unschickte Taktik nicht billigen, für grundsätzliche Gegner der nigung, drohte mit Leib- und Lebensstrafen, mit **Mandats- rlust** und dergleichen mehr.“

Offenbar ist hier die „**Schlesische Zeitung**“ gemeint, die schwachen schlesischen Volksparteiler gerne in die Deutschonale Partei aufsaugen würde und Stresemann ebenso heschlucken zu können meint, wie den in ihren Spalten bereits greich deutschnational angepaßten Abgeordneten Mentzhin. n die Freude, daß man bei dieser Gelegenheit den abenteuern Freytagh-Loringhoven los werden könnte, dessen starres

par. Ihre übereinstimmende Auffassung ist, daß Kölling ein unmöglicher Mann ist. Es ist nun die Frage, auf welche Art dieser Auffassung am besten entsprochen werden kann. In dieser Hinsicht haben die Minister unseres Wissens den schnellsten Weg gewählt. Er ist vorläufig **nicht in dem sofortigen Antrag auf ein Disziplinarverfahren** zu sehen; denn die Durchführung eines solchen Antrages würde, wie der Fall Bewersdorf beweist, vielleicht Monate dauern, ohne daß Herrn Kölling auch nur das Geringste geschieht und an dem jetzigen Stand der Untersuchung in Magdeburg etwas geändert würde. Der **freiwillige Rücktritt Köllings**, zu dem er grundsätzlich **bereit** sein soll, ist zunächst zweifellos die beste Gelegenheit, den Skandal in Magdeburg beizulegen, ohne daß die selbstverständlichen Folgewirkungen in bezug auf das **disziplinarische Vorgehen der Regierung** und die erforderlichen **Aenderungen im Gerichtsverfassungsgesetz** dadurch auch nur im geringstn beeinflußt werden.

*

Amtlich wird aus Magdeburg bestätigt, daß der frühere **Chauffeur des verhafteten Direktors Haas**, Reuter, **in Haft** genommen worden ist. Ueber die Gründe der Verhaftung bewahren die Magdeburger Stellen Stillschweigen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Niederlassungsfrage,

die am Montag wieder aufgenommen werden sollten, mußten nochmals bis Freitag vertagt werden, weil die endgültige Fassung des neuen polnischen Ausländergesetzes noch nicht feststeht. Das polnische Kabinett wird, wie verlautet, erst am Dienstag zu dem Gesetz, das im Verordnungswege erlassen werden soll, Stellung nehmen.

Das polnische Ermächtigungsgesetz in Kraft.

Warschau, 3. August. (Eigener Funkbericht.)

Der Sejm lehnte am Montag abend die vom Senat vorgeschlagenen Verbesserungsanträge zu dem Ermächtigungsgesetz ab und verabschiedete dieses Gesetz sowie den Entwurf über die Ausdehnung der Rechte des Präsidenten und der Regierung. Die beiden Gesetze werden in den nächsten Tagen im amtlichen Gesetzblatt erscheinen und damit **Gesetzeskraft** erlangen. Die von der Linken beantragte **Auflösung des Sejm** wurde **abgelehnt**.

Wirtschaft.

Kohlenjahr 1925/26.

Der Reichskohlenverband legt soeben ein- und einen Bericht über den wirtschaftli des Geschäftsjahres vom 1. April 1925 bis 31. Die gesamte Steinkohlenförderun wird für das Jahr 1925 mit 1186,5 Millione angegeben. Gegenüber dem Jahr 1924 bedeut nahme von 8,2 Millionen Meter-Tonnen oder gegenüber dem Jahre 1913 jedoch einen Rückga lionen Tonnen = 2,5 Prozent. Setzt man d Jahre 1913 (1216,8 Millionen Meter-Tonnen) sich für das Jahr 1924 eine Verhältniszifferr das Jahr 1925 eine solche von 97,5 gegenüber 104 wo wir die höchste Steinkohlenproduktion sei Krieges zu verzeichnen hatten. Der Anteil Weltförderung (539,6 Millionen Meter-Tonnen Millionen im Jahre 1913) ist gegenüber 1924 gefallen und bleibt mit 4,39 Prozent hinter von 1913 zurück. Amerikas Anteil (541,6 M Tonnen) ist gegenüber 1924 um 0,62 Prozent ge trifft den Friedensstand um 1,93 Prozent. Im hatte Europa wieder die erste S Weltsteinkohlenförderung errunge den ersten Platz im Laufe des Jah Amerika abtreten. Die übrigen Erdte Anteil an der Weltsteinkohlenproduktion gege unwesentlich verändert. Asien und Afrika we Steigerung, Ozeanien einen kleinen Rückgang zu

Ueber den Anteil der europäische der europäischen Kohlenförderung unterrichtet folg stellung:

	1913 (in Millione
England	292
Deutschland (ohne Saarbezirk, Pfalz, Oberschlesien und Elsaß-Lothringen)	140,8
Saarbezirk	12,4
Pfalz	0,8
Polnisch-Oberschlesien	32,3
Frankreich (ohne Elsaß-Lothringen)	40,1
Belgien	22,8
Holland	1,9
Tschechoslowakei	14,3
Deutschösterreich und Ungarn	1,4
Polen ohne Polnisch-Oberschlesien	8,9
Rußland	27,3
Spanien	4
Jugoslawien	3,5
übrige Länder	0,5

Die englische Förderung hat sich, wenn ma im Jahre 1913 gleich 100 setzt, gegenüber dem 92,9 auf 85,1 gesenkt. In Polnisch-Oberschlesien Senkung bei der gleichen Voraussetzung von Frankreich (ohne Elsaß-Lothringen) konnte seine 96,5 auf 104,2, Holland die seine von 310,5 auf 3 land von 84,4 auf 94,2 erhöhen.

Die Braunkohlenförderung der dem Bericht für 1925 mit 177 866 000 Tonnen a über 164 416 000 Tonnen im Jahre 1924 und Jahre 1913. Setzt man die Förderung im Jahre so vermochte Deutschland seine Produktion von Deutschösterreich die seine von 106,3 auf 116,7, 117,4 auf 125,9, Italien von 150,1 auf 215,2 u 1767,9 auf 1702,1 zu steigern. Bei den gleichen fiel die Förderung in der Tschechoslowakei vor in Spanien von 148,7 auf 139,4 in Polen vo in Rußland von 42,7 auf 30,7 und in den Ver von Nordamerika von 455,5 auf 452,1.

Die Koksherstellung der Welt erg gangene Jahr 96 292 000 Tonnen gegenüber 92 im Jahre 1924 und 107 285 000 im Jahre 1913. wenn die Förderung im Jahre 1913 = 100 ist, zu steigern: Deutschland von 68,73 auf 77,41, der 12,15 auf 14,74, die Vereinigten Staaten von und Kanada von 90,08 auf 96,31. Zurückgegan duktion in England von 118,08 auf 76,89, in 114,22 auf 76,73, in Belgien von 118,08 auf 11 Tschechoslowakei von 86,61 auf 74,05. In andere in Polen ist sich die Herstellung im Jahre 1925 Jahre 1924 ungefähr gleichgeblieben.

Der überall festzustellende Rückgang in der natürlich auf den Stand der Belegschaft Wir geben über die Bewegung folgende Zusam

	1913	1924
	(Kopfzahl der Bele	
Deutschland	515 843	580 245
England	1 127 833	1 213 724
Frankreich	195 833	281 715
Belgien	146 084	169 518
Holland	9 715	29 612
Vereinigte Staaten	747 627	779 613

Die Arbeitszeit stellte sich im Jahre land und in den Vereinigten Staaten auf durchschnittlich 8 bis 10 Stunden, in England auf 8½ Stunden, in Frankreich, Belgien auf 9 Stunden und in Holland auf 8 Stunden. Sie betrug 1925 in Deutschland 8 bis 8½ Stunden, in England 7½, in Frankreich, Belgien, Holland und in den Vereinigten Staaten 8 Stunden.

Ueber die Belegschaftsbewegung in den deutschen Steinkohlenrevieren ist folgendes mitzuteilen: Das Ruhrgebiet einschließlich linker Niederrhein ohne Ibbenbüren hatte 1914 eine Belegschaft von 370 572 Köpfen und 1920 eine solche von 469 781 Köpfen. Im Verlauf des Jahres 1925 senkte sich die Belegschaftsziffer von 443 552 im Jahre 1924 auf 409 404. Im Januar, Februar und März 1926 erfolgte ein weiterer Abbau auf 368 176 bzw. 362 507 bzw. 357 294. Für Deutsch-Oberschlesien werden für 1924: 30 476 beschäftigte Bergleute angegeben. Es trat bis zum Jahre 1918 eine Erhöhung auf 37 961 und bis zum Jahre 1923 eine solche auf 49 026 ein. Für Ende 1925 stellt sich der Stand der Belegschaft auf 44 694 und für Ende März 1926 auf 47 626. Für Niederschlesien gelten folgende Zahlen: 1914 = 25 619, 1920 = 39 230, 1923 = 43 552, Ende März 1926 = 28 350 und für Sachsen 24 846 bzw. 34 376 bzw. 57 055 bzw. 25 082. Der Stand der Belegschaft im Braunkohlenbergbau ohne Nebenbetriebe betrug im Braunkohlenbergbau östlich der Elbe 1913 = 15 444, Ende März 1926 = 23 306, im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau westlich der Elbe einschließlich Kassel 23 098 bzw. 34 772 und im rheinischen Braunkohlenbergbau ohne Westerwald und Land Hessen 10 325 bzw. 6293.

Die Ausnutzung des englischen Streiks durch den polnischen Bergbau.

Der polnische Bergbau konnte im Monat Juli seinen Kohlenexport ganz beträchtlich steigern. So erhöhte sich die Ausfuhr nach den englischen Häfen von 28 000 Tonnen in der ersten Junihälfte auf 302 000 Tonnen in der ersten Hälfte des Monats Juli. Wie es heißt, liegen diesen Ausfuhren langfristige Exportverträge zugrunde, die zum mindesten bis Ende 1926 laufen. Das polnische oberschlesische Gebiet konnte von der gebesserten Konjunktur aber nicht in dem Maße profitieren wie Dombrowa und Krakau.

meldet sich und wieder sehen wir uns zurückgestoßen ins Nichts. Mit dem Bezirksleiter wandert seine Tätigkeit in einen abgelegenen Ort, wo er neue Arbeit fand. Und hier wird sie, so gut es geht, durchgehalten, bis die Spannung fast nicht mehr erträglich ist. Die Kraft ist dem Zusammenbrechen nahe — da gibt ein Gedanke der Verzweiflung letzten Schwung: „Schlimmer kann es nicht mehr werden — wir beginnen auf eigene Faust!"

Der Jugendtag in Oels, Pfingsten 1923, ist vorüber; er war ein Erfolg — sein Ertrag garantiert Arbeitsmöglichkeit für ein Jahr. Wir reichten den Vertretern der schlesischen Arbeiterbewegung einen Antrag ein, bitten um Erlaubnis, selbst arbeiten zu dürfen. Zu einem eigenen Raum hatten wir es inzwischen gebracht. Verständnisvolle Freunde helfen uns, — darunter die Genossen Dr. Eckstein und Rasch. Sie haben Vertrauen. „Wir wollen sehen, wie es geht!" Andere äußern Bedenken. Der Antrag wird genehmigt, nicht ohne den Vorbehalt, daß etwaige Haftung nicht besteht.

Mittelschlesien hat ein völlig eigenes Jugendsekretariat.

Seit drei Jahren.

Es muß heute zugegeben werden, daß die Schwierigkeiten während der Zeit, wo wir unsere Jugendarbeit in eigene Regie nahmen, oft größer vor uns standen, wie wir je glauben mochten. Wir hatten uns alles, was heute unser eigen ist, erst zu erobern: Ordnung, Hilfskräfte überall, Verbindungen, klare Richtung der geistigen und kulturellen Arbeit, um die der Gesamtverband noch heute wieder entscheidend ringt.

Wenn man aber bedenkt, welche Zeiten wir mitten im ersten Aufbau über uns ergehen lassen mußten und dann sieht, was doch erreicht ist, wird das große Maß der Arbeit deutlich.

Ueber uns brauste der Sturm der Inflation; kein Pfennig Geld war da, der uns mehr gestattete, als die letzte Briefmarke zu kaufen. Dann folgt die Krise der Stabilisierung, die von uns begonnen wurde mit einem Kassenbestand von 35 Rentenmark, und kaum richtig erholt, setzte die jetzt schon Monate dauernde Erwerbslosigkeit ein, die uns wohl erhöhte Ausgaben zuweist, aber auch einen Einnahmeausfall von ziemlicher Höhe herbeiführt.

Trotzdem können wir zufrieden sein! Nach außen ist die schlesische Arbeiterjugend geachtet und erfreut sich nach aller Richtungen hin besten Ansehens. Von den zuständigen Behörden wird ihre Tätigkeit als wertvoll rückhaltslos anerkannt. Sie nimmt aber auch gerade durch starke Erfassung der arbeitenden Jugend allen öffentlich-rechtlichen Körperschaften wesentliche Aufgaben ab

Innen haben wir trotz aller schweren Tage kein Mitglied verloren; ständig sind wir gewachsen. Auch in kritischer Lage hielt unsere Organisation stand und festigte sich. Am Anfang des Jahres 1924 wurde der Bezirk Niederschlesien angegliedert; 1925 übernahmen wir die Bearbeitung von Oberschlesien mit.

Die Zahl der Mitarbeiter ist gewachsen; seit etwa zwei Jahren können wir von einem festen Stamm reden, dessen Ausbau wir uns angelegen sein lassen. Mit allen Freunden stehen wir in bester persönlicher Verbindung, die der Gesamtarbeit den inneren Halt gibt.

Ebenso arbeiten unsere Gruppen pünktlich und erfreulich, soweit es die gegebenen Möglichkeiten nur irgend zulassen. Selbstverständlich ist, daß auf der ganzen Linie noch viele Fragen gelöst werden müssen. Eine Arbeitslinie hat sich aus praktischer Erfahrung herausgebildet, die alle solche Notwendigkeiten festlegt.

Wir streben an:

1. Wir brauchen eine feste, gut arbeitende Organisation, um nach außen die nötige Stoßkraft zu haben und nach innen unseren Erziehungsaufgaben nach besten Kräften gerecht werden zu können.
2. Die engste Verbindung mit Gewerkschaften und Partei, zentral und örtlich, ist notwendig. Sie erst gibt unserer Arbeit Nachdruck und Erfolg.
3. Unser Jugendverband darf nirgends fehlen, wo über die Jugend und ihr Leben, über Hilfsmaßnahmen öffentlicher Körperschaften beraten wird, wo geistige Strömungen innerhalb der gesamten Jugend zur Geltung kommen.
4. Die Bewegung muß eine eigene, feste, wirtschaftliche Grundlage haben und ihre Erziehungsarbeit durch geeignete Maßnahmen wirtschaftlicher Natur (Jugendheime, Ferienheime) stützen und vertiefen.
5. Die Erziehungsarbeit muß in der Zielsetzung ständig klarer, in der Auswirkung immer gründlicher werden. Die Methoden bedürfen dauernder Prüfung und Verbesserung. Der Erfolg muß die Einmündung klarer, willensstarker und überzeugter Kämpfer in die Arbeiterbewegung sein.

In bezug auf das vierte Gebiet dieser Arbeit haben wir keine Mühe gescheut, voranzukommen. Außer dem großen schönen Ferienheim in Striegau besitzt der schlesische Verband zehn mehr oder weniger große andere Heime, die den verschiedensten Aufgaben dienen. Alle wuchsen aus eigener schwerer Arbeit.

Wir sind froh, daß diese Arbeit geleistet werden konnte; in solchen Werken gewinnt unsere Idee Gehalt und ihr Einfluß auf den Geist und die Festigkeit in der Bewegung ist unschätzbar.

Niemand könnte leugnen, daß uns noch viel zu tun bleibt. Noch sind wir längst nicht über den Berg. Von vielen Schwierigkeiten und Sorgen berichtet der letzte Abschnitt. Aber wir hoffen es zu schaffen.

R. Z.

Die auf der Landstraße gehen . . .

Von Henni Lehmann.

Wanderlust ist dem Deutschen eigen. Vom Wandern singen seit alter Zeit die beliebtesten Volkslieder. Das Wandern der mehr als die Alten wanderlustigen Jugend ist heute systematisch geordnet in allerlei Wander- und Jugendorganisationen, hat sich Jugendherbergen und andere Einrichtungen geschaffen. Dies gesunde natürliche Wandern geschieht von der Heimat, von der Arbeits- oder Unterrichtsstätte aus, um wieder zur Heimat zurückzuführen. Daneben hat es schon vor Jahrhunderten ein Wandern gegeben, das mit gewissen Berufen eng verbunden war, — der wandernde Handwerksbursch, der fahrende Schüler. Auch dies war ein geordnetes Wandern, denn wenn die Wandernden unterwegs auch einmal an den Türen einen „Zehrpfennig" erbaten, so kehrten sie doch wieder ein bei ihrer Innungsherberge oder Burschenschaftsmensa. Außerdem gab es allerlei fahrendes Volk, Gaukler, Schausteller, die in Zigeunerart von Markt zu Markt zogen. Schauspieler galten noch im Beginn des 18. Jahrhunderts als fahrendes Volk. Doch außer diesem Berufswandern gibt es noch ein anderes Wandern, ein Wandern, bei dem die Landstraße zur Heimat, ja zum Lebensunterhalt, wird, ein Wandern von solchen, die meist im Frühjahr eine unbeherrschte Sehnsucht hinaustreibt, die am Wegrande nächtigen, bis sie die Winterkälte zwingt, wieder irgendwo einen Unterschlupf zu suchen, wenn nicht anders, auch einmal im Gefängnis. Das sind die gewohnheitsmäßigen Bettler, die Vagabunden, Kunden und Tippelbrüder. Unter ihnen sind vielleicht manche, die von früh an von einem krankhaften Wanderhang beherrscht wurden, aber viele sind zunächst aus irgendeinem Grunde hinausgegangen, um anderswo eine bleibende Stätte zu finden. Diese haben sie so lange gesucht, ohne zu finden, bis sie auf der Landstraße heimisch wurden.

Das Wandern der Jugendlichen, wenn es ziellos und ungeordnet ist, bedeutet so immer eine Gefahr. Unter anderen üblen Nachkriegserscheinungen ist auch die Zunahme des ungeordneten Wanderns der Jugendlichen. Mädchen kommen selten in Betracht, meist handelt es sich um junge Männer zwischen 14 und 20 Jahren, dabei die Höchstzahl die über 17jährigen, die oft nach beendeter Lehrzeit hinausgehen, weil sie keine neue Arbeitsstelle haben. Auch ungelernte Arbeiter und jugendliche Handlungsgehilfen bilden einen großen Prozentsatz der Wanderer. Die Zunahme des Jugendwanderns ist ganz natürlich durch die Nachkriegsverhältnisse bedingt. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, die das Leben in der Häuslichkeit unbehaglich macht. Aus den jeweiligen Zeitverhältnissen erwächst auch die Richtung, welche die Wanderbewegung wechselnd nimmt. So nahm sie während der Besetzung zu aus den besetzten und dem Ruhrgebiet vo Westen nach Osten. Andererseits findet vielfach eine Abwanderung statt aus ländlichen östlichen Gebieten nach Westen und in die Städte, stellenweise von solchen, die Lust zur Seefahrt haben, die ja immer den Abenteurersinn der Jugend lockt, in bestimmte nordische Küstenstädte, nach Hamburg und anderen. Es bilden sich da ganz bestimmte Wanderstraßen heraus. Die Maßregeln, die man bis jetzt getroffen hat, um solche Jugendlichen vor der Gefahr zu bewahren, lebenslang zu Landstreichern zu werden, sind bisher noch wenig ausreichend. Es müssen da eine ganze Reihe von Stellen zusammenarbeiten, wenn ein Erfolg erzielt werden soll, die polizeilichen Meldestellen, die Arbeitsnachweise und Berufsberatungen, die Jugendämter, die Vormundschaftsbehörden, unter Umständen auch Organisationen der freien Liebestätigkeit oder der Jugendrichter. Es kommt immer wieder darauf an, den Jugendlichen zunächst an dem Ort, an dem sie zuwandern, eine geordnete Unterkunft zu schaffen und ihnen möglichst eine Arbeitsstelle nachzuweisen. Vereinzelt scheinen die Gewerkschaften — so in Stuttgart — ein Ledigenheim geschaffen zu haben, in dem junge Wanderer kürzer oder länger übernachten können. Auch für die Arbeiterwohlfahrt würde, wo sie die Mittel beschaffen kann, hier eine Aufgabe vorliegen.

Wenn es möglich ist, wenn nicht ungeordnete häusliche Verhältnisse gerade den Grund zur Abwanderung des Jugendlichen gaben, soll möglichst versucht werden, die Jugendlichen wieder in ihre Familien zurückzuführen und ihnen am Heimatort eine Tätigkeit zu suchen. Nicht selten muß da auch einmal zwischen Eltern, die den Sohn, der sich ohne ihr Wissen entfernt hat, nicht wieder aufnehmen wollen, und dem Jugendlichen menschlich vermittelt werden. Um die Jugendlichen, die an fremdem Orte bleiben, muß man sich sorglich bekümmern, wenn es gelingt, sie Jugendorganisationen zuzuführen, so ist das ein guter Schutz. Unter den Wandernden befindet sich aber auch eine Anzahl nicht normaler Schwachsinniger, Arbeitsscheuen, auch sexuell abnorm Veranlagter. Bei diesen wird manchmal nichts anderes übrig bleiben, als sie in Anstalten unterzubringen oder der Fürsorgeerziehung zu überweisen. Für wandernde Mädchen — sie sind, wie schon gesagt, selten — muß eine geordnete Polizeipflege durch Polizeipflegerin oder Fürsorgerin vorgesehen sein. Keinesfalls darf hier der männliche Polizeibeamte, der Schutzmann, in Funktion treten. Das Helfersystem der Arbeiterorganisationen sollte überall der Frage der wandernden Jugend Aufmerksamkeit schenken und im Hinblick auf sie ausgebaut werden.

Goldbergerin verlobt.

Hartha bei Greifenberg. Durch giftige Gase betäubt. Zwei Arbeiter waren in der zu unserem Ort gehörigen Kolonie Karlsberg damit beschäftigt, in einen seit langer Zeit zugedeckten Brunnen eine Rohrleitung zu legen. Plötzlich brach der eine besinnungslos zusammen. Die lauten Hilferufe seines Kameraden wurden glücklicherweise von anderen Arbeitern gehört, die beide Männer heraufbeförderten. Belebungsversuche waren zunächst erfolglos war. Erst ein Arzt hatte Erfolg. Es liegt Kohlensäurevergiftung vor.

Hirschberg. Ein Kinderballon von Brüssel nach dem Riesengebirge geflogen. Ein Fabrikmädchen in Hirschberg-Cunnersdorf fand einen kleinen Kinderballon der nach der dem Ballon anhängenden Karte anläßlich eines Entfernungsweltbewerbes zugunsten der Kriegsblinden in der Brüsseler Vorstadt „Ixellos" von einer gemeinnützigen Gesellschaft aufgelassen worden war. Dem Finder, der die Karte unfrankiert zurücksendet, war ein Andenken versprochen worden.

Roßberg bei Beuthen. Eine aufregende Verbrecherjagd spielte sich in Roßberg bei Beuthen ab. Als die Kriminalpolizei eine mehrköpfige Verbrecherbande verhaften wollte, wurde gegen die Beamten ein regelrechtes Feuergefecht eröffnet. Die Verbrecher flüchteten in ein Straßenbahndepot. Trotzdem sofort ein Kommando Schutzpolizei das Depot durchsuchte, gelang es den Banditen, zu entwischen und über die polnische Grenze zu entkommen.

Beuthen O.-S. Dammbruch bei Peiskretscham. Infolge der starken Regenfälle der letzten Nacht rutschte heute vormittag bei der Einfahrt eines Güterzuges in den Bahnhof Peiskretscham der Damm des Güterzugeinfahrgleises in einer Länge von etwa 60 Metern. Der Güterzug konnte noch rechtzeitig zum Halten gebracht werden. Bei einer späteren Erdbewegung stürzten vier Güterwagen um. Sachschaden ist nicht entstanden. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Ausbesserungsarbeiten sind im Gange.

! Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben !

Schmeckten doch manche derartige Suppen nur nach Salz und einem ungewissen Etwas. Doch heutzutage, wo wir in Knorr Suppenwurfl ein Fabrikat besitzen, das nach jahrelangen, endlich mit Erfolg gekrönten Versuchen, dank sorgfältigster Auswahl und Zusammenstellung der besten Rohstoffe, eine Suppe ergibt, die auch den verwöhntesten Gaumen befriedigt, kann wirklich jede Hausfrau, und wäre ihre Küche noch so vornehm, darauf verzichten, die einzelnen Zutaten für eine Suppe zusammenzukaufen und herzurichten. Dabei ist eine Knorr-Suppe schnell und kinderleicht herzustellen, bedarf keiner weiteren Zusätze und kostet nur 6 Pf. pro Teller. Knorrsuppe in Wurstform gibt es als Erbs fein, Erbs mit Reis, Erbs mit Speck, Ochsenschwanz, Blumenkohl, Pilz, Spargel, Grünkern, Krebs, Tomaten, Eiersternchen, Eierfadennudeln, Eierringe, Eierriebele.

Stuhlverstopfung im Sommer. Die Darmfrage ist im Sommer die ernsteste Frage aller Gesundheitsfragen. Nachdem der Darm einen langen Winter hindurch vollgepfropft wurde, nachdem der Körper durch schädliche Stoffwechselprodukte, Nahrungs- und Genußgifte usw. vom Darm aus mit Krankheitsstoffen überladen wurde, muß nunmehr im Sommer die Darmfunktion geregelt werden, weil ohne die Ausscheidungstätigkeit des Darmes auch die anderen Ausscheidungsorgane (Nieren, Leber, Drüsen usw.) nicht normal funktionieren können, und weil durch Stockung dieser lebenserhaltenden Ausscheidungsfunktionen die allerweisten Krankheiten entstehen. Wenn im Sommer „Alles lebt", dann darf der Darm nicht untätig, nicht tot, nicht verstopft sein! Mit Pillen, Pulvern und Abführmitteln betreibt man keine Darmkultur und „heilt" keine Krankheiten! Professor Dr. Geweckes „Brotella" ist eine Darmdiät statt schädlicher Abführmittel, die den trägen Darm neu trainiert, die den verstopften Darm reinigt, die den trockenen Darm fettet und schleimt. „Brotella" ist eine Diät, die den schwachen Darm kräftigt und durch Erziehung zur Arbeit die peristaltische Kraft des Darmes wieder belebt. „Brotella-kalt" im Sommer mit Zusatz von frischen Früchten aller Art, Fruchtsäften oder saurer Milch ist eine Delikatesse, auch für verwöhnteste Ansprüche, dabei ein billiges, nahrhaftes Frühstück und Abendessen: 1 Teller = 10 bis 15 Pf.

Wasserstand

2. August.

Ratibor	5,58	Ransern (Unter-Pegel)	4,95
Neiße (Stadt) v. 30. 7.	4,59	Dyhernfurth	3,82
Neißemündung (Unter-Pegel)	4,35	Abflußmenge sekundlich 409 cbm	
Brieg (Mastenkran)	4,77	Fürstenberg v. 30. 7.	1,68
Treschen	2,78	Wassertemp.: +15,0°.	

Probleme der sozialistischen Wirtschaft und des Sozialisierens.

Von Fritz Lewy (Breslau).*)

Der Weg des Sozialismus geht von der Utopie über die Wissenschaft zur Tat. Dieser Weg ist im Unterbau unserer Gesellschaft vorgezeichnet, nur daß er jetzt noch unter dem Gestrüpp jener ideologischen Strömungen verborgen liegt, die ihre mangelnde Zeitgemäßheit durch die jeweilig moderne „Psychologie" verdecken. Die Forderung: Man muß den Krieg im Frieden vorbereiten, gilt eben nicht nur für den Völkerkrieg, sondern auch für den Klassenkampf. Bereite die Sozialisierung vor, bevor die politische Revolution ungeheure Aufgaben stellt, die ohne solche Vorbereitung nicht bewältigt werden können. Gewiß lehnte Marx es ab, „Rezepte für die Kochtöpfe der Zukunft zu schreiben"; nichts lag ihm jedoch ferner, als der „Entwicklung" alles zu überlassen und auf die Anbahnung und Organisation des Sozialismus, auf die Sozialisierung also, zu verzichten. Es ist eben sinnlos, aus reiner Phantasie im sozialleeren Raum Pläne zu konstruieren. „Konstruktiver Sozialismus" ruht auf der Kenntnis der gegebenen Verhältnisse; wir müssen das feindliche Land ausspionieren und in unseren Kriegskarten aufnehmen; das ist die Periode des Sozialismus als Wissenschaft, in der Marx die Analyse der kapitalistischen Wirtschaft gegeben hat, und wir müssen den Angriffsplan entwerfen und den Angriffspunkt bestimmen, das ist die Periode der Tat, der Konstruktion.

Daß die sozialistische Wirtschaft überhaupt möglich ist, daß sie imstande ist, die kapitalistische zu ersetzen, das setzen wir voraus, obwohl gerade diese Frage heute Gegenstand einer überaus fruchtbaren Diskussion ist. Dies ist das Problem: Ist eine Wirtschaftsordnung denkbar, die planmäßig die Produktivität der Arbeit steigert und die daraus entstehenden Werte nach Grundsätzen der Gerechtigkeit verteilt, und die doch ohne den kapitalistischen Hebel des Fortschritts und ohne die Initiative des selbständigen Unternehmers auskommt? Darauf ist in Kürze dies zu erwidern: Produktion und Konsumtion sind im Kapitalismus unbestimmte Größen, deren Zusammenhang durch die irrationale Funktion des Marktes geschaffen wird. In der sozialistischen Wirtschaft sind Produktion und Konsumtion bestimmte Größen, deren Zusammenhang durch die direkte Abhängigkeit der Produktion vom Konsum gegeben ist; hier ist also der Mechanismus des Marktes zu entbehren. Aber in der kapitalistischen Wirtschaft erfolgt die Erhöhung der Arbeitsproduktivität dadurch, daß unabhängig vom Agenten der Produktion der Zwang zum Fortschritt besteht, indem durch die selbsttätige Preisgestaltung die „gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit" bestimmt wird, die den Maßstab darstellt, mittels dessen der Fortschritt meßbar und vor allem berechenbar ist. Ohne eine solche Berechenbarkeit ist natürlich eine Vergesellschaftung der Produktionsmittel, eine Erhöhung der Produktivität, nicht möglich. In der kapitalistischen Wirtschaft wird zur Erhöhung der Produktivität der technische Fortschritt vorausgesetzt, ohne sich freilich direkt nach ihm zu richten; die „Berechnung" erfolgt ja erst hinterher, und die Angleichung mittels der Marktgesetze kann nur unvollkommen sein. In der sozialistischen Wirtschaft werden diese Dinge wieder richtig auf die Beine gestellt. In ihr folgt die Erhöhung der Arbeitsproduktivität direkt dem technischen Fortschritt; gemäß ihren Verteilungsgrundsätzen ist Ueberproduktion oder Unterkonsumtion nicht möglich. Die Funktion des Marktes wird also von der Statistik des Konsums und der Wissenschaft von der Technik übernommen. Die Vorausberechnung ist hier möglich, weil nur mit festen Größen gerechnet wird.

In dieser Richtung also hat die „Aufnahme" des Feindeslandes, die Bestimmung des Kriegszieles zu erfolgen; nunmehr gilt es, Angriffsplan und Angriffspunkt zu schaffen. Da ist natürlich mit allen politischen, wirtschaftlichen, psychologischen Verhältnissen zu rechnen, damit — für unsern Fall — nicht im sozialleeren Raum konstruiert wird. Es ist daher zwecklos, von einem Sozialisierungsplan zu sprechen, der die Möglichkeit der Sozialisierung der ganzen Welt voraussetzt. Wir sprechen also nur von einer „isolierten" Sozialisierung. Sozialisierung, d. i. der Akt des Sozialisierens, des Ueberganges vom vorherrschenden Kapitismus zum vorherrschenden Sozialismus; wir können mit ruhigem Gewissen die Ausgestaltung des Endzustandes der „Entwicklung" überlassen, wenn wir wissen, daß dieser Zustand überhaupt möglich ist, und wenn wir den Wagen dorthin ins Rollen gebracht haben.

Jeder Aufmarschplan setzt voraus, daß das gewählte Gebiet zum Angriff geeignet ist, d. h. in unserem Falle: die Wirtschaft muß „reif" zur Sozialisierung sein. Diese Reife besitzt der Kapitalismus an sich schon; ist er es doch, der die Arbeitsteilung — und damit auch die Vergesellschaftung der Arbeit geschaffen hat und zugleich auch durch die Technisierung der Produktion die für andere Wirtschaftsordnungen „natürliche" Ungleichheit der Menschen aufgehoben bzw. aufhebbar gemacht hat.

Es könnte damit scheinen, daß unser Begriff des „Reifwerdens" nichts anderes besage als das „Sozialistischerwerden" der kapitalistischen Wirtschaft. Nichts falscher als dieser Glaube an die Evolution. Die kapitalistische Wirtschaftsführung schlägt nicht von selbst in die sozialistische um, obwohl bei ihrer Reife ein Umschlag möglich ist. Die Proletarier müssen ausschlagen, dann erst wird der Kapitalismus umschlagen. Man hat gemeint, daß die „Tendenz zur Organisation", die im Kapitalismus vorhanden ist, daß der Zwang und Drang zur Kartellierung zu einem „Generalkartell" führen würde; dieses Generalkartell sei dann nichts anderes als die sozialistische Wirtschaft, insofern in ihm ja der Markt ausgeschaltet und die planmäßige Leitung verbürgt ist. Aber die Vorteile, die ein Kartell privatwirtschaftlich bietet, werden in dem Augenblick ausgeglichen, wo alle Sparten der Produktion sich kartelliert hätten; praktisch würden die Kartelle längst vorher schon durch Außenseiter gesprengt sein. Nicht anders steht es mit dem Gedanken, daß sich die kapitalistische Wirtschaft zum Generalkartell oder doch zur Planwirtschaft durch die Tendenz des Finanzkapitals zur Konzentration in immer weniger Händen, bzw. Banktresors entwickle. Lederer hat diesen Gedanken treffend „Bankiersozialismus" genannt. Nein, es ist nichts mit der ruhigen Entwicklung, der kalten Sozialisierung, dem langsamen Umschlagen. „Ein solcher Umschlag," sagte Hilferding, „kann nur plötzlich stattfinden, durch die Unterstellung der gesamten Produktion unter die bewußte Kontrolle. Wer diese Kontrolle ausübt und wem die Produktion gehört, ist Frage der Macht." An dieser Stelle sehen wir das Verschmelzen der Theorie der Sozialisierung mit der Praxis der politischen Machtergreifung durch das Proletariat.

Ehe wir darauf eingehen, wollen wir uns diesem Problem, zu dem wir von der Wirtschaftstheorie ausgegangen sind, noch von einem Teilproblem der Sozialisierungspraxis aus nähern; es ist die Frage: Teil- oder Vollsozialisierung? Soll man zuerst einige besonders „reife" Wirtschaftszweige — wie Kohle und Eisen — sozialisieren oder soll die gesamte Wirtschaft auf einmal sozialisiert werden? Jedoch auch die nationale Vollsozialisierung ist ein weltwirtschaftliches Problem. Da wir bewußt die Weltsozialisierung aus unserm Ansatz ausgeschlossen haben, kommt auch eine national-isolierte Vollsozialisierung nicht in Betracht. Denn die isolierte vollsozialisierte Wirtschaft muß sich in die internationale Konkurrenz einfügen und wäre der Kapitalflucht und Inflation gegenüber wehrlos. So scheint sich die Wagschale zur Teilsozialisierung zu neigen. Jedoch auch gegen diese bestehen unüberwindbare Bedenken. Wenn sie abhängig gemacht wird von der besonderen Reife des betreffenden Wirtschaftszweiges, so ist anzunehmen, daß die zunächst bedrohten Zweige niemals mehr reif werden, weil die Unternehmer diese Reife sabotieren, die Kapitalisten ihre Kapitalien zurückziehen würden. Kapitalflucht ins Ausland, Zerrüttung des ganzen Wirtschaftslebens und Inflation sind die notwendigen Folgen. Enteignung gegen Entschädigung ist dagegen kein Einwand; denn wenn sinngemäß die Kapitalisten selbst die Entschädigung aufbringen müssen, so sind sie nur zwecks Enteignung entschädigt worden und alle Folgen der entschädigungslosen Enteignung müssen sich einstellen. So stellen sich der „Expropriation der Expropiateure" Schwierigkeiten in den Weg, die unüberwindlich erscheinen.

Jedoch dieser letzte Hinweis kann uns vielleicht einen Schritt weiter führen, indem er uns den günstigsten Angriffspunkt bezeichnet. Sehen wir recht, so ist es gerade die Enteignung der kapitalistischen Unternehmer, worin sich früher die Sozialisierungstheorie erschöpfte, die jetzt so viel Schwierigkeiten bereitet. Marx hatte als Gesetz der kapitalistischen Akkumulation die Selbstenteignung der Kapitalisten, die Kapitalskonzentration und Betriebszentralisation gelehrt. Die großen Kapitalisten fressen die kleinen, die Mittelschichten proletarisieren, wenige Kapitalmagnaten stehen an der Spitze von Riesenorganisationen und die Sozialisierung ist dann wesentlich eine politisch-rechtliche Frage der Besitzübertragung an die Gesellschaft, während die ökonomische Vergesellschaftung schon im Kapitalismus und durch ihn vollzogen ist. Dies trifft nicht zu, und Marx wußte dies wohl. Kleinbetriebe splittern immer wieder ab, und der Kleinbesitz vergrößerte sich, obwohl der Einfluß des Großbetriebes und Großkapitals dauernd wächst. Darum bleiben die Mittelklassen in ungeahntem Umfange erhalten, die Gegenrevolution hat in ihr die Wurzel. Das ist auch der Angelpunkt der Sozialisierung; denn hier übt der Bourgeois im kapitalistischen System eine Funktion aus; hier kann er nicht beseitigt werden ohne Störung des Produktionsapparates, und zwar je industrialisierter und komplizierter der Aufbau des betreffenden Wirtschaftskörpers ist; und auch dort, wo er „ersetzbar" ist, wo nämlich in der Großindustrie der Unternehmer zum Teil durch den Angestellten ersetzt ist, ist er doch nicht restlos und vor allem nicht in einem Zuge zu beseitigen, sofern er nicht Techniker und Produktionsleiter, sondern Kaufmann ist, dessen Initiative im Zirkulationsprozeß des kapitalistischen Marktes nicht plötzlich zu entbehren und zu ersetzen ist.

Man hat vielfach geglaubt, daß man die Zirkulation beherrschen und die Gesamtwirtschaft leiten könne, wenn man das schlagende Herz des kapitalistischen Organismus, die Banken, erfasse und sozialisiere. Es ist gewiß richtig, worauf auch Renner neuerdings hinweist, daß hier, wo der in der Wirtschaft funktionslose Kapitaleigentümer nistet, theoretisch der Angriffspunkt gegeben ist, von dem aus eine Störung der Produktion und der Kapitalszirkulation am wenigsten zu fürchten ist. Jedoch ist dabei übersehen, daß es sich hier wohl um funktionslose Besitzer, doch um fungierendes Kapital handelt, und bei der engen Berührung und Verflochtenheit von Unternehmer und Kapitalisten müssen

*) Als Probe aus den „Jungsozialistischen Blättern", die jetzt Georg Engelbert Graf redigiert.

• Jahrgang. — Nr. 178

ht

lichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend"

reis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 14 Pf auswärts 17 Pf. Anzeigen unter Text gebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro ie fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer mittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition ße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

t in Frankreich vor?

e, Mitglied der Kammer (Paris).

lage hat sich völlig geändert. Die meisten ten in die Regierung zurück, die ihr vor 924 angehört hatten. Der Ministerpräsi-, wie in jenem Jahre und der Kammer-. Man ist versucht zu glauben, daß zwei Nation ausgelöscht seien und der einzige besteht, daß das englische Pfund von m es wenige Wochen vorher 120 Franken te auf 199 Franken stieg, vor wenigen f 240 Franken.

sich nicht voll Rechenschaft zu geben über er augenblicklichen Situation Frankreichs was geblieben ist, wenn man nicht einen eitpunkt der Beendigung des Weltkrieges dann lassen sich die Bewegungen der und die Umwandlung der Bedingungen, Kampf sich vollzieht, verstehen.

es, eine kurze Skizze davon zu geben.

stand von 1918 bedeutete sicherlich für alle ligten Völker — und auch für die anderen Aber ich glaube kaum, daß irgend wer eine empfand, wie der Durchschnittsfranzose. an die ungeheuren Verluste an Menschen nken, die in Frankreich im Verhältnis n anderen Ländern, noch verschärft durch die Empörung, die die Besetzung und die eträchtlichen Gebietes ausgelöst hatten.

Wunderglauben, der immer die Hoffnung igt, und vor dem eine unvollkommene Er- te der Menschen leider noch immer nicht klären, daß die Mehrheit der Bevölkerung Sieg" den „Frieden" bedeute und daß der ler Opfer sei und aus diesem Grunde die tionen" natürlich an erster Stelle der Ver- müssen.

begann das Land seinen Irrtum zu be- ihm kaum Zeit dazu, als der Vertrag von terzeichnet war und die Reihe der anderen oß.

leiner, von der sozialistischen Propaganda Bevölkerung weigerte sich, einen Vertrag mit Gewalt dem Besiegten aufgezwungen nur die Spur einer Diskussion zuzulassen, chnung des Frankfurter Vertrages voraus- Vertrag, dessen Klauseln, die inter- sie ganz außer acht lassend, die allen n wollten, die Schäden des Krieges zu stand dauernden Friedens vorzubereiten, alle Ungerechtigkeiten heiligte und ver- ange hinaus in künstlich geschaffene Kate- in „Sieger" und „Besiegte".

Gedächtnis zurückgerufen zu werden, daß enceau bis 20 Tage vor den allgemeinen rungszustand aufrecht erhalten hatte und essezensur bestand. Daraus ergaben sich igkeiten der Oeffentlichkeit, die ohnedies schon betäubt war, die Wahrheit über die Verhältnisse klar zu machen, unter denen Frankreich während des Krieges und seitdem gelebt hatte und welche Aussichten für die nächste Zeit bestanden. Dazu kommt noch, daß sogar während der Wahlen ein allgemeiner Buchdruckerstreik ausbrechen konnte und in dem zentralisertesten aller modernen Staaten während zwölf Tagen von sämtlichen Blättern der Hauptstadt nur zwei herauskamen.

Man kann ruhig sagen, daß die Wahlen vom 16. November 1919 nicht viel anders ausfielen, als wenn sie am Tage nach dem Waffenstillstand stattgefunden hätten.

Als die Wähler abstimmten, sahen sie durch das Dunkel, das sie umgab, nur zwei Lichtpunkte: das sichere Ende der Schlachten und die Hoffnung auf Beendigung des Elends.

Wenn bei den Wahlresultaten in ihrer Verteilung auf die verschiedenen Parteien sich einige Unterschiede gegen die letzte Wahl ergaben, so hatte dies seine Ursache darin, daß einerseits ein neues Wahlgesetz eine gewisse proportionelle Verteilung auf alle Listen ergab und daß die Reaktionäre andererseits unter dem Namen „Nationaler Block" den sogenannten Proporz sehr zu ihrem Vorteil ausnutzten, indem sie ihre verschiedenen Richtungen auf einer einzigen Liste vereinigten.

Erst von diesem Augenblick an begannen sich die Verschiebungen, die der Krieg in der Zusammensetzung der Klassen in Frankreich herbeigeführt hatte, nach und nach in der Politik bemerkbar zu machen.

Ich will nicht auf die Einzelheiten dieses Erwachens eingehen, das 4½ Jahre später mit dem Sturz des Regimes Poincaré endete. Ich will nur kurz ein paar Punkte herausgreifen.

Der Krieg hatte auf das demokratische Frankreich von 1914 mit seinem Kleinbürger- und Kleinbauerntum, das sich in seinem mäßigen Wohlstand und in seiner sicheren Existenz zufrieden fühlte, zwei entgegengesetzte Wirkungen ausgeübt.

Anfangs war die Regierung gezwungen gewesen, die Produktion und auch bis zu einem gewissen Grade den Handel zu organisieren. Der Krieg hatte auf der einen Seite die kapitalistischen Industrien vermehrt und intensiviert, gestärkt

en sozialen Inhalt des heutigen Staats verlangt, wie Zollvorlagen und Fürstenkompromiß. Selbst aber scht sie um keinen Preis Festlegung, denn die utsche Volkspartei, so fürchtet die „Schlesische tszeitung", könnte sonst rechtsradikalen Anschluß en ... Die würde, meinen wir dagegen, ihre Fahne h nach dem Winde drehen — wenn nur in der Mitte starker und ständiger republikanischer Wind en würde! Ja, wenn ...

Freytagh-Loringhoven mit Mandatsverlust bedroht?

Wir wiesen kürzlich auf Freytagh-Loringhovens auffällige eiligung an einer deutschnationalen Zeitungsgründung weit rhalb Schlesiens, im Wahlkreise Bremen-Oldenburg hin. Er igte sich dort als einziger Auswärtiger und erweckte daher die nutung, daß er auf neuer Mandatssuche sei. Jetzt tigt der rechtsradikale Baltenhäuptling selber, daß er Anlaß olcher Suche hat. In einem Artikel, der seine Partei- de vor engerem Zusammenschluß mit der taktisch günstiger lten Volkspartei warnt, klagt er ironisch wehmütig über folgungen. Wörtlich schreibt er:

„So hat eine große Provinzzeitung, die unter utschnationaler Flagge segelt, es für richtig ge- lten, von vornherein ohne jede Veranlassung zu erklären, daß die Extrem-Konservativen in der eigenen Partei die Schuld gen würden, wenn die von ihr mit Feuereifer gepredigte nigung nicht zustandekomme. Und als sie auf das Verfehlte ser Methode hingewiesen wurde, erklärte sie alle, die ihre un- schickte Taktik nicht billigen, für grundsätzliche Gegner der nigung, drohte mit Leib- und Lebensstrafen, mit Mandats- rlust und dergleichen mehr."

Offenbar ist hier die „Schlesische Zeitung" gemeint, ie schwachen schlesischen Volksparteiler gerne in die Deutsch- nale Partei aufsaugen würde und Stresemann ebenso be- schlucken zu können meint, wie den in ihren Spalten bereits reich deutschnational angepaßten Abgeordneter Metzenthin. die Freude, daß man bei dieser Gelegenheit den abenteuer- Freytagh-Loringhoven los werden könnte, dessen starres hat. Ihre übereinstimmende Auffassung ist, daß Kölling ein unmöglicher Mann ist. Es ist nun die Frage, auf welche Art dieser Auffassung am besten entsprochen werden kann. In dieser Hinsicht haben die Minister unseres Wissens den schnellsten Weg gewählt. Er ist vorläufig nicht in dem sofortigen Antrag auf ein Disziplinarverfahren zu sehen; denn die Durchführung eines solchen Antrages würde, wie der Fall Beuersdorf beweist, vielleicht Monate dauern, ohne daß Herrn Kölling auch nur das Geringste geschieht und an dem jetzigen Stand der Untersuchung in Magdeburg etwas geändert würde. Der freiwillige Rücktritt Köllings, zu dem er grundsätzlich bereit sein soll, ist zunächst zweifellos die beste Gelegenheit, den Skandal in Magdeburg beizulegen, ohne daß die selbstverständlichen Folgewirkungen in bezug auf das disziplinarische Vorgehen der Regierung und die erforderlichen Aenderungen im Gerichtsverfassungsgesetz dadurch auch nur im geringsten beeinflußt werden.

* * *

Amtlich wird aus Magdeburg bestätigt, daß der frühere Chauffeur des verhafteten Direktors Haas, Reuter, in Haft genommen worden ist. Ueber die Gründe der Verhaftung bewahren die Magdeburger Stellen Stillschweigen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen über die Niederlassungsfrage,

die am Montag wieder aufgenommen werden sollten, mußten nochmals bis Freitag vertagt werden, weil die endgültige Fassung des neuen polnischen Ausländergesetzes noch nicht feststeht. Das polnische Kabinett wird, wie verlautet, erst am Dienstag zu dem Gesetz, das im Verordnungswege erlassen werden soll, Stellung nehmen.

Das polnische Ermächtigungsgesetz in Kraft.

Warschau, 3. August. (Eigener Funkbericht.)

Der Sejm lehnte am Montag abend die vom Senat vorgeschlagenen Verbesserungsanträge zu dem Ermächtigungsgesetz ab und verabschiedete dieses Gesetz sowie den Entwurf über die Ausdehnung der Rechte des Präsidenten und der Regierung. Die beiden Gesetze werden in den nächsten Tagen im amtlichen Gesetzblatt erscheinen und damit Gesetzeskraft erlangen. Die von der Linken beantragte Auflösung des Sejm wurde abgelehnt.

Wirtschaft

Kohlenjahr 1925/2

Der Reichskohlenverband legt soeben f und einen Bericht über den wirtschaft des Geschäftsjahres vom 1. April 1925 bis Die gesamte Steinkohlenförder wird für das Jahr 1925 mit 1186,5 Milli angegeben. Gegenüber dem Jahr 1924 bed nahme von 8,2 Millionen Meter-Tonnen od gegenüber dem Jahre 1913 jedoch einen Rüc lionen Tonnen = 2,5 Prozent. Setzt man Jahre 1913 (1216,8 Millionen Meter-Tonner sich für das Jahr 1924 eine Verhältniszifte das Jahr 1925 eine solche von 97 5 gegenüber wo wir die höchste Steinkohlenproduktion Krieges zu verzeichnen hatten. Der Ante Weltförderung (539,6 Millionen Meter-Ton Millionen im Jahre 1913) ist gegenüber 19 gefallen und bleibt mit 4,39 Prozent hint von 1913 zurück. Amerikas Anteil (541,6 Tonnen) ist gegenüber 1924 um 0,62 Prozent trifft den Friedenssatz um 1 83 Prozent. hatte Europa wieder die erste Weltsteinkohlenförderung errun den ersten Platz im Laufe des J Amerika abtreten. Die übrigen Er Anteil an der Weltsteinkohlenproduktion g unwesentlich verändert. Asien und Afrika Steigerung, Ozeanien einen kleinen Rückgang

Ueber den Anteil der europäi der europäischen Kohlenförderung unterrichtet stellung:

	1913 (in Milli
England	292
Deutschland (ohne Saarbezirk, Pfalz, Oberschlesien und Elsaß-Lothringen)	140 8
Saarbezirk	12,4
Pfalz	0,8
Polnisch-Oberschlesien	32 3
Frankreich (ohne Elsaß-Lothringen)	40,1
Belgien	22,8
Holland	1 9
Tschechoslowakei	14,3
Deutschösterreich und Ungarn	1,4
Polen ohne Polnisch-Oberschlesien	8,9
Rußland	27,3
Spanien	4
Jugoslawien	3 5
übrige Länder	0,5

Die englische Förderung hat sich, wenn im Jahre 1913 gleich 100 setzt, gegenüber d 92,9 auf 85,1 gesenkt. In Polnisch-Oberschle Senkung bei der gleichen Voraussetzung Frankreich (ohne Elsaß-Lothringen) konnte 96,5 auf 104,2, Holland die seine von 310,5 ar land von 84,4 auf 84 2 erhöhen.

Die Braunkohlenförderung d dem Bericht für 1925 mit 177 866 000 Tonn über 164 416 000 Tonnen im Jahre 1924 Jahre 1913. Setzt man die Förderung im J so vermochte Deutschland seine Produktion 1 Deutschösterreich die seine von 106,3 auf 1 117,4 auf 125,9, Italien von 150,1 auf 215, 1767,9 auf 1702,1 zu steigern. Bei den glei fiel die Förderung in der Tschechoslowakei in Spanien von 148,7 auf 139,4 in Polen in Rußland von 42,7 auf 30,7 und in den von Nordamerika von 455,5 auf 452 1.

Die Koksherstellung der Welt gangene Jahr 96 292 000 Tonnen gegenüber im Jahre 1924 und 107 285 000 im Jahre 1 wenn die Förderung im Jahre 1913 = 100 zu steigern: Deutschland von 68,73 auf 77,41, 12,15 auf 14,74, die Vereinigten Staaten v und Kanada von 90,08 auf 96,31. Zurückge duktion in England von 118,08 auf 76,89, 114,22 auf 76,73, in Belgien von 118,08 au Tschechoslowakei von 86,61 auf 74,05. In an in Polen ist sich die Herstellung im Jahre Jahre 1924 ungefähr gleichgeblieben.

Der überall festzustellende Rückgang in natürlich auf den Stand der Belegsch Wir geben über die Bewegung folgende Zi

	1913 (Kopfzahl	192 der
Deutschland	515 843	580
England	1 127 833	1 213
Frankreich	195 833	281
Belgien	146 084	169
Holland	9 715	29
Vereinigte Staaten	747 627	779

Die Arbeitszeit stellte sich im Jahre 1913 in Deutsch land und in den Vereinigten Staaten auf durchschnittlich 8 bis 10 Stunden, in England auf 8½ Stunden, in Frankreich, Belgien auf 9 Stunden und in Holland auf 8 Stunden. Sie betrug 1925 in Deutschland 8 bis 8½ Stunden, in England 7½, in Frankreich, Belgien, Holland und in den Vereinigten Staaten 8 Stunden.

Ueber die Belegschaftsbewegung in den deutschen Steinkohlenrevieren ist folgendes mitzuteilen: Das Ruhrgebiet einschließlich linker Niederrhein ohne Ibbenbüren hatte 1914 eine Belegschaft von 370 572 Köpfen und 1920 eine solche von 469 781 Köpfen. Im Verlauf des Jahres 1925 hatte sich die Belegschaftsziffer von 442 552 im Jahre 1924 auf 409 404. Im Januar, Februar und März 1926 erfolgte ein weiterer Abbau auf 368 176 bzw. 362 507 bzw. 357 294. Für Deutsch-Oberschlesien werden für 1924: 30 478 beschäftigte Bergleute angegeben. Es trat bis zum Jahre 1918 eine Erhöhung auf 37 961 und bis zum Jahre 1923 eine solche auf 49 026 ein. Für Ende 1925 stellt sich der Stand der Belegschaft auf 44 694 und für Ende März 1926 auf 47 626. Für Niederschlesien gelten folgende Zahlen: 1914 = 25 619, 1920 = 36 230, 1923 = 43 552, Ende März 1926 = 28 350 und für Sachsen 24 846 bzw. 34 376 bzw. 37 055 bzw. 25 082. Der Stand der Belegschaft im Braunkohlenbergbau ohne Nebenbetriebe betrug im Braunkohlenbergbau östlich der Elbe 1913 = 16 44, Ende März 1926 = 23 306, im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau westlich der Elbe einschließlich Kassel 23 098 bzw. 34 772 und im rheinischen Braunkohlenbergbau ohne Westerwald und Land Hessen 10 325 bzw. 6293.

Die Ausnutzung des englischen Streiks durch den polnischen Bergbau.

Der polnische Bergbau konnte im Monat Juli seinen Kohlenexport ganz beträchtlich steigern. So erhöhte sich die Ausfuhr nach den englischen Häfen von 28 000 Tonnen in der ersten Julihälfte auf 102 000 Tonnen in der ersten Hälfte des Monats Juli. Wie es heißt, liegen diesen Ausfuhren langfristige Exportverträge zugrunde, die zum mindesten bis Ende 1926 laufen. Das polnische oberschlesische Gebiet konnte von der gebesserten Konjunktur aber nicht in dem Maße profitieren wie Dombrowa und Krakau.

sich bei einem Eingriff an dieser Stelle alle Folgen der Störung des Mechanismus ergeben. Dennoch liegt hier in einer anderen Richtung der gesuchte Angriffspunkt. Je mehr sich die Entwicklung fortsetzt, auf die Hilferding hingewiesen hat, daß die Privatwirtschaft heute nicht mehr mit dem Finanzkapital auskommt und auf öffentlich-staatliche Gelder zurückgreifen muß, desto mehr wird von der Zirkulationssphäre aus die Beherrschung der Gesamtwirtschaft möglich und notwendig sein, um so leichter und moralisch einsichtiger — bei sich verschärfender Gegensätzlichkeit der Klassen und Einengung der der Lebensmöglichkeit der Mittelklassen — die Expropriation der reinen Besitztitel.

Damit ist denn die theoretische Grundlage der Sozialisierung gegeben. Die automatische Sozialisierung in der oben angegebenen Richtung ist nicht eingetreten, weil Organisationstendenzen sich ihr entgegensetzten: Kartelle und ähnliche Organisationen sowie Monopole haben den freien Marktverkehr beseitigt, die kapitalistische Wirtschaft zu einer „Profitrributwirtschaft" (Staudinger) umgebildet. Mit dieser Umbildung ist auch die Entwicklung der reinen Marktwirtschaft im angegebenen Sinne umgebogen worden. Diese Entwicklung muß also wieder hergestellt werden, und wie es heute der Staat ist, durch dessen Beherrschung die Kapitalisten jene Umbiegung erreicht haben, so muß er es sein, der als Machtinstrument der proletarischen Klasse zur ursprünglichen Entwicklungstendenz zurücklenkt.

So steht am Anfange der Sozialisierung notwendig die politische Revolution, durch die sie eingeleitet wird. Die Evolution beginnt erst nach der Revolution.

Sozialistisch ist das Wirtschaften im Hinblick auf den zu deckenden Bedarf. Dieses Prinzip ist im Kapitalismus nur auf dem Umwege über den Markt und damit nur unvollkommen zu erreichen. Sozialistische Zellen und Inseln können sich in dem kapitalistischen Strom nicht halten, aber „gemeinwirtschaftliche" Organisationsformen in Verbindung mit Konsumentenorganisationen bilden dennoch Ansätze, die im kapitalistischen Staat nicht zur Entfaltung kommen können, im proletarischen jedoch gedeihen werden. Denn was sie zur Entfaltung brauchen, ist Kredit; Kredit (nicht Subvention) gibt ihnen der proletarische Staat aus öffentlichen Mitteln. So entsteht unter den verschobenen politischen Umständen ein Konkurrenzkampf zwischen dem kapitalistischen und sozialistischen Prinzip auf dem Boden des Kapitalismus selbst; den Ausgleich zu Gunsten des sozialistischen Prinzips gibt die politische Macht der Arbeiterschaft. Der staatliche Kredit macht die gemeinwirtschaftlichen Betriebe konkurrenzüberlegen, die vertikale Organisation der Gemeinwirtschaft vom Produzenten bis zum Konsumenten beseitigt oder mildert doch die Krisen. Der Mittelstand verschwindet, weil er im Wirtschaftsprozeß funktionslos wird; mit ihm die Hilfsmittel der Gegenrevolution; die proletarische Diktatur gewinnt durch ihren konstruktiven Sozialismus die Mehrheit und entwickelt sich zur sozialen Demokratie. Die vergesellschaftete kapitalistische Wirtschaft geht in die kommunistische über, denn dieser Uebergang ist wesentlich ein Problem des veränderten Denkens und Wollens und der Organisation. Ein Unternehmerstreik ist im Uebergange nicht zu fürchten; denn der offene Markt bleibt erhalten, und die Unternehmer müssen weiter ihre Funktionen ausführen, um zu leben. Das Privateigentum wird rechtlich nicht angetastet, es enteignet sich gegenseitig selber, bis es im Wirtschaftskampfe der Gemeinwirtschaft unterliegt.

Ganz ohne Verluste wird es natürlich nicht abgehen; denn die politische Revolution erfolgt mit größter Wahrscheinlichkeit nach einem verlorenen Krieg oder in der Krise. Daß man Schulden nicht sozialisieren kann, ist richtig; aber der kapitalistische Aufbau ist, wie sich gezeigt hat, nicht weniger kostspielig, als es der sozialistische sein kann. Die zu beschleunigende Umbildung der gewerkschaftlichen Berufsverbände zu Industrieverbänden, die ihr Schwergewicht in der Ganzheit der Betriebe haben, wird uns auch eine ganz andere Stellung geben, als sie es 1918 war und einen Produktionsausfall bis auf ganz seltene Ausnahmen vermeiden lassen.

Soziale Forderungen des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände.

Auf der letzten Sitzung des Reichsausschusses der deutschen Jugendverbände, die am 18. Mai in Berlin stattfand, wurde die Erwerbslosigkeit der Jugend behandelt. Nach längerer Aussprache wurde folgende Entschließung angenommen:

„Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände bittet die gesamte deutsche Oeffentlichkeit, den Gefahren, die in der Erwerbslosigkeit vieler Jugendlicher liegen, ernsteste Beachtung zu schenken und sich für alsbald zu treffende Maßnahmen einzusetzen, die geeignet sind, die Not der erwerbslosen Jugend zu mildern und ihr die Aufnahme der Arbeit zu erleichtern.

Im besonderen fordert der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände alle zuständigen öffentlichen Stellen auf, die Einrichtungen der Berufsberatung auszubauen und in ihrer Wertigkeit zu heben; weiter für die erwerbslosen Jugendlichen — und zwar auch für diejenigen, die die Voraussetzungen der Erwerbslosenfürsorge nicht erfüllen — Beschäftigungsmöglichkeiten, Umschulungs- und Fortbildungsmöglichkeiten zu schaffen, wobei auf das Beispiel einiger Städte, wie z. B. Düsseldorf und Frankfurt a. M., sowie auf die Vermittlung von Jugendlichen in die Landwirtschaft hingewiesen wird.

Die Aufnahme der Arbeit sollte weitgehend durch Ersatz des Fahrgeldes, der Arbeitsausrüstung, durch unentgeltliche Bereitstellung von geeigneten Räumlichkeiten zur Vorbereitung und Schulung für die Arbeit gefördert werden, wobei die praktische Schulung der Jugendlichen für das Leben besonders zu berücksichtigen ist.

Der Reichsausschuß bezeichnet es als dringend notwendig, daß die zur Jugendpflege an erwerbslosen Jugendlichen geschaffenen Einrichtungen der Jugendverbände und der öffentlichen Träger der Jugendwohlfahrt durch mehr Mittel als bisher unterstützt werden.

Endlich bittet der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände die Reichsregierung dringend, auf eine baldige Vorlage des Berufsausbildungsgesetzes und auf eine schnelle Verabschiedung des Arbeitslosenversicherungs-Gesetzes hinzuwirken."

In der Nachmittagssitzung sprach Berufsschulärztin Frau Dr. Zzagum über die Ausdehnung der schulärztlichen Tätigkeit auf die berufsschulpflichtige Jugend. Es wurde zu diesem Punkt folgende Entschließung angenommen:

„Für die Mehrzahl der Jugendlichen hört die systematische ärztliche Kontrolle mit ihrer Schulentlassung und damit in einem Zeitabschnitte auf, in dem sich die letzte wichtige leibliche und geistige Entwicklung des Jugendlichen vollzieht. Krankheiten in den Entwicklungsjahren — besonders die Tuberkulose —, Ueberanstrengungen in der Berufsarbeit, die weitaus geringere Möglichkeit des Lehrlings oder jugendlichen Arbeiters, sich wie während der Schulzeit täglich und jährlich genügend erholen zu können, erfordern zur Abwehr aller dieser gesundheitlichen und damit auch geistigen und sittlichen Gefahren eine gründliche ärztliche Beaufsichtigung für die berufsschulpflichtige Jugend. Wiederholte ärztliche Untersuchung und Beratung, wobei Mädchen — besonders bei Reihenuntersuchungen — nur von Aerztinnen untersucht werden sollen, erscheint für Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren besonders wichtig.

Der Reichsausschuß der deutschen Jugendverbände fordert deshalb alle wichtigen Träger der Berufsschulen auf, mit den Krankenkassen, der öffentlichen und freien Wohlfahrt dafür zu sorgen, daß alle Berufsschüler und -schülerinnen schulärztliche Aufsicht und Pflege genießen."

Die neue Beitragsregelung der Sozialistischen Arbeiter-Jugend.

Vom Hauptvorstand ist eine neue Beitragshöhe und Abrechnung mit Zustimmung der Reichskonferenz festgesetzt worden. Für den schlesischen Landesverband tritt nun folgende Regelung ein:

1. An Eintrittsgeld sind mindestens 20 Pf. einzuziehen. Dafür müssen besondere Marken in die Mitgliedskarte eingeklebt werden. Für jeden Eintritt sind 10 Pf. an das Landessekretariat abzuliefern. Für diesen Betrag erhalten die Gruppen kostenlos alle Mitgliedsbücher, Kartoffelkarten und Eintrittserklärungen zugesandt.
2. An Beiträgen sind einzuziehen: Für Nichtverdiener (Lehrlinge, Lehrmädchen) mindestens 40 Pf. pro Monat, für Verdiener und alle über 18 Jahre alten Jugendgenossen 60 Pf. pro Monat. Marken mit diesem Wertaufdruck werden den Vereinen zugesandt.
3. Für Erwerbslose sind besondere Marken vorhanden. Diese Marken sind ohne Wertaufdruck. Die Gruppenvorsitzenden und Kassierer sollen entscheiden, wieweit sie für diese Marken einen Beitrag erheben können (15 oder 20 Pf. pro Monat). Wir empfehlen dieses Vorgehen. Bei Leistung dieses Beitrages muß aber die „Arbeiter-Jugend" geliefert werden.

Beitragsabrechnung für Hauptvorstand und Landesverband.

4. Für jede ausgegebene Beitragsmarke von 40 Pf. oder mehr sind 10 Pf. an das Landessekretariat abzuführen. Davon werden vom Landessekretariat an den Hauptvorstand 3 Pf. abgeliefert, das übrige ist Bezirksbeitrag. Die Abrechnung wird so vorgenommen, daß am Vierteljahresanfang jeder Gruppe die notwendigen Marken zugesandt werden. Auf einer vorgedruckten Rechnung ist zu ersehen, wieviel an Beiträgen an das Landessekretariat abzuführen sind. Die Gesamtsumme muß nach Beendigung des Quartals pünktlich bis zum 10. des neuen Monats an das Landessekretariat eingesandt sein.

Es liegt im Interesse der Ortsgruppen, die Regelung genau zu beachten und zur Durchführung zu bringen. Je besser unsere Organisation, um so größer unsere Arbeitsfähigkeit.

Landesverband Schlesien der Sozialistischen Arbeiter-Jugend.

Goldbergerin verlobt.

Hartha bei Greifenberg. Durch giftige Gase getötet. Zwei Arbeiter waren in der zu unserem Ort gehörigen Kolonie Karlsberg damit beschäftigt, in einen seit langer Zeit zugedeckten Brunnen eine Rohrleitung zu legen. Plötzlich brach der eine besinnungslos zusammen. Die lauten Hilferufe seines Kameraden wurden glücklicherweise von anderen Arbeitern gehört, die beide Männer heraufbeförderten. Belebungsversuche waren zunächst erfolglos war. Erst ein Arzt hatte Erfolg. Es liegt Kohlensäurevergiftung vor.

Hirschberg. Ein Kinderballon von Brüssel nach dem Riesengebirge geflogen. Ein Fabrikmädchen in Hirschberg-Cunnersdorf fand einen kleinen Kinderballon der nach der dem Ballon anhängenden Karte anläßlich eines Entfernungswettbewerbes zugunsten der Kriegsblinden in der Brüsseler Vorstadt „Ixellos" von einer gemeinnützigen Gesellschaft aufgelassen worden war. Dem Finder, der die Karte unfrankiert zurücksendet, war ein Andenken versprochen worden.

Roßberg bei Beuthen. Eine aufregende Verbrecherjagd spielte sich in Roßberg bei Beuthen ab. Als die Kriminalpolizei eine mehrköpfige Verbrecherbande verhaften wollte, wurde gegen die Beamten ein regelrechtes Feuergefecht eröffnet. Die Verbrecher flüchteten in ein Straßenbahndepot. Trotzdem sofort ein Kommando Schutzpolizei das Depot durchsuchte, gelang es den Banditen, zu entwischen und über die polnische Grenze zu entkommen.

Beuthen O.-S. Dammbruch bei Peistretscham. Infolge der starken Regenfälle der letzten Nacht rutschte heute vormittag bei der Einfahrt eines Güterzuges in den Bahnhof Peistretscham der Damm des Güterzugeinfahrgleises in einer Länge von etwa 60 Metern. Der Güterzug konnte noch rechtzeitig zum Halten gebracht werden. Bei einer späteren Erdbewegung stürzten vier Güterwagen um. Sachschaden ist nicht entstanden. Menschen sind nicht zu Schaden gekommen. Die Ausbesserungsarbeiten sind im Gange.

! Vergeßt nicht, für Eure Partei und für Eure Presse zu werben !

oder Suppenwürfel, mögen früher vereinzelt gewesen sein. Schmeckten doch manche derartige Suppen nur nach Salz und einem ungewissen Etwas. Doch heutzutage, wo wir in Knorr-Suppenwürfel ein Fabrikat besitzen, das nach jahrelangen, endlich mit Erfolg gekrönten Versuchen, dank sorgfältigster Auswahl und Zusammenstellung der besten Rohstoffe, eine Suppe ergibt, die auch den verwöhntesten Gaumen befriedigt, kann wirklich jede Hausfrau, und wäre ihre Küche noch so vornehm, darauf verzichten, die einzelnen Zutaten für eine Suppe zusammenzukaufen und herzurichten. Dabei ist eine Knorr-Suppe schnell und kinderleicht herzustellen, bedarf keiner weiteren Zusätze und kostet nur 6 Pf. pro Teller. Knorrsuppe in Wurstform gibt es als Erbs fein, Erbs mit Reis, Erbs mit Speck, Ochsenschwanz, Blumenkohl, Pilz, Spargel, Grünkern, Krebs, Tomaten, Eiersternchen, Eierfadennudeln, Eierringe, Eierrieb'le.

Stuhlverstopfung im Sommer. Die Darmfrage ist im Sommer die ernsteste Frage aller Gesundheitsfragen. Nachdem der Darm einen langen Winter hindurch vollgepfropft wurde, nachdem der Körper durch schädliche Stoffwechselprodukte, Nahrungs- und Genußgifte usw. vom Darm aus mit Krankheitsstoffen überladen wurde, muß nunmehr im Sommer die Darmfunktion geregelt werden, weil ohne die Ausscheidungstätigkeit des Darmes auch die anderen Ausscheidungsorgane (Nieren, Leber, Drüsen usw.) nicht normal funktionieren können, und weil durch Stockung dieser lebenserhaltenden Ausscheidungsfunktionen die allerweisen Krankheiten entstehen. Wenn im Sommer „Alles lebt", dann darf der Darm nicht untätig, nicht tot, nicht verstopft sein! Mit Pillen, Pulvern und Abführmitteln betreibt man keine Darmkultur und „heilt" keine Krankheiten! Professor Dr. Gewecke's „Brotella" ist eine Darmdiät statt schädlicher Abführmittel, die den trägen Darm neu trainiert, die den verstopften Darm reinigt, die den trockenen Darm fettet und schleimt. „Brotella" ist eine Diät, die den schwachen Darm kräftigt und durch Erziehung zur Arbeit die peristaltische Kraft des Darmes wieder belebt. „Brotella-kalt" im Sommer mit Zusatz von frischen Früchten aller Art, Fruchtsäften oder saurer Milch ist eine Delikatesse, auch für verwöhnteste Ansprüche, dabei ein billiges, nahrhaftes Frühstück und Abendessen: 1 Teller = 10 bis 15 Pf.

Wasserstand

2. August.

Ratibor	5,58	Ransern (Unter-Pegel)	4,06
Neiße (Stadt) v. 30. 7.	4,59	Oderwitz	3,82
Neißemündung (Unter-Pegel)	4,35	Abflußmenge sekundlich 409 cbm	
Brieg (Mostenbau)	4,77	Füstenberg v. 30. 7.	1,68
Treschen	2,78	Wassertemp.: + 15,9°.	